Nr. 185. 28. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 10. August 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Ungarische Obstruktion.

Aus Wien wird uns vom 7. d. Mts. geschrieben:

Das ungarische Abgeordnetenhaus bietet seit Wochen ein merkwürdiges Schauspiel: es wird nur abgestimmt. Die Opposition gegen die Militärvorlagen hat nämlich sogleich zu dem radikalsten Mittel gegriffen: zu der sogenannten technischen Obstruktion. Außerhalb der Donaustaaten, in denen das Obstruieren zu einer raffinierten Kunst entwickelt ist, wird man die subtilen Unterscheidungen zwischen den verschiedenen Obstruktionsarten wahrscheinlich nicht verstehen; also sei bemerkt, daß die technische Obstruktion der schmerzhafteste Grad der Obstruktion ist. Da wird nämlich das Verhandeln überhaupt ausgeschaltet und mit rein mechanischen Mitteln — in Oesterreich pflegte es ein Pultdeckelkonzert zu sein, in unserem sind es namentliche Abstimmungen — das Eingehen in die Tagesordnung gehindert. So wundereinfach wie im ungarischen Reichstag dürfte allerdings das Obstruieren in keinem Parlament der Welt sein. Vor allem kennt das ungarische Abgeordnetenhaus geschäftsordnungsmäßig festgesetzte Sitzungsstunden: von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags, und nur für bestimmte Materien kann mittels Beschlusses des Hauses die Sitzungsdauer um eine Stunde verlängert werden. (Der spezifische Klassencharakter dieses Parlaments spricht sich in dieser kurzen Arbeitszeit, die schon an Müßiggang grenzt, deutlich aus.) Nun sind vier Stunden natürlich nicht schwer totzuschlagen, und wie die Geschäftsordnung des ungarischen Abgeordnetenhauses beschaffen ist, ist es eine Spielerei. Erstens kann man auch vor der Tagesordnung, zu welchem Gegenstande immer das Wort verlangen und vier Redner müssen es auch erhalten; dann kann man jeden Augenblick eine Geschäftsordnungsdebatte anfangen, weiter werden alle Interpellationen, deren Zahl sich natürlich nach Belieben vermehren läßt, mündlich begründet (zu welchem Behufe die Verhandlung gewöhnlich schon um 1 Uhr unterbrochen wird) und schließlich, das ist das wichtigste, gibt es im ungarischen Abgeordnetenhause keine Clotüre (Schluß der Rednerliste); es müssen also alle Redner, die sprechen wollen, zum Wort gelangen, und mittelst eines sogenannten „Beschlußantrages" kann sich jeder Redner sogar ein zweites Wort sichern. Das alles ist aber noch die „normale" Obstruktion, und mit der plagt man sich diesmal nicht. Sondern man läßt einfach unausgesetzt namentlich abstimmen; nur für ein paar angesehene Redner wird mit dem Abstimmen hier und da ausgesetzt. Auch das Abstimmen ist in diesem Musterparlament mehr als einfach. Eine namentliche Abstimmung muß nämlich im ungarischen Abgeordnetenhause auf Verlangen von zwanzig Abgeordneten eintreten, und so bringen jeden Tag drei oder vier Abgeordnete ein Gesuch um die Gewährung eines Urlaubs ein und über diese Gesuche wird namentlich abgestimmt! Mit dieser sinnreichen Tätigkeit verbringt der Reichstag nun schon etwa vier Wochen, und das Ende ist natürlich, da diese „Urlaube" unerschöpflich sind, überhaupt nicht abzusehen.

Soweit es also die Geschäftsordnung anlangt, erscheint die Obstruktion einfach unüberwindlich, und in Wahrheit nimmt sich weder die Mehrheit noch die Regierung die geringste Mühe, ihr Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Vielmehr ist der Plan der Regierung ebenso einfach wie die Methode der Obstruktion: man will sie auslaufen lassen. Die Frage ist also die, wer rascher müde werden wird: die Opposition mit ihrem Abstimmen, von dem es höchst ungewiß ist, ob es zum Ziele führen kann, oder die maßgebenden Kreise, die auf die Wehrvorlagen brennen und die Geduld vielleicht nicht aufbringen werden, um auf sie unter Umständen ein Jahr zu warten. Interessant ist auch, wie gründlich sich die Situation verändert hat. Vor sechs Jahren hatte die Krone nach dem Plane Kristoffys begierig gegriffen, die antidynastischen und antimilitaristischen Tendenzen der Gentry und der Magnaten mit dem allgemeinen Wahlrecht zu brechen; heute gibt die Opposition vor, den Kampf gegen die Wehrvorlagen auch aus dem Grunde zu führen, weil nach ihrem Willen vor die Wehrreform die Wahlreform treten müsse. Leider ist der Wahlreformeifer der heutigen Obstruktion wahrscheinlich ebenso wenig echt, wie es seinerzeit der der Hofburg war. Beiden ist die Wahlreform nur ein Vorwand, und insbesondere hat die Krone die Wahlreform immer sofort vergessen, wenn die Schwierigkeiten bei der Erfüllung der Großmachtswünsche aufgehört hatten, wenn sie es also nicht nötig hatte, die widerspenstigen Magnaten mit dem allgemeinen Wahlrecht als mit der Vernichtung ihrer Wahlprivilegien und ihres präponderierenden Einflusses zu schrecken. Aber auch an die Redlichkeit der Wahlreformbegeisterung der heutigen Opposition, die ja mit der Koalitionsmehrheit, welche die Wahlreform vier Jahre lang verschleppt hat, identisch ist, ist schwer zu glauben; mit Ausnahme vielleicht des alten ehrlichen Justh sind die Herren in der Opposition keine geringeren Wahlrechtsfeinde, als sie es in der Regierung waren. Das einzige, was man von der Obstruktion erwarten kann, ist die Entstehung einer schweren Krise, die die Machthaber zwingen würde, mit der Wahlreform, die sie nun so lange versprochen und so oft verraten haben, ernst zu machen. Aber die Hoffnungen auf diese Krise sind nicht gerade groß, viel wahrscheinlicher ist es, daß der Kampf, der heute den Schein der Unerbittlichkeit hat, an irgend einem günstigen Punkte mit einem faulen Kompromiß beendet werden wird.

Das einzig wertvolle, das aus der Verschärfung der parlamentarischen Situation herausgekommen, ist unzweifelhaft die Steigerung des proletarischen Wahlrechtskampfes, der, nachdem er jahrelang ganz eingeschlummert war, nun zu neuem und tatkräftigen Leben erwacht ist. Wohl ist das industrielle Proletariat in Ungarn nicht stark genug, um allein das Privilegienhaus aus den Angeln zu heben, aber wenn es der Sozialdemokratie nur gelingt, die Massen in der Hauptstadt in Bewegung zu bringen und die Politik mit steigender Unruhe zu erfüllen, so wäre schon viel getan. Denn die sogenannten „Spender der Verfassung" spenden heutzutage nur dann, wenn man sie zum Spenden zwingt, und ohne einen starken Druck von unten ist auf ein „Entgegenkommen" von oben nicht zu hoffen. Der Wahlrechtskampf wird um so aussichtsvoller, je größer die Schwierigkeiten und Hemmungen werden, die von dem Adelsparlament ausgehen.

Vom Katholikentag.

Mainz, 8. August.

Wenn man die sämtlichen mit dem Katholikentag verbundenen Veranstaltungen besuchen wollte, müßte man seine Person verzehnfachen. Heute finden z. B. außer den regelmäßigen beiden Versammlungen, der geschlossenen und der öffentlichen, 26 Veranstaltungen besonderer Art statt; die Reihe beginnt mit einem Festgottesdienst und endet mit einem Festkommers, dazwischen liegen die zwei Dutzend Versammlungen und Sitzungen von allerhand Vereinen und Vereinchen, an denen der organisationslustige Klerikalismus so reich ist. In einer Studentenversammlung redete der jüngst vielgenannte Professor Meyers aus Luxemburg, der eine derartige Abneigung vor Anführungszeichen hat, daß man seinen Schriften nicht ansieht, wo das Eigentum aufhört und der Diebstahl anfängt. Die Studenten erwiesen dem belesenen Manne durch Trampeln und Händeklatschen ihr unerschütterliches Vertrauen, selbst auf die Gefahr hin, daß Herr Meyers wieder nicht der Verfasser seiner Rede ist.

Die bedeutendste Veranstaltung des heutigen Morgens ist die wie üblich mit dem Katholikentag verbundene

Generalversammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland.

Diese im Dienste des Zentrums stehende Organisation zählt gegenwärtig rund 700 000 Mitglieder; sie erzielte im letzten Jahre einen Mitgliederzuwachs von 50 000, wovon 15 000 auf das Rheinland, 18 000 auf Bayern und 9000 auf Baden entfallen. Der Verein hat im Berichtsjahre 14 Millionen Drucksachen verschickt und 5000 Versammlungen abgehalten, 20 000 Vertrauensmänner sind für ihn tätig.

Die Hauptrede hielt **Generaldirektor Pieper**, der in geschickter Weise das Programm und die Tätigkeit des Volksvereins in Einklang zu bringen wußte mit Ketteler's Lehren und Wirken. „Die deutschen Katholiken" — so sagte er — „haben in der Schule Windthorsts die rechte Art Erfolg bringender staatsbürgerlicher Arbeit gelernt, in der Schule Ketteler's haben wir Programm und Methode fruchtbringender sozialer Arbeit gelernt. Was die Katholiken Deutschlands als einzigartig in ihrer sozialen Arbeit aufweisen und warum man uns so oft beneidet, ist in allen Teilen auf Ketteler zurückzuführen."

Man weiß, daß der katholische Volksverein an gewisser Stelle mit dem Makel des Modernismus behaftet ist und in einflußreichen Kreisen Feinde hat, die ihn dieserhalb in Rom anzuschwärzen suchen. Es war deshalb ein kluger Gedanke seines leitenden Kopfes, die Autorität eines Mannes, der in diesen Tagen als der Träger echt christlicher Sozialpolitik gefeiert wird, als schützende Hand vor die M.-Gladbacher zu stellen. Bischof Kirstein von Mainz, der gekommen war, um der Versammlung den Segen zu spenden, ist offenbar nicht so ganz von der Untadligkeit des Volksvereins überzeugt, er sagte den M.-Gladbachern zwar viel Gutes nach, wies aber mit nicht mißzuverstehendem Nachdruck darauf hin, daß die Herren von der Zentralstelle des Volksvereins sich allzeit der Verantwortung des Volksvereins, Diener zu sein der großen heiligen Sache der katholischen Kirche, bewußt sein müßten, und er sprach den Wunsch aus, daß dieser größte katholische Verein stets als schlagfertiges Heer hinter den Bischöfen stehe und bereit sei, mit diesen zu kämpfen und zu siegen. Wer da weiß, daß Bischof Kirstein der Berliner Richtung zuneigt, der weiß, was das zu bedeuten hat.

In der gestrigen öffentlichen Versammlung war es Freiherr **v. Hertling**, der die

Gedächtnisrede auf Bischof Ketteler

hielt. Es ist nicht ohne Bedeutung, daß man diese Aufgabe dem schwächlichsten und zaghaftesten Sozialpolitiker des Klerikalismus anvertraut hatte, der sich gerade in der Hauptforderung Ketteler's, dem Maximalarbeitstag, als Hauptbremser erwiesen hat. „Zu einem großen Teile — sagte Hertling — hat die deutsche Gesetzgebung der letzten drei Jahrzehnte die Forderungen Ketteler's erfüllt. Nach einer Richtung hin (Arbeiterversicherung) ist sie weit darüber hinausgegangen. . . . Aber die heutige Richtung der Sozialpolitik fördert nur zu leicht eine Denkweise, die überall an die Stelle freier Initiative den toten Mechanismus staatlicher Maßnahmen setzen möchte. Dem gegenüber kann es nur nützlich sein, sich von Bischof Ketteler an den überragenden Wert echter Sittlichkeit und freier Liebestat erinnern zu lassen."

Die Scharfmacher werden Herrn v. Hertling für diese Auslegung des Kettelerschen Programms Dank wissen.

Ein temperamentvoller Herr ist Bischof Faulhaber von Speyer, der über

Priester und Volk und unsere Zeit

redete. Eine Probe: „Mit dem Mute Ketteler's werden wir dem Arbeiter sagen, daß seinem Rechte auf anständige Bezahlung das Recht des Arbeitgebers auf anständige Arbeitsleistung gegenüberstehe; daß die Geistesarbeit nicht weniger Wert hat als die Handarbeit; daß die Männer im schwarzen Rock die dämonischen Verleumdungen, als ob sie dem Arbeiter das tägliche Brot nicht gönnten, um die Arbeiterwelt nicht verdient haben. Die denkenden Arbeiter werden doch noch einsehen, daß das Aufhetzen und Brandstiften leichter ist als das positive Schaffen, daß Schelten und Phrasen für denkende Menschen Gedanken und Beweise nicht ersetzen können. Wer den Haß gegen den Arbeiter von Nazareth schürt, soll nicht von Liebe zu den Arbeitern reden."

* * *

Die heutige öffentliche Versammlung, gedrängt voll wie die gestrige, wurde eröffnet mit einer Rede des Abgeordneten Trimborn über die sozialpolitischen Verdienste des Zentrums. Zwar nannte er sein Thema anders:

Rück- und Vorschau auf dem Gebiete der Sozialpolitik,

denn ein Katholikentag ist ein „unpolitisches" Unternehmen und mit Ausnahme der Sozialdemokratie wird dort keine Partei genannt, nicht einmal das glorreiche Zentrum. Aber es ist ja leicht, eine Rede über das Zentrum zu halten, ohne seinen Namen zu nennen. Man sagt dann einfach, wo man sonst Zentrum sagen würde: „der katholische Volksteil" oder die „Katholiken im Deutschen Reiche." So ist der unpolitische Charakter des Katholikentages gewahrt und dennoch klingt aus jedem Satz das Lied vom braven Zentrum. Aus der politisch unverfänglichen Rück- und Vorschau des Herrn Trimborn wurde so eine politische Agitationsrede zur höheren Ehre des Zentrums und seines hervorragenden sozialpolitischen Führers, eben des besagten Herrn Trimborn. Herrgott, was hat dieses glorreiche Zentrum nicht alles getan für das deutsche Volk: für die Handwerker und den Bauern, für die Angestellten und die Arbeiter; auf welchen Gebieten ist es nicht bahnbrechend vorgegangen: in der Sozialgesetzgebung, in der Förderung der Selbsthilfeorganisationen, in der sozialpolitischen und staatsbürgerlichen Bildung und Erziehung. „Drei Millionen gewerblicher Arbeiter sind in den Gewerkschaften organisiert" — ruft Herr Trimborn aus. Er kann diese Tatsache nicht so ganz als Ruhmesblatt dem Zentrumskranze einflechten, aber: „Erfreulicherweise sind unsere (!) christlichen Gewerkschaften bei diesen Leistungen entsprechend (!) beteiligt und eine spätere Zukunft wird es ihnen danken, daß die Gewerkschaftsbewegung nicht völlig dem sozialistischen Radikalismus verfallen ist." Es gereicht Herrn Trimborn zum Trost, daß nicht schon auch der letzte deutsche Arbeiter im roten Lager ist, und er ruft denen, die nichts von der Sozialreform wissen wollen, weil unter ihr die Sozialdemokratie mächtig gewachsen sei, zu: „Welche Angriffsflächen würde die heutige Gesellschaftsordnung ohne die Sozialreform geboten haben; wie wäre die Sozialdemokratie erst allmächtig geworden, wenn nicht eine christliche nationale Arbeiterbewegung ihr entgegengetreten wäre!" — Wie bescheiden doch die Leute werden! Ehemals traten die Herren Klerikalen mit dem Anspruch auf, die Sozialdemokratie zu überwinden, zu vernichten. Jetzt rechnen sie es sich sogar als Verdienst an, daß es ihnen gelungen ist, die Sozialdemokratie nicht „allmächtig" werden zu lassen. Das kränkt die Sozialdemokratie nicht im mindesten, da sie vorläufig mit der „Allmacht" selber noch nicht gerechnet hat.

Herr Trimborn hatte keinen guten Tag. Die Versammlung blieb kalt. Um die Stimmung zu wecken, hieb er gegen den Schluß mächtig und oft auf das Pult. Das wirkte einigermaßen. Schließlich verfiel er in den Predigerton, indem er versicherte, daß ebenso wichtig wie die soziale Fürsorge die religiös-sittliche Erneuerung des Volkes sei. Als er dann mit der Mahnung zur Einigkeit abtrat, ward ihm doch noch der übliche „stürmische Beifall" zum Lohn für soviel Mühe zuteil. Der Vorsitzende dankte ihm als dem „verdienten Pfadfinder und Bahnbrecher auf sozialem Gebiet".

Der folgende Redner, **Landesrat Schmittmann**-Düsseldorf, der über

Caritas und Leben

sprach, sieht die Sozialpolitik in weniger rosigem Lichte an. „Großartige Werke — so sagt er — hat die deutsche Sozialpolitik geschaffen; Milliarden sind unseren Arbeitern bereits zugeflossen. Und dennoch, hat das Riesenwerk der sozialen Gesetzgebung unser Volk glücklich gemacht? Sind die Klassengegensätze und der Haß gemildert? Nein! Die Sozialpolitik hat zum Teil versagt, weil ihr das Moment der Liebe fehlt." Das Mittel, das hier helfen kann, heißt Caritas, christliche Barmherzigkeit, „individualisierende Wohlfahrtspflege auf dem Boden umfassendster Nächstenliebe". Der Mann mag's gut meinen, aber seine verzückten Phrasen zeigen ihn als einen Schwärmer, der mit Mitteln, deren Unbrauchbarkeit auch für einfachere Zustände erwiesen ist, die großen Uebel der nach einer gründlichen Kur verlangenden Zeit heilen will.

Die Marokkoaffäre.

Es kann noch lange dauern.

Das ist alles, was die internationale Presse über den Stand der Verhandlungen zwischen Kiderlen-Wächter und Cambon zu sagen weiß. Trotz der „prinzipiellen Einigung" seien noch viele Schwierigkeiten zu überwinden. Der Zustand allgemeiner Unsicherheit und Unklarheit wird also recht lange

anhalten, und die beiden schachernden Parteien haben es in der Hand, eine neue Verschärfung der Situation herbeizuführen, wenn ihnen das aus Gründen der inneren oder äußeren Politik notwendig erscheint. Man wird also den Diplomaten und Marokkotreibern nach wie vor auf die Finger sehen müssen. Das deutsche Proletariat wird in der nächsten Zeit seine Meinung über dieses Treiben und Schachern recht deutlich zum Ausdruck bringen.

Eine Friedenskundgebung in Barcelona.

Barcelona, 9. August. Das hier veranstaltete Meeting, in welchem gegen den Krieg protestiert wurde, ist ohne Zwischenfall verlaufen. Die französischen Delegierten hielten Ansprachen, in denen sie das Proletariat aufforderten, in der Bekämpfung des Krieges einig vorzugehen. Auch mehrere Spanier hielten Ansprachen, die auf denselben Ton gestimmt waren. Das Meeting war von über 4000 Personen besucht.

Muley Hafid geisteskrank?

Tanger, 9. August. Der Gesundheitszustand des Sultans Muley Hafid gibt zu schweren Beunruhigungen Anlaß. Es scheint, daß er von einer schweren Kopfkrankheit befallen ist, die seine Verantwortlichkeit mehr oder minder herabsetzt. Es ist nicht das erste Mal, daß man von einer solchen Krankheit des Sultans spricht, nur sollen diesmal die Erscheinungen bedeutend schlimmer sein, als jemals zuvor.

Ein offiziöser Rüffel für die Marokkohetzer.

Köln, 9. August. Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Berlin: Von verschiedenen Seiten wird andauernd der Versuch gemacht, die Ansicht zu verbreiten, als ob zwischen dem Kaiser und den verantwortlichen Ratgebern über die Behandlung der Marokkofrage Meinungsverschiedenheiten bestanden hätten. Besonders sucht man die Lage so darzustellen, als ob Staatssekretär Kiderlen-Wächter zuerst sehr weitgehende Forderungen an Frankreich gestellt, diese dann infolge kaiserlichen Eingreifens stark herabgesetzt habe. Derartige willkürlich erfundene Angaben sind unpraktisch, da sie die Aufgabe der deutschen Unterhändler erschweren und ihre Stellung dem Auslande gegenüber schwächen. Das Gleiche gilt von den fortgesetzten Versuchen, gewisse lärmend geltend gemachte Forderungen politischer Hitzköpfe als Forderungen hinzustellen, welche die deutsche Regierung anfangs selbst erhoben, dann aber unter fremdem Druck wieder zurückgezogen habe.

Eine Justizschurkerei gegen zwei Gewerkschaftsführer.

New York, 22. Juli 1911. (Eig. Ber.)

Walter Bordwell, Richter an der Supreme Court zu Los Angeles, Cal., ist ein Mann nach dem Herzen der haßerfüllten Feinde der Gewerkschaftsbewegung. Wäre er lediglich dem eigenen Drange gefolgt, er hätte sicherlich die Hauptverhandlung gegen John J. McNemara, den Sekretär des Verbandes der Brückenbauer und Eisenkonstruktionsarbeiter, und dessen Bruder J. B. McNemara schon für Juli oder spätestens August anberaumt, um der Verteidigung die Erfüllung ihrer Aufgabe zu erschweren.

Aber der freche an John J. McNemara im Auftrag der National Erectors Association (Vereinigung der Unternehmer in Eisenkonstruktionen) von der Burnsschen Detektivagentur und Vertretern der Anklagebehörde von Los Angeles in Indianapolis unter Mitwirkung der dortigen Polizei wie des Polizeirichters Collins und des Gouverneurs von Indiana im April d. J. verübte Menschenraub, als den sich die unter verbrecherischer Verletzung der verfassungsmäßig garantierten Rechte des Verhafteten vorgenommene Auslieferung darstellt; das offensichtliche Bestreben fanatischer Scharfmacherorganisationen, zwei unschuldige Männer dem Henker zu überantworten, um mit den beiden Führern zugleich einen verhaßten Gewerkschaftsverband zu erwürgen; die kecke Unverfrorenheit, mit welcher die sich aus den unzweifelhaftesten Elementen rekrutierenden Privatdetektive in trautem Bunde mit den gleichwertigen Vertretern der Distriktsanwaltschaft Los Angeles Belastungsmaterial fabrizieren; die inzwischen erlangte Gewißheit, daß Ortie McManiglo, der dritte und „geständige" Verhaftete, ein zweiter Harry Orchard ist, der schon seit zwei Jahren im Solde der Detektivagentur Burns stand und Meineid auf Meineid häuft, um die Brüder McNemara zu verderben: Alle diese Umstände wirkten zusammen, um die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft im ganzen Gebiete der Vereinigten Staaten gemeinsam mit den Sozialisten zu einer planmäßigen und machtvollen Agitation aufzurütteln.

Angesichts des über das Land brausenden Protststurmes sah sich Bordwell veranlaßt, den Termin für die Hauptverhandlung gegen die Brüder McNemara auf den 10. Oktober festzulegen. Damit ist der Verteidigung, wenn auch nicht in wünschenswertem Maße, Zeit gegeben, die im Auftrage der Anklagebehörde beigebrachten belastenden Momente auf ihren Wert zu prüfen und Material zur Führung von Gegenbeweisen zu sammeln. Und eine kritische Würdigung der Angaben der Belastungszeugen wie der „Ueberführungsstücke" ist dringend nötig.

Als böswillige Erfindung bezeichnete Frau McManiglo unter Eid vor der Grand Jury zu Los Angeles die Aussagen ihres Mannes, welcher die Brüder McNemara als die Anstifter der im Oktober letzten Jahres im Gebäude der „Times" in Los Angeles erfolgten Explosion und in Verbindung damit als neunzehnfache Mörder bezeichnet. Durch allerlei seelische Martern, darunter durch Drohungen mit Zuchthaus, suchten die Burnsschen Soldknechte die schwächliche und kränkliche Frau zur Aenderung ihrer Aussagen und zur Bestätigung der Darstellungen ihres Mannes zu zwingen. Vergebens! Dagegen scheint Ortie McManiglo seiner traurigen Rolle müde zu sein. Wenigstens sagte er seiner Frau, die ihm zuredete, der Wahrheit die Ehre zu geben: „Wenn ich mein „Geständnis" widerrufe, komme ich an den Galgen."

Um seinem Geständnis größere Glaubwürdigkeit zu verleihen, mußte McManiglo sich als Mitschuldigen an den nichtswürdigen Schandtaten bekennen, deren er die Brüder McNemara bezichtigt. Nur solange er gegen seine angeblichen Mitschuldigen aussagt, hat er Aussicht, als Staatszeuge straffrei zu bleiben oder doch leicht davonzukommen.

Der Advokat Rogers, der als Spezialdistriktsanwalt zur Vertretung der Anklage in der Hauptverhandlung herangezogen wird, wurde von der National Manufacturers Association (Fabrikantenbund der Vereinigten Staaten) engagiert und wird von ihr für seine Bemühungen bezahlt; da das County Los Angeles keine weiteren Mittel zur Führung des Prozesses mehr bewilligen will, so kommt der Stahltrust für die Kosten auf. Unverfrorener wurde noch niemals zugegeben, daß ein Prozeß, bei dem es sich um das Leben von Gewerkschaftsführern und möglicherweise auf Jahre hinaus um die Aktionsfähigkeit eines Arbeiterverbandes handelt, im Interesse und im Auftrage der Herrenmenschenunternehmer geführt wird, selbstverständlich nur zur Erreichung des gewollten Zweckes. Ein Justizmord schreckt diese Ausbeuter so wenig, wie sie Bedenken haben, Jahr für Jahr Tausende und Abertausende von werktätigen Leuten auf dem Schlachtfelde der Arbeit der Profitwut zu opfern.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. August 1911.

Der katholische Arbeiterfestzug in Mainz.

Ueber den Arbeiterfestzug, mit dem am letzten Sonntag in Mainz der Katholikentag begann, wird uns von dort geschrieben:

„Die Mär von den 50 000 Arbeitern, die in Mainz für die Herrlichkeit des Klerikalismus demonstriert haben sollen, ist in alle Welt hinausgegangen. Wir stellen nochmals fest, daß die Zahl der Teilnehmer am Festzuge nach einer von kundiger Seite aus vorgenommenen Zählung rund 25 000 betrug. Wir würden über eine Abrundung nach oben, auf 30 000, kein Wort verlieren; aber die Verdoppelung der Zahl geht doch über das zulässige Maß hinaus.

Die zweite Frage: Wer waren die Teilnehmer des Festzuges? Voran die Jünglingsvereine, die ultramontane Jugendgarde, dann die Gesellenvereine, deren Mitglieder ebenfalls zum größten Teil der Jugend zuzuzählen sind. Nach zehn Jahren wird mancher der jungen katholischen Proletarier sich in einem anderen Lager befinden; heute folgen sie noch der schwarzen Fahne, weil sie der Herr Kaplan und der Meister noch am Zügel hält und sie von einer anderen Weltanschauung noch nichts gehört haben. Als dritte Gruppe erscheinen die Arbeiter- und Männervereine. Man weiß, daß in den Gesellen- und Arbeitervereinen eine beträchtliche Zahl von Meistern vorhanden ist; noch viel mehr trifft das zu in den Organisationen des katholischen Mitteldeutschlands, die sich als Männervereine oder als Arbeiter- und Männervereine bezeichnen. Diese Organisationen werden z. B. von den katholischen Arbeitervereinen Westdeutschlands gar nicht für voll angesehen, einmal wegen der starken Durchsetzung mit Nichtarbeitern, dann wegen ihrer völligen Bedeutungslosigkeit für die Vertretung der Arbeiterinteressen.

Aber es waren in dem Festzuge noch „Arbeitervereine" viel zweifelhafterer Natur vertreten. So stellte z. B. das Bistum Mainz etwa 40 Volksvereine, ebenso viel Pfarrvereine und Gesangvereine — durchweg Organisationen vom Lande, in die sich alles sammelt, was der mehr oder weniger freundlichen Ermahnung des Pfarrers, sein christkatholisches Herz zu bekunden, nicht ausweichen kann. Der Daseinszweck dieser Vereine besteht in dem Besitz einer Fahne mit dem Bilde des heiligen Josephus oder Aloysius, in dem Abhalten von Vereinsfestlichkeiten und in der Unterstützung des Herrn Pfarrers bei politischen Wahlen. Was für kuriose Vereine sich in dem „Arbeiterfestzug" vorfanden, dafür einige aus der Menge herausgegriffene Beispiele: Kirchengesangverein Speyer, Lesegesellschaft Speyer, Kasino zur Eintracht, Hanau, Bonifaziusverein selbständiger Katholiken in Berlin, Bürgervereinigung Konstantia, Aachen (die bekannte Klüngelgesellschaft der Aachener Zentrumsbourgeoisie!), Schneiderzunft, Mainz, Küfermeisterverein Mainz, Kirchenbauverein Gustavsburg, Küsterverein Mainz usw. Bestenfalls bleiben 15 000 Arbeiter, die sich an dem Festzug beteiligt haben, wenn wir die Teilnehmer abzählen, die mit der Arbeiterschaft nichts zu tun haben.

Natürlich bekundet der „Arbeiterfestzug", wie uns die Zentrumspresse erzählt, nicht nur die Stärke, sondern auch die Einigkeit der katholischen Arbeiterschaft. Dabei muß man wissen, daß die Bischöfe von Mainz, Limburg und Trier, deren Diözesen den Hauptanteil der Vereine gestellt haben, Anhänger der Berliner Richtung sind.

Seit Monaten hat man in Versammlungen und in der Presse durch Berufung auf das Andenken von Bischof Ketteler die katholischen Arbeiter für den Mainzer Katholikentag mobil gemacht; Kettelerschriften, Kettelerbilder, Kettelermedaillen, Kettelerorden und Kettelerkarten sind unter die Menge gebracht worden, — alles zur höheren Ehre des Klerikalismus, des in seiner Volks- und Arbeiterfreundlichkeit unübertroffenen Zentrums. Und der Erfolg besteht darin, daß sich aus dem arbeiterreichen West- und Süddeutschland 15 000 Arbeiter zusammenfinden, um für ihre Weltanschauung, ihre Partei und für Bischof Ketteler zu demonstrieren. Und diese 15 000 Arbeiter gehören zum größeren Teil einer Richtung an, die von der anderen und größeren Richtung der katholischen Arbeiterschaft verurteilt, gehaßt und bekämpft wird."

Die sozialdemokratischen Erfolge auf dem Lande

haben unsere Reaktionäre in schwere Besorgnis versetzt. Der Artikel eines Dr. D. in der „Täglichen Rundschau" legt dafür Zeugnis ab. Dr. D. gesteht offen ein, daß die Sozialdemokratie auch unter den ländlichen Wählermassen so große Erfolge erzielt habe, daß die Rückgewinnung der Wählermassen „auf dem Wege liebevoller Ueberredungskunst" nicht mehr möglich sei und daß es deshalb heiße, die Landbevölkerung „über die Eigentumsbegriffe der Umsturzpartei gründlich zu belehren". Der Verfasser legt dann dar, wie er sich die Aufklärung der Landbevölkerung denkt. Ihr soll durch allerhand Zitate nach Reichsverbandsmanier vor den Annexionsgelüsten der Sozialdemokratie graulich gemacht werden. Vor allen Dingen aber fordert Dr. D., daß eine großzügige Siedelungspolitik für die Landarbeiterschaft einsetzen möge, damit durch Erweckung des Eigentumsfanatismus der Landproletarier der Agitation der Sozialdemokratie ein Bollwerk entgegengesetzt werde.

Auch diese Mittel werden schwerlich etwas gegen die sozialdemokratische „Verseuchung" des platten Landes fruchten. Denn wie wenig durch die Seßhaftmachung der Landarbeiter erreicht wird, beweist ja gerade die von Dr. D. selbst zugestandene Tatsache, daß in manchen kleinbäuerlichen Gegenden die Sozialdemokratie sehr schöne Erfolge zu verzeichnen hat. In der Tat sind die mit kleinem Landbesitz ausgestatteten Eigentümer bei vernünftiger Belehrung auch keineswegs so töricht, sich durch die Annexionsmärchen der Gegner gegen die Sozialdemokratie einnehmen zu lassen. Die ländlichen Zwergbesitzer lernen nur zu gut begreifen, daß ihnen von der Sozialdemokratie keinerlei Beeinträchtigung ihrer Existenz oder ihres Besitzes droht, sondern daß die Vergesellschaftung der Produktionsmittel naturgemäß bei dem Großgrundbesitz einsetzen wird.

Wenn die Siedelungspolitik einen Zweck haben sollte, müßte man schon die Landarbeiter derart reichlich mit Land ausstatten und so anständig bezahlen, daß sie wirklich eine menschenwürdige Existenz zu fristen vermögen. Daran denken aber unsere Agrarier gar nicht. Die sozialdemokratische Landagitation wird deshalb auch nicht einzudämmen sein, weder durch Seßhaftmachung des Landproletariats, noch auf die Dauer auch durch agrarischen Terror!

Liberale und Landbündler Arm in Arm.

Die oldenburgischen Landtagswahlen sind auf den 29. September d. J. festgesetzt. Es wird erstmalig nach dem neuen Wahlgesetz gewählt, welches die direkte Wahl anstatt der bisherigen indirekten vorsieht, dafür aber allen über 40 Jahre alten Wählern eine Zusatzstimme gewährt. Es ist nun mit Sicherheit zu erwarten, daß die kommende Landtagswahl der Sozialdemokratie einen nicht unwesentlichen Mandatzuwachs bringen wird. Daß dabei auch die Liberalen die Leidtragenden sein werden, fühlen diese bereits selbst, und deshalb sind sie bemüht, um jeden Preis zu retten, was irgendwie zu retten möglich ist. Um jeden Preis, auch unter Preisgabe der eigenen Grundsätze. Das zum Großherzogtum Oldenburg gehörende Fürstentum Lübeck wird bei der Landtagswahl ein ganz besonders heiß umstrittener Bezirk sein. Zuletzt war es im Landtag durch zwei Landbündler und zwei sogenannte Liberale vertreten, obwohl unsere Genossen bei der Reichstagswahl mehr Stimmen aufgebracht haben, als die bürgerlichen Parteien zusammengenommen. Im Laufe der letzten Jahre hat die Sozialdemokratie in dem überwiegend ländlichen Fürstentum Lübeck ihre Organisationen ausgebaut und in zahlreichen Dörfern solche neu gegründet, während die liberalen Vereine verfallen sind — dank der Unfähigkeit ihrer Leiter und der Interesselosigkeit ihrer Mitglieder. Die bisherigen liberalen Landtagsabgeordneten fühlen denn auch selbst zusehends den Boden unter den Füßen schwinden. Von dem einzigen Wunsch getragen, ihre Mandate zu retten, werfen sie sich nunmehr den Landbündlern, also den ärgsten Volksfeinden und Feinden des Liberalismus an den Hals. Der bisherige „liberale" Abgeordnete steht in einem langen Artikel, den er in der „liberalen" in Lübeck erscheinenden „Eisenbahn-Zeitung" veröffentlicht, um den Abschluß eines Kompromisses mit dem Bund der Landwirte, das diesem und den „Liberalen" je zwei von den vier zu vergebenden Mandaten des Fürstentums sichern soll. In dem Artikel heißt es:

„Der Weg führt nach rechts, zu einem Kompromiß mit dem Bund der Landwirte. Nur dadurch kann eine Zersplitterung aller nicht im Bunde organisierter Wähler vorgebeugt werden. Das aber ist die Bedingung für einen Wahlerfolg. Im übrigen bietet dieser Weg auch die wenigsten Schwierigkeiten. Ihn zu gehen kostet eigentlich nur den Anhängern der fortschrittlichen Volkspartei einige Ueberwindung. Das Opfer aber, das hier von ihnen gefordert wird, besteht ja durchaus nicht in einem Aufgeben liberaler Grundsätze. . . Wir richten daher an den Linksliberalismus die dringende Bitte, praktische Politik zu treiben und sich nicht in Prinzipienreiterei zu verlieren. Nur auf dem Wege eines Wahlabkommens mit dem Bunde der Landwirte ist eine Einigung aller bürgerlichen Wähler und damit eine Erhaltung der beiden liberalen Mandate möglich."

So verschachern liberale „Führer" ihre Gesinnung und Prinzipien für zwei elende Landtagsmandate. Judas verlangte für seinen Verrat einen höheren Preis. Der liberale Lehrer und frühere Landtagsabgeordnete Grage hat übrigens einen würdigen Kollegen in dem Lehrer und früheren linksfreisinnigen Abgeordneten Voß, der sich im Landtag stets sehr radikal gebärdete, sich jetzt aber an die Landbündler herandrängt mit dem Verlangen, sie möchten ihn neben den Brotwucherern als Kandidaten mit auf ihre Liste nehmen. So sehen die liberalen Helden aus, die sich bei den Reichstagswahlen als Volksfreunde aufspielen.

Ein heiterer Reinfall.

Die „Post" hat noch immer nicht ihre frühere Harmlosigkeit eingebüßt. Unter der Kronsbeinschen Leitung brachte sie mit Vorliebe Berichte über sozialdemokratische Missetaten aus Kropp, bekannt als Sitz einer Idiotenanstalt. Diese gute Verbindung scheint sie aufgegeben zu haben, nicht aber ihre Vorliebe für Blödsinnigkeiten. In ihrer heutigen Morgennummer veröffentlicht sie nämlich unter den verschiedenen Zustimmungserklärungen, die sie zu ihrer albernen Kriegshetze erhalten haben will, auch folgenden Brief eines Hamburger Arbeiters:

An die Zeitung genannt die Post.
Redakzion wahrscheinlich in
Berlin.

Ich der Arbeiter u. so mancher von meinen Kolegen, wir bekauern ebenfals das Abkommen mit Frankreich, Ach, es ist zu traurich, Wie weich und Traurich unsre Auslandspolitik ist. Jawohl last den Franzosen das bischen Maroko es ist nichts für den Deutschen Michel, ruft Berlin und den zahmen Ponter zurück es ist alles alt u. unser Ponter beist nicht!

Ach däs Ewige Friedensgewinsel, gebt den Franzosen ihr Elsas u. Lothringen, Dann wird wohl Deutschlan den Ewichen Sozl. Frieden Ereichen, wir wollen uns von Frankreich ein Stückchen Lüneburger Heide verschreiben lassen, Dort könnten unsre Politiker sich Janken mit den Sonntags Ausflüglern. Die Deutsche, nein Da findet man keine Worte, haben wir nicht auch Das Recht auf andre Erdteile, wie jedes andre Land, Aber Der Michel, er wartet bis andre zugedackt haben. Dann will der Michel auch was haben, aber es geht im wie kleinen Kindern, er muß nehmen was er bekommt nein Die Deutsche Politik!!!, Uns fehlt ein groser Napoleon I. Der könnte wohl etwas erreichen mit dem Michel! Ich will schlißen ich mach gar nichts mehr dafon hören u. Lesen.

Wer nur einigermaßen Erfahrung darin besitzt, wie Arbeiter sich brieflich ausdrücken, der sieht sofort, daß der Brief gar nicht von einem Arbeiter herrührt, sondern von einem sich als Arbeiter aufspielenden Spaßvogel, der sich wahrscheinlich über den Prozentpatriotismus der „Post" etwas geärgert hat und deshalb die Intelligenz dieses „vaterländischen" Blattes einmal auf die Probe zu stellen gedachte. Anstatt aber verständnisinnig das Schreiben in den Papierkorb zu versenken, druckt die „Post" es ab mit dem weisen Bemerken, das Schreiben beweise, daß die Sozialdemokratie doch noch nicht alle deutschen Arbeiter vergiftet habe.

Gewerkschaftliche Sammlungspolitik gegen die Sozialdemokratie.

Wie nachträglich bekannt wird, hat vor mehreren Monaten in Berlin unter dem Vorsitz des früheren Ministers Frhrn. v. Berlepsch eine Sitzung von christlichen Gewerkschaftsführern und der Zentralleitung und Angestellten der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften stattgefunden, die den Zweck verfolgte, eine Sammlung dieser beiden Gewerkschaftsrichtungen gegen die Sozialdemokratie bei der kommenden Reichstagswahl herbeizuführen. An dieser Sitzung haben unter anderen teilgenommen Giesberts, Schiffer, Weber, Behrens, Goldschmidt, Hartmann und Gleichauf. Man einigte sich zunächst dahin, daß die Streitigkeiten zwischen den beiden Gewerkschaftsrichtungen einzustellen seien.

Ueberrascht diese „Sammlung" auch den nicht, der die Schiebungen im christlich-gewerkschaftlichen Lager kennt, so zeigt sie doch recht deutlich, wohin die Reise bei der nächsten Reichstagswahl gehen soll. Die Sozialdemokratie wird sich darauf einrichten. Aber auch die freien Gewerkschaften erhalten Fingerzeige für die Zukunft. Geht es gegen die Sozialdemokraten, dann fallen alle Gegensätze. Der Haß und Neid auf die Erfolge der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung löst die gegenseitige Feindschaft zwischen Christen und Gewerkvereinlern auf. Wir bedauern die Arbeiter, deren Interessen durch solche Kompromisse in Frage gestellt werden.

Im übrigen zeigt die jüngst stattgefundene Traub-Versammlung in Hamm, daß sich die christlichen Gewerkschaftler an Versprechungen und Abmachungen nicht stören, sie haben sich in der von dem Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein geleiteten Versammlung nicht wie Menschen, sondern wie das Vieh betragen. Schämen sich die Führer der fortschrittlichen Gewerkvereinler nicht, sich trotz alledem den M.-Gladbachern zu verkaufen?

Die Zahl der militärischen Ernteurlauber

ist, wie der „Berl. Bär" mitteilt, in diesem Jahre ganz außerordentlich groß. In den früheren Jahren wurden von den Kompagnien der Linientruppen, wenn es viel waren, höchstens 20—30 Mann zur Erntehilfe aufs Land beurlaubt. Mit 20 oder 30 Mann pro Kompagnie ist es aber heute nicht mehr gemacht. Es gibt vielmehr Kompagnien, wie beispielsweise beim Infanterieregiment 64, die 80 bis 100 Mann zur Erntearbeit beurlaubt haben. Bei der Garde allerdings kommt eine solche hohe Beurlaubungsziffer nicht vor, hier wird nur höchstens 12—15 Mann Ernteurlaub genehmigt. Wenn nun auch für die Erntebeurlaubung Vorbedingung ist, daß der militärische

Dienst darunter nicht leidet, so haben doch manche Truppenteile mit dieser Schwächung ihrer Mannschaftsziffer sehr zu kämpfen, u. a. bei der Besetzung der Wachen. Die Wachtdienstvorschrift, daß der Soldat zwischen zwei Wachen drei wachtfreie Nächte haben soll, kann nicht entfernt innegehalten werden. Oft kommt es sogar vor, daß zwischen zwei Wachen nur eine einzige wachtfreie Nacht liegt, was für die Mannschaften natürlich sehr anstrengend ist. Zur Erntehilfe werden in erster Linie solche Leute beurlaubt, die in den Wintermonaten am landwirtschaftlichen Unterricht teilgenommen haben und die sich möglichst verpflichten, nach ihrer Entlassung aus der Front in landwirtschaftliche Dienste zu treten.

Nach diesen Meldungen der Korrespondenz wächst sich unser Militarismus immer mehr zu einem Hilfsinstitut für unsere Agrarier aus, denen es billige und bequeme Arbeitskräfte liefert! Dazu muß dann die Gesamtheit die vielen Hunderte von Millionen für unseren Militarismus aufbringen!

Dagegen, daß Bauernsöhne zur Erntezeit nach Hause beurlaubt werden, läßt sich nichts sagen; daß aber viele Tausende von Mannschaften alljährlich den Großbauern und Großgrundbesitzern als wohlfeile Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden, muß mit aller Entschiedenheit Einspruch erhoben werden. Oder aber, wenn man glaubt, daß durch den Militärdienst dem Lande zuviel Arbeitskräfte entzogen werden, so vermindere man die Truppenzahl oder verkürze man allgemein die Dienstzeit. Das gegenwärtige System ist unerträglich!

Elsaß-lothringische Wahlurnen.

Die jetzt amtlich publizierte Wahlordnung für Elsaß-Lothringen bringt eine Bestimmung über die Wahlurnen, die auch für die Reichstagswähler von Interesse ist. Im reichsländischen Wahlgesetz wird bestimmt, daß die Wahlurne abgeschlossen sein muß. Im übrigen sollen die Wahlurnen für Elsaß-Lothringen den im Verordnungswege zu erlassenden Normativbestimmungen entsprechen. Gemäß dieser Anweisung bestimmt jetzt eine reichsländische Ministerialverordnung über die Wahlurnen folgendes:

„Hiernach müssen die Wahlurnen von einer Beschaffenheit sein, die es ausschließt, daß die Umschläge mit den Stimmzetteln in der Reihenfolge, in der sie in die Urne gelegt werden, aufeinander zu liegen kommen. Sichere Gewähr hierfür bieten Urnen, welche, im Innern gemessen, eine Höhe von mindestens 80 Zentimetern und eine Breite von mindestens 3½ Zentimetern haben. In Gemeinden oder Stimmbezirken, die nicht mehr als 400 Wähler zählen, kann auch eine Höhe von 40 Zentimetern als genügend erachtet werden. Der Spalt zum Hineinlegen der Umschläge mit den Stimmzetteln muß sich im Deckel der Urne befinden und soll nicht breiter als 1½ Zentimeter sein.

Amtliche, überall gleiche Wahlurnen wären natürlich das einzig Richtige; so lange man diese nicht hat, ist die reichsländische Verordnung aber immerhin ein anerkennenswerter Notbehelf.

Das große Licht.

Der von der Fortschrittlichen Volkspartei in Karlsruhe als Reichstagskandidat aufgestellte Professor von Schulze-Gävernitz ist entschieden einer der originellsten und kuriosesten Politiker der Gegenwart, gewissermaßen die leibliche Synthese alles Unvereinbaren und Gegensätzlichen. Es ist deshalb durchaus nicht verwunderlich, daß er auch über die deutsche Zollpolitik ganz schnurrige Ansichten hat. Nach dem „Badischen Landesboten" hat er sich jüngst über die Agrarzölle folgendermaßen ausgesprochen:

„Eingehend auf die Fragen der Zollpolitik betonte der Vortragende die Wichtigkeit einer nachdrücklichen Vertretung der badischen bäuerlichen Interessen. Er verlangte mäßige Getreidezölle, dagegen vollen Zollschutz des kleinen Landwirts im Handelsgewächsbau. Das gleiche Recht auf Schutz habe der badische Winzer, dessen Erzeugnis ebenfalls einen anderen Platz verdiene als der ausländische Wein. Nicht minder sei die Förderung des Obst- und Gemüsebaues durch entsprechende Zölle zu fördern."

Die „Konserv. Korresp." bemerkt dazu:

„Es ist eigentlich schade, daß dieser Unentwegte bei den kommenden Reichstagswahlen in Karlsruhe mit tödlicher Sicherheit durchfallen muß; denn es wird dafür gesorgt werden, daß bei den Verhandlungen über den neuen Zolltarif auch die Frage des Obst- und Gemüsezolles zur Diskussion gelangt und dann würde der Eiertanz, den der Herr Professor aufführen müßte, höchst ergötzlich sein."

Das konservative Organ hat nicht so unrecht. Die Freisinnigen dürfen sich gratulieren, wenn das große Talglicht von Freiburg i. B. nicht in den Reichstag gelangt.

Die heilige Feme in der Kaserne.

Das Oberkriegsgericht hatte dieser Tage über einen Fall von Soldatenmißhandlung, verübt durch Stubenkollegen, abzurteilen, der sich in der „Franzerkaserne" in Berlin abgespielt hatte. Vier Füsiliere der 11. Kompagnie hatten an einem Kameraden Lynchjustiz ausgeübt und den Gelynchten derartig mit blutigen Striemen und Flecken bedeckt zurückgelassen, daß der Stabsarzt, der zufällig den Mißhandelten zu Gesicht bekam, Anzeige erstattete. Der Mißhandelte war das Opfer der Lynchjustiz geworden, weil er den Mannschaften seiner Korporalschaft durch sein Verhalten oftmals Strafarbeiten, abendliche Instruktionsstunden usw. zugezogen hatte. Er selbst hatte nicht nur keine Anzeige wegen der Mißhandlung erstattet, sondern auch noch vor Gericht erklärt, daß er durch sein Verhalten, u. a. durch sein Ausbleiben über den Zapfenstreich, die Strafe verdient habe. Das Strafmaß fiel denn auch entsprechend gelinde aus. Die vier Füsiliere wurden zu je drei Tagen Gefängnis verurteilt. Der Verhandlungsleiter legte jedoch den Leuten nahe, in Zukunft derartige nächtliche Ueberfälle zu unterlassen, da dadurch auch schon Soldaten in den Tod getrieben worden seien.

Die Mahnung hätte eigentlich an eine andere Stelle gerichtet werden sollen, an die Herren Vorgesetzten nämlich. Denn die Mißhandlung war ja gerade dadurch provoziert worden, daß die Dienstverfehlungen des Mißhandelten an der gesamten Korporalschaft geahndet worden waren. Dies System der Bestrafung wäre ja ein vollständig sinnloses, wenn nicht gerade dadurch die Kameraden zur „Selbsthilfe" gegen den Missetäter veranlaßt werden sollten! Es hätten also eigentlich nicht die vier Füsiliere auf die Anklagebank gehört, sondern diejenigen, die durch ihre Kollektivstrafen erst den Ingrimm der Mannschaft erregt hatten!

Schweiz.

Eine sozialdemokratische Niederlage.

St. Gallen, 7. August. (Eig. Ber.)

Unsere Partei hat in der sonntägigen Wahl in Rorschach ihr seit Jahren besessenes Nationalratsmandat verloren, indem unser Genosse Kallenberger mit 2836 gegen 4391 Stimmen, mit denen der demokratische Gegenkandidat Weber gewählt wurde, unterlegen ist. Dieser Verlust ist die Folge des traurigen Kuhhandels der Regierung und der bürgerlichen Parteien, dem nun unsere Partei zum Opfer gefallen ist.

Die Wahlbewegung zeitigte aber auch äußerst bedenkliche Begleiterscheinungen. Der gewählte Demokrat Weber ist im „Nebenamt" auch Generalsekretär der Arbeiterunion schweizerischer Transportanstalten und der erste Führer der sozialdemokratischen Partei des Kantons Luzern, Genosse Advokat Albisser-Luzern, ist Redakteur des von der genannten Arbeiterunion herausgegebenen Verbandsorgans „Das Flügelrad". Genosse Albisser trat nun in unserem Luzerner Parteiblatt „Demokrat" wie in seinem „Flügelrad" für die Wahl des Demokraten Weber ein, der im Nationalrat notwendig sei für die Vertretung der Eisenbahnerinteressen, als ob diese Vertretung nicht seit jeher von der sozialdemokratischen Nationalratsfraktion in entschiedener und wirksamer Weise besorgt worden wäre! Zugleich bedeutete dieses Vorgehen die Bekämpfung der offiziellen sozialdemokratischen Parteikandidatur. Bei der großen Zahl von Eisenbahnern und Schiffsangestellten im Rorschacher Kreise ist sehr wahrscheinlich die Niederlage unserer Partei direkt auf diesen Verrat zurückzuführen, den auch der „Basler Vorwärts" als eine grobe Disziplinlosigkeit scharf verurteilt.

Unter solchen Umständen ist es für die schweizerische Sozialdemokratie ungemein schwer, emporzukommen, und erscheint die Reorganisation der Partei um so notwendiger, um mit der besseren Organisation auch einen besseren Geist in unsere Reihen zu bringen.

Belgien.

Beteiligung der christlichen Demokraten an der Wahlrechtsmanifestation.

Man schreibt uns aus Brüssel:

Die christlich-demokratischen Gruppen von Brüssel, Brügge, Alost, Gent u. a. haben kürzlich beschlossen, sich an der Wahlrechtsmanifestation vom 15. August zu beteiligen. In der Erklärung der christlichen Demokraten von Brügge wird darauf verwiesen, daß das gleiche Stimmrecht eine Programmforderung der christlichen Demokratie ist, woraus für diese die Notwendigkeit der Beteiligung an der Demonstration resultiert. Diese Beschlüsse sind eine moralische Ohrfeige für den übrigens einzigen parlamentarischen Vertreter der „christlichen" Volkspartei, des Deputierten Pierre Daens, der in der letzten Zeit eine verdächtige Uebereinstimmung mit der Regierung zeigte. Er hatte sich der Beteiligung der christlichen Demokraten an der Wahlrechtsmanifestation widersetzt — trotzdem er sich sonst stets als Verfechter des gleichen Stimmrechts bekannt hat — weil die Demonstration auch gegen das Schollaertsche Schulgesetz geht und daher nach Herrn Daens gegen die christliche Religion gerichtet ist! Da aber alle bekannten christlich-demokratischen Führer für die Beteiligung eintreten, scheint sich auch Daens anders besinnen zu wollen. Wenigstens brachten die Zeitungen die Nachricht, daß er die Sache in einer Versammlung der „christlichen Volkspartei" in seinem Wahlkreise Alost vorlegen wird. Wenn diese zustimmt, wäre damit die einheitliche Beteiligung der christlich-demokratischen Organisationen für die Manifestation gesichert. Damit, daß neben den Sozialisten und Liberalen auch die christlichen Demokraten an der Manifestation für die Eroberung der gleichen politischen Rechte teilnehmen, wird der Regierung auch demonstriert, daß die Mehrheit des Landes für die Wahlreform ist. Denn wie die letzten Wahlen zeigten, vereinigte die Opposition, eingerechnet der christlich-demokratischen Stimmen, die Mehrheit der Stimmen des Landes auf sich: 1 240 830 Stimmen gegen 1 194 020 Stimmen der Regierungsklerikalen, die auch dann noch eine Minorität darstellen, wenn man ihnen die 80 000 Stimmen der klerikalen Dissidenten zuzählt.

Wie wir bereits meldeten, bereiten die vlämischen Marxisten Belgiens für diese Manifestation eine agitatorische Sondernummer ihres Organs „Volharding" vor, das in einer Auflage von 10 000 Exemplaren erscheinen wird, deren Abnahme zum großen Teil schon gesichert ist, und die u. a. folgende aktuell-prinzipiellen Artikel enthalten wird: L. de Brouckère: Das allgemeine Stimmrecht; von De Man über die gewerkschaftliche Frage; L. de Brouckère über Sozialismus und Monarchismus — eine prinzipielle Auseinandersetzung, die an die Haltung der Sozialisten von Charleroi beim Besuch Albert's anknüpft, und einen Artikel über die Frage des Ministerialismus.

England.

Ein Mißtrauensvotum des Oberhauses.

London, 8. August. Im Oberhause beantragte Lord Curzon ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung, das gleichlautend ist mit dem gestern von Balfour im Unterhause gestellten Mißtrauensvotum. Lord Curzon griff in heftigen Ausdrücken das Verhalten der Minister an, das er als eine unverzeihliche Verletzung ihrer Pflicht gegenüber dem König, dem Parlament und dem Volke bezeichnete. Earl of Crewe gab in seiner Erwiderung einen Bericht über die im November erfolgte Unterredung mit dem König. Gemäß der von Asquith gestern abgegebenen Erklärung sagte er: Wenn auch der Premierminister persönlich ungern die Notwendigkeit, neue Peers zu schaffen, angeregt habe, würde die Regierung vor diesem Verfahren nicht zurückschrecken, falls es notwendig werden sollte.

Das Mißtrauensvotum wurde schließlich mit 282 gegen 68 Stimmen angenommen. Natürlich hat ein solches Votum im Oberhause keine politischen Folgen. Das wirkliche Interesse konzentriert sich vielmehr nur auf die Frage, ob die Peers auf ihrem Amendements beharren werden oder nicht. Eine Abstimmung hierüber wird nicht vor morgen abend vorgenommen werden, aber sehr wahrscheinlich wird sich die Debatte bis Donnerstag hinziehen.

Abstimmung im Unterhause.

London, 8. August. Unterhaus. Nach weiterer Debatte wurden die Amendements der Lords bezüglich der Finanzvorlagen mit 291 gegen 146 Stimmen abgelehnt, dagegen das Amendement der Regierung, wonach der Sprecher mit bestimmten Mitgliedern des Hauses Rücksprache darüber zu nehmen habe, ob eine Vorlage lediglich finanzieller Natur sei oder nicht, mit einer von der Regierung gebilligten Abänderung angenommen. Schließlich wurden die Amendements des Lords Lansdowne mit 321 mit 215 Stimmen abgelehnt. Die Vorlagen gehen morgen ans Oberhaus zurück, die endgültige Entscheidung wird aber wahrscheinlich nicht vor Donnerstag fallen.

Portugal.

Die Präsidentschaftsfrage.

Man schreibt uns aus Lissabon:

Die Beratung der Verfassung in der Kammer geht jetzt zu Ende. Da der Präsident der Republik drei Tage nach der Abstimmung gewählt werden muß, wird die Kandidatenfrage jetzt lebhaft erörtert.

Es wurde ein Antrag eingebracht, nach dem die Mitglieder der gegenwärtigen provisorischen Regierung nicht kandidieren dürfen. Wird der Antrag angenommen, schieden Théophile Braga und Bernardino Machodo als Kandidaten aus. Bis jetzt werden als Kandidaten genannt Magalhaes Lima, der die Unterstützung der republikanischen Linken und der Freimaurer, und de Braamcamp, der Kammerpräsident, der die Mehrheit der Rechten und des Zentrums für sich hat. Ein dritter Kandidat ist noch Manoel de Arriaga, der Generalstaatsanwalt der Republik.

Klassenjustiz.

Der Korporal und die fünf Soldaten, die im Monat März auf Streikende geschossen hatten, wodurch einer getötet und mehrere verwundet worden waren, wurden, um der Form zu genügen, vor ein Kriegsgericht gestellt. Sie behaupteten, sie seien von den Streikenden angegriffen worden und hätten in der Notwehr gehandelt. Dabei waren die Streikenden ganz unbewaffnet. Das Kriegsgericht hielt die Soldaten für nichtschuldig und sprach sie frei.

Norwegen.

Das konstitutionelle Königtum.

Als im Jahre 1905 die schwedisch-norwegische Union aufgelöst wurde und der alte Schwedenkönig in Norwegen aufgehört hatte zu „regieren", begingen die Norweger die Torheit, sich einen neuen König heranzuholen, obwohl die demokratische Entwickelung ihres Landes eigentlich zur Republik führen mußte. Inzwischen haben die Norweger jedoch ihrem neuen König nach und nach auch das Wenige an Macht und Einfluß genommen, das dem letzten Schwedenkönig auf Grund der norwegischen Verfassung noch zustand. Der letzte Rest dieser „königlichen Macht" ist Ende der verflossenen Woche vom Storthing aus der Verfassung beseitigt worden. Es hieß bis jetzt im § 31, daß alle vom König selbst ausgefertigten Befehle, ausgenommen militärische Kommandosachen, vom Ministerium kontrasigniert sein müssen, wenn sie Gültigkeit erhalten sollen. Nun hat das Storthing beschlossen, und zwar einstimmig, daß jene die militärischen Dinge betreffende Ausnahmebestimmung gestrichen wird, so daß jetzt tatsächlich alle „Beschlüsse" — wie es jetzt heißt — des Königs nur mit der Unterschrift des betreffenden Ministers, der sie ihm vorgetragen hat, Gültigkeit haben. Von praktischer Bedeutung ist der Beschluß eigentlich nicht, denn der König hatte schon bisher über das Militär ebensowenig wie über irgendeine andere Angelegenheit des Landes zu befehlen oder zu beschließen. Es galt eben nur, die geschriebene Verfassung mit den tatsächlichen Verhältnissen in Einklang zu bringen. Der König darf das Land repräsentieren, soweit er Auftrag dazu hat, er muß das unterschreiben, was ihm von der Regierung, über deren Zusammensetzung das Storthing entscheidet, zur Unterschrift vorgelegt wird, und dafür erhält er seinen Lohn. Schränkt man seine verfassungsmäßigen Rechte ein, so muß er sich das ruhig gefallen lassen, denn das suspensive Veto, das seinem Vorgänger in Verfassungsfragen noch zustand, hat das Storthing schon längst beseitigt.

Aus der Partei.

Weltpolitik, Weltkrieg und Sozialdemokratie!

Unter diesem Titel ist ein vom Parteivorstand herausgegebenes Flugblatt erschienen, das die Marokkokrise behandelt. Das Flugblatt ist an die Bezirksvorstände versandt und wird den Organisationen in den nächsten Tagen zugestellt werden.

Zum Stuttgarter Ministeretfen schreibt die Göppinger „Freie Volkszeitung" noch:

„Wie wir erfahren, soll mindestens noch ein vierter sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter bei Herrn v. Weizsäcker getafelt haben. Es wird vorläufig zu den Namen der Genossen Feuerstein, Hildenbrand, Dr. Lindemann noch der des Genossen Heymann genannt. Wir nehmen an, daß eine authentische Erklärung des letzteren und der übrigen Fraktion über Teilnahme oder Nichtteilnahme am Ministeretfen in Aussicht steht."

Ueber die Auflösung der österreichischen Internationale schreibt im letzten Heft des „Kampf" Genosse Karl Kautsky. Er führt gegen die von uns letzthin wiedergegebenen Ansichten Otto Bauers aus, daß die österreichische Gesamtpartei aller Nationen keineswegs tot, sondern nur dem Bewußtsein der Genossen durch die jahrelange Nichtabhaltung eines Gesamtparteitages (seit 1906) entrückt sei. Ein Friedensschluß mit dem Separatismus sei ebenso unmöglich wie etwa mit dem Anarchismus, und gerade, um die Gesamtpartei über den Separatismus urteilen zu lassen, müsse der Gesamtparteitag zusammentreten. Auch Genossin Schlesinger-Eckstein meint, daß die Unterlassung der Abhaltung eines Gesamtparteitages die rechtzeitige Klärung verhindert hat. Früher hätte sich ebenfalls eine Minderheit der tschechischen Partei abgesplittert, jetzt ist es ihre Mehrheit. Kautsky gibt auch seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß sich, im Gegensatz zur ganzen sozialistischen Welt, gerade in der österreichischen Sozialdemokratie derartige große Umwälzungen vollziehen, ohne daß die Parteiöffentlichkeit sich damit befaßt. Seit den letzten Wahlen allerdings hat sich die „Arbeiterzeitung", die übrigens noch den Untertitel „Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie" führt, sehr viel mit dem politischen und parlamentarischen Vorgehen der tschechoslawischen Sozialdemokratie beschäftigen müssen. In der gleichen Nummer des „Kampf" wird übrigens der Bauersche Vorschlag der Anerkennung beider tschechischen Parteien durch die deutsche und des gewerkschaftlichen Friedensschlusses auf der Grundlage der Ueberlassung des tschechischen Sprachgebiets an die Separatisten und Beschränkung auf dieses Gebiet, von dem tschechischen Genossen Purian-Brünn bekämpft. Der Reichenberger „Vorwärts" bekämpft ihn ebenfalls, während Genosse Julius Deutsch, der bekannte Geschichtsschreiber der österreichischen Gewerkschaftsbewegung, den Bauerschen Vorschlag befürwortet. Auf dem Innsbrucker Parteitag der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie wird diese Frage wohl breiten Raum beanspruchen.

Jugendbewegung.

Eine Konferenz der Jugendausschüsse des Oberrheins

tagte am Sonntag in Köln. Vertreten waren Köln, Mülheim, Bonn, Aachen-Stadt, Aachen-Land, Gummersbach und Oberstein. Der Bericht des Bezirksausschusses konnte einen erfreulichen Vormarsch auch in diesem vom Klerikalismus beherrschten Gebiete feststellen. In der Zeit vom 1. Dezember v. J. bis zum 30. Juni d. J. stieg die Zahl der Abonnenten der „Arbeiter-Jugend" von 1213 auf 1868. Nur Bonn hatte einen kleinen Rückgang. Jugendheime bestehen in Köln-Kalk, Mülheim und Bonn. Neben zahlreichen anderen Veranstaltungen wurden 88 Einzelvorträge mit insgesamt 5618 Besuchern und 75 Wanderungen mit etwa 4500 Beteiligten geboten. Die übrige Tätigkeit der Ausschüsse erstreckte sich auf Museumsbesuche, künstlerische Veranstaltungen, Theaterbesuche, Turn- und Spielabende und den Schutz der Jugend gegen Gesetzesübertretungen der Unternehmer.

Die Konferenz nahm noch zwei Referate über „Praktische Arbeit in der Jugendbewegung" entgegen und stimmte dann einer Reihe von Anträgen zu. Von diesen fordert einer von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands die baldige Errichtung eines besonderen Jugendsekretariats; ein weiterer die Herausgabe eines Ratgebers für die Jugendausschüsse und die Organisation von Agitationstouren durch die Zentralstelle. — Einen besonderen Wert bekam die Konferenz durch eine umfangreiche Ausstellung der Literatur der verschiedenen Richtungen in der „Jugendpflege" und namentlich auch der Zeitungen und Flugblätter unserer Gegner. Sehr wirkungsvoll machte sich die Gegenüberstellung von Festprogrammen größerer proletarischer Jugendausschüsse neben Liedern, Iläglichen Schund-„dramen", Programmen von ödesten Karnevalssitzungen usw., die noch jetzt in vielen katholischen Jünglingsvereinen des Kölner Bezirks zur „Erziehung" der Jugend geboten werden. Auch eine Ausstellung empfehlenswerter Jugendspiele, Wanderausrüstung usw. war arrangiert.

Als nächster Tagungsort wurde Bonn bestimmt. Zum Vorsitzenden des Bezirksausschusses wurde Genosse Collmann-Köln wiedergewählt.

Gewerkschaftliches.

„Die Leibgarde des Satans."

Kürzlich haben die Christen vor einem Geistlichen in einer von Hirsch-Dunckerianern in Hamm einberufenen Versammlung einen wahren Hexensabbat aufgeführt, weil der Diener Gottes die christlichen Gewerkschaften nicht als den Sitz von Friedfertigkeit, Sanftmut und Christlichkeit wollte gelten lassen. Wie die Christen den Gegenbeweis führten, das enthüllt eine Darstellung in einem Dortmunder bürgerlichen Blatt. Es heißt da unter der vorstehenden Stichmarke:

Als solche muß man unbedingt die „christlichen" Gewerkschaften bezeichnen, wenn man die am Montag in Hamm stattgefundene Versammlung als einen Maßstab für die Kampfesweise der „christlichen" Gewerkschaften ansehen will. Schreiber dieses hatte unbefangen der betreffenden Versammlung beigewohnt, um auch mal die Anschauungen und Kampfesweise der christlichen Gewerkschaften hier im Kohlengebiet kennen zu lernen. Wenn ich auch nach dem Elaborat der vier evangelischen Gewerkschaftssekretäre meine Ansprüche nicht allzu hoch stellte, aber so etwas an niederer Kampfesweise und Frivolität, das die „Christlichen" hier in dieser Versammlung an den Tag legten, ist mir noch nicht vorgekommen. Wie Menschen haben diese Leute sich nicht benommen, nein, wie eine wilde Horde. Daß die „christlichen" Führer sich nach dem voraufgegangenen glänzenden und beweiskräftigen Referat Traubs in einer schwierigen Lage befanden und nun vielleicht in etwas heftiger Weise zu retten suchten, was zu retten war, nun, das konnte man hingehen lassen. Armselig genug waren ja ihre Argumentationen allerdings. Aber, daß sie mit solchen gemeinen, perfiden, ja persönlichen Verunglimpfungen gegen einen Ehrenmann wie Traub arbeiteten, das sollte man von denselben, die doch das Wort „christlich" in Erbpacht genommen haben wollen, nicht erwarten. Was nennt sich heute nicht alles „christlich"!

Wie klein, wie winzig klein müssen doch diese Leute sein, wenn sie ihre Truppen nicht mal soviel in der Gewalt haben, daß sie denselben nicht mal Ruhe gebieten konnten, wenn von ihrer Gegenpartei sachliche Belege für die Konfessionellität der christlichen Gewerkschaften vorgebracht wurden. Ja, wie diese „Führer" selbst mit gutem Beispiele vorangingen und in geradezu rüpelhafter Weise wie die Wilden mitbrüllten, ja, vor einem, nun, wie soll man es anders bezeichnen, offenen Raub nicht zurückschreckten. Es war, wenn ich nicht irre, der Gewerkschaftssekretär Erdmann, der, als der Hirsch-Dunckerianer Grünlich eine sehr böse Sache für die „Christlichen" vorbrachte, sich ans Rednerpult heranschlich, um dem Redner die Unterlagen für dessen Ausführungen zu entreißen. So etwas ist denn doch die Höhe und halte ich es im Interesse des wirtschaftspolitischen Kampfes für unbedingt erforderlich, dieses hier offen und ehrlich festzunageln. Glänzender konnte Traub nicht gerechtfertigt werden, wie durch dieses in der Hammer Versammlung zutage getretene, wüste, jeder Zivilisation hohnsprechende Benehmen der christlichen, pardon, sogen. Gewerkschaften. Während die Versammlung durch die Radaubrüder oft einen geradezu stürmischen Verlauf nahm, mußte man andererseits wieder bewundern, wie Traub, der wieder mal glänzend in seiner ruhigen, sachlichen Weise kämpfte, Punkt für Punkt nicht nur seine Anklagen aufrecht erhielt, sondern neue, belastende Beweise für diese vorbrachte, und trotz alledem und alledem, trotz gemeinster Angriffe, trotz der versuchten Vergewaltigung mit seinen Beweisen durchdrang, so daß ihm oft nicht endenwollender Beifall zuteil und mancher, mancher „Christlicher" innerlich überzeugt und bekehrt wurde. Daß beweisen mir viele Aeußerungen christlich organisierter Arbeiter während, als auch nach der Versammlung."

Wirklich, eine nette, reizende Gesellschaft. Mit solcher Christlichkeit kann natürlich und will die Sozialdemokratie nicht wetteifern. Daher haben die schwarzen Brüder recht, wenn sie sagen: Uns trennt eine Welt! — Gott sei Dank!

Berlin und Umgegend.

Lohnbewegung der Berliner Sargtischler.

In den Werkstätten Rosinski, Rummelsburg, Prinz-Albert-Straße, und Rosinski, Lichtenberg, Margaretenstraße, stehen die Arbeiter schon seit vier Wochen im Streik. Im April 1910 brachte eine allgemeine Lohnbewegung einen Tarif zur Geltung, den die beiden Firmen aber nicht akzeptierten. Nach Erledigung der Lohnbewegung ging dem Deutschen Holzarbeiterverband folgendes Schreiben zu:

Verband der Berliner Holzsargfabrikanten. Berlin, den 8. Juni 1910.

An den Deutschen Holzarbeiterverband hier!

Bei unserer letzten Zusammenkunft am 1. Juni ist festgestellt worden, daß die Forderungen seitens der Gesellen uns gegenüber wohl zum größten Teile durchgeführt, auch innegehalten worden sind, daß es aber doch noch Arbeitsstätten gibt, die unsere Gesellen diesbezüglich geschont haben. Dahin gehört vor allem die Firma Rosinski, Rummelsburg, die heute noch in der Lage ist, den gr. Hohlkehl für 11,50 M. zu liefern, was uns bei den 20—30 Proz. Aufschlag ganz unmöglich ist. Bei der Firma Moritz Klee ist ebenfalls noch nicht mal herangetreten worden. Wenn wir nun auch von der letzten Firma schon wegen ihrer Preishaltung noch absehen wollen, so müssen wir doch bei der ersten Firma ganz entschieden darauf bestehen, daß der Deutsche Holzarbeiterverband hier den Ausgleich herbeiführt. Bei der großen Schädigung, die uns durch diese Schleuderkonkurrenz tagtäglich entsteht, ist schnelles Handeln schon um so mehr geboten, als wir im andern Falle gezwungen wären, unsere bewilligten Forderungen sofort wieder zurückzuziehen und die Gesellen zu entlassen. Ihrer diesbezüglichen Antwort umgehend entgegensehend

Der Verband der Berliner Holzsargfabrikanten und Verein der Berliner Sargtischlermeister. Der Vorstand. (Siegel) L. Wüstenberg, Tischlermeister, O. 54, Linienstr. 23.

Obwohl der Verein der Berliner Sargtischlermeister wünschte, daß der Deutsche Holzarbeiterverband vorgehe, werden die beiden Firmen, nachdem der Streik ausgebrochen, von anderer Seite unterstützt. Die Firmen Nagel u. Walter, Weißensee, Greifswalder Straße, und Maffinzeck, Rummelsburg, liefern Arbeit dorthin. Bei Maffinzeck tut sich besonders ein Arbeitswilliger, August Brandtner, Rummelsburg, Wilhelmstr. 54, hervor. Die Polizei bemüht sich mit besonderem Eifer bei dem Unternehmer Ernst Rosinski, Rummelsburg, die Streikposten zu entfernen und Verhaftungen vorzunehmen. Da die Firmen in der „Morgenpost" und „Lokal-Anzeiger" Arbeiter suchen, die hobeln können, sei vor Zuzug dringend gewarnt.

Die Arbeiter werden den Kampf auch ohne Unterstützung der Berliner Sargtischlermeister durchfechten.

Holzarbeiter! In der Wagenfabrik Hellmuth, Stralauer Str. 52, streiken die Arbeiter (Stellmacher und Schmiede) seit drei Wochen. Der Unternehmer lehnt jede Verhandlung ab. Die Firma baut als Spezialität Handwagen, ihre Hauptkundschaft stellen die Handtuchverleihgeschäfte. Wir ersuchen alle Interessenten, hiervon Notiz zu nehmen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Berlin.

Steinholzleger. Während des seit dem 3. August andauernden Streiks werden die Unternehmer Gelegenheit genug gehabt haben, die Solidarität der Arbeiter kennen zu lernen. Zugleich muß es ihnen aber auch klar geworden sein, daß es den Arbeitern bitter ernst ist mit ihrer Forderung.

Die Unternehmer scheinen sich sehr viel von einem Schreiben versprochen zu haben, das den Arbeitern von ihren Unternehmern zuging, worin sofortige Entlassung für den Fall angekündigt wurde, wenn sie nicht sofort die Arbeit aufnähmen. Sie sahen sich aber getäuscht.

Ebenso sind ihre Bemühungen ohne Erfolg, eingearbeitete Arbeitskräfte als Ersatz der Streikenden nach Berlin zu ziehen. Es gehört ziemlich viel Naivität dazu, anzunehmen, die Leute seien bereit, Streikbrecherdienste zu leisten.

So wandte sich die Firma Deutsche Steinholzwerke mit folgendem Schreiben an einen Münchener Steinholzleger:

Deutsche Steinholzwerke. Paul Langguth. Berlin NW. 40, Heidestr. 15. 5. August 1911.

Herrn R. N.! München.

Wir kommen heute auf Ihre frühere Bewerbung zurück und fragen an, ob Sie zurzeit bereit sind, bei uns in Berlin in Beschäftigung zu treten, da unter den hiesigen Steinholzlegern ein Streik ausgebrochen ist. Sie müßten sich selbstverständlich verpflichten, die Ihnen von uns übertragenen Arbeiten fertigzustellen und sich nicht den Streikenden hier anzuschließen. Wir erwarten umgehend von Ihnen Mitteilung, ob Sie nach hier kommen wollen und welche Lohnansprüche Sie stellen.

Hochachtungsvoll ppa. Deutsche Steinholzwerke. Paul Langguth.

P. S. Falls Ihnen Kollegen bekannt sind, die event. geneigt sind, gleichfalls hier in Arbeit zu treten, bitten wir Sie, gefl. benachrichtigen zu wollen, oder uns die Adressen aufzugeben.

Während die Herren sich fruchtlosen Hoffnungen auf Ersatz ihrer vollwertigen Arbeitskräfte hingeben, haben mehrere Firmen durch Anerkennung der Forderungen den Kampf beendet. Mit diesen Unternehmern ist ein neuer Vertrag abgeschlossen und sind ihnen Arbeitskräfte zugewiesen worden.

Wir machen alle Bauarbeiter auf die Lohnbewegung aufmerksam. Arbeiten Steinholzleger ohne die ordentlich abgestempelte Streik- und Arbeitsberechtigungskarte, so sind es Arbeitswillige und ersuchen wir, uns zu benachrichtigen, wann und wo solche angetroffen werden.

Der Vorstand des Bauarbeiterverbandes.

Ausland.

Allgemeiner Streik im Londoner Hafen.

London, den 8. August.

Der Kampf der Londoner Dockarbeiter hat sich mit überraschender Schnelligkeit zu einer grandiosen Bewegung ausgewachsen, die nur mit dem großen Dockarbeiterstreik von 1889, in welchem der „neue Trade-Unionismus" geboren wurde, vergleichbar ist. Aber während jene historische Bewegung nur durch die sentimentale Sympathie der allgemeinen Oeffentlichkeit für eine besonders niedergetretene Arbeiterschicht zu einem siegreichen Ende geführt wurde, liegt die Stärke des gegenwärtigen Kampfes in einem ganz anderen Umstand: in der bisher noch nie dagewesenen Einmütigkeit und Solidarität aller beteiligten Arbeiterschichten.

Der Hafenverkehr steht völlig still, und die folgenden Arbeiterkategorien stehen im Kampfe: Docker, Kohlenbunkerleute, Lichterschiffer, Stauer und Fuhrleute. Sie haben alle separate Organisationen, aber seit etwa einem halben Jahre sind alle diese Gewerkschaften in dem neugegründeten Transportarbeiterverband vereinigt.

Der Kampf der Docker hat bereits zu einem vollen Siege geführt. Der eingesetzte Schiedsrichter, Sir Albert Rollit, hat in allen Punkten für die Forderungen der Arbeiter entschieden. Die wichtigsten Punkte sind: Stundenlohn 8 Pence, für Ueberstunden 1 Schilling; für Mahlzeiten wird ebenfalls Lohn bezahlt. Dieser Schiedsspruch wurde am Sonntag in einer Riesenversammlung der Hafenarbeiter im Trafalgar Square, wie sie selbst an diesem, an historischen Versammlungen so reichen Orte, fast ohne Beispiel dasteht, unter den begeistertsten Kundgebungen der Arbeiter, die mit ihren Organisationsbannern und Musikbanden aus den Docks durch die Stadt marschiert waren, verkündet.

Allein die Docker legten ungeachtet ihres großen Sieges die Hände nicht in den Schoß. Das Verbandsstreikkomitee gab die Parole aus, daß kein Arbeiter die Arbeit wieder aufnehme, bis nicht alle Kategorien von Hafenarbeitern ihre Forderungen bewilligt erhalten. Die Forderungen der Lichterschiffer und der Kohlenbunkerleute bilden augenblicklich den Gegenstand von Unterhandlungen unter dem Vorsitze eines Beamten des Handelsministeriums. Die Lichterschiffer verlangen den Zehnstundentag, von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr abends, und eine Lohnerhöhung, sowie eine einheitliche Lohnskala. Die Kohlenbunkerleute verlangen: die Anerkennung der Organisation, daß Gruppen von 5 Leuten auf Dampfbarken beschäftigt werden sollen, Neuregelung und Erhöhung des Ueberstundenlohnes, daß alle Arbeiter eingestellt werden, bevor die Bunker einlaufen, und eine Anzahl anderer auf die Arbeitsweise bezüglichen Forderungen.

Die Stauer verlangen, daß ihre Arbeitsbedingungen im allgemeinen denen der anderen Arbeiterkategorien gleichgestellt werden. Ihre Forderungen werden demnächst vor dem ständigen Londoner gewerblichen Schiedsgericht verhandelt werden.

Die größten Hindernisse bereitet einer baldigen Wiederaufnahme der Arbeit der Kampf der Fuhrleute. Wie überall, so sind die Fuhrleute auch hier eine grenzenlos ausgebeutete Arbeiterschicht, und die Unternehmer widersetzen sich nicht nur der geforderten Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung, sondern weigern sich auch die Organisation anzuerkennen, obschon sie sich bereit gefunden haben, mit dem Transportarbeiterverband zu verhandeln. Es handelt sich um mindestens 20 000 Fuhrleute. Der Teil von ihnen, der unmittelbar mit Hafenarbeiten beschäftigt ist, hat sich bereits der Bewegung angeschlossen, während der Rest Ende dieser Woche die Arbeit niederlegen wird.

Die Folgen des Streiks machen sich schon sehr stark fühlbar. Eine ganze Anzahl eingelaufener Schiffe können nicht ausgeladen werden, und für Abfahrt bestimmte Schiffe warten auf ihre Ladung. Große Massen von Lebensmitteln, namentlich gefrorenes Fleisch, liegt in den Schiffen, und obschon London noch für mehrere Tage mit Fleisch versorgt ist, ist der Marktpreis bereits gestiegen. Große Entrüstung hat unter den Streikenden verursacht, daß Soldaten beordert worden sind, für die Armee bestimmtes Mehl auszuladen. Der Führer der Docker, Genosse Ben Tillett, hat die Behörden sehr eindringlich ersucht, weitere Streikbrecherdienste von Soldaten zu unterlassen, da es sonst zu ernsten Friedensstörungen kommen könnte. Aus allgemeinen Gesundheitsrücksichten haben die Streikenden beschlossen, folgende Arbeiten nicht einzustellen: die Beförderung von Eis für Krankenhäuser, die Wegschaffung von faulenden Abfällen, die Aufrechterhaltung des Londoner Kanalisationssystems und die Versorgung von Wasserbarken mit frischem Wasser.

Bisher ist der Kampf gänzlich ohne Ruhestörungen vonstatten gegangen, weil die Unternehmer an die Verwendung von Streikbrechern gar nicht denken konnten. Es verlautet jedoch, daß manche von ihnen Versuche machen werden, solche von auswärts zu importieren. Wenn diese Drohung ausgeführt wird, dann muß der Kampf sehr bald erbitterte Formen annehmen. Jetzt richten die Unternehmer ihre Bestrebungen hauptsächlich dahin, die unverladenen Schiffe nach anderen englischen oder ausländischen Häfen zu bringen. Allein die Arbeiter haben für diesen Fall bereits ihre Vorbereitungen getroffen. Die Streikbrecherschiffe werden in allen englischen Häfen boykottiert, und Ben Tillet hat in der Versammlung im Trafalgar Square unter stürmischem Beifall einen Brief des Sekretärs des Internationalen Transportarbeiterverbandes in Berlin verlesen, in dem dieser verspricht, den Boykott auch in Hamburg, Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen und Havre vorzubereiten. Ueberhaupt scheint der Gedanke des internationalen Transportarbeiterstreiks die englischen Hafenarbeiter in außerordentlichem Maße gefangen genommen zu haben. Wenn man sich mit den streikenden Dockarbeitern ins Gespräch mischt, dann hört man überraschend viele Andeutungen, wie leicht eine gemeinsame Aktion der Transportarbeiter der verschiedenen Länder die Machenschaften der internationalen Diplomatie durchkreuzen könnte. Die reaktionären Blätter sind durch die ganze Bewegung schon jetzt sehr stark alarmiert, ja, es sind schon Vorschläge laut geworden, daß man der von einem Transportarbeiterstreik drohenden Gefahr auf gesetzgeberischem Wege begegnen müsse.

London, 9. August. Wenigstens 30000 Fuhrleute streiken hier jetzt infolge einer Aufforderung, die der Exekutivausschuß der Trade Union der Fuhrleute an diese ergehen ließ. In den Straßen der City, in denen von Ostend, Westend und Süd-London sind tatsächlich keine Güterwagen zu sehen. In den Hauptverkehrsstraßen wurden, meistens mit Erfolg, die Fuhrleute von den Streikenden aufgefordert, ihre Wagen nach den Stationen zurückzubringen. Die Ausdehnung des Ausstandes auf die Güterbahnhöfe ist wahrscheinlich. Einige Eisenbahnfuhrleute haben schon die Arbeit eingestellt. Ungeheure Mengen von Früchten und Lebensmitteln liegen auf der Station London-Bridge fest, da die Fuhrleute sich weigern, die Ladungen abzufahren.

London, 9. August. Nach Meldungen der Blätter hat der Sekretär des Hafenarbeiterverbandes heute nachmittag einen allgemeinen Streikbefehl erlassen, der sich an alle, die im Londoner Hafen beschäftigt sind, richtet. Dadurch würde die Zahl der Ausständigen sich auf etwa 100 000 erhöhen.

Versammlungen.

Zur „Richtigstellung" des Genossen Litfin. Nachdem Genosse Litfin in seiner zweiten Richtigstellung in der ersten Beilage der Nr. 172 des „Vorwärts" alle meine Behauptungen, welche ich auf dem achten Gewerkschaftskongreß in Dresden machte, als wahr zugeben muß, gehört doch eine Dosis Mut dazu, mir hinterher leichtfertige Behauptungen einer Organisation gegenüber nachzusagen.

Noch einmal auf alle Einzelheiten einzugehen, erübrigt sich für mich, da meine Behauptungen nicht bestritten werden konnten.

Wenn aber Genosse Litfin die „unübersehbaren, ungeheuren Konsequenzen" fürchtet, weshalb dann der Beschluß der Kölner Generalversammlung der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands, in dem ihre Mitglieder aufgefordert werden, nur von tariftreuen Firmen ihre Waren zu beziehen, und weshalb die nochmalige Erinnerung daran seitens des Genossen Litfin auf dem letzten Verbandstage?

Max Kiesel.

Letzte Nachrichten.

Zu dem Leichenfund im Teltowkanal,

worüber wir unter „Lokales" berichteten, erfahren wir noch, daß es sich allem Anschein nach nicht um einen Mord, sondern um einen **Doppelselbstmord** handelt. Bei dem Landwirt Haupt in Schönow bei Zehlendorf war seit mehreren Jahren die Dienstmagd Martha Räther beschäftigt. Vor etwa Jahresfrist lernte sie in Zehlendorf den daselbst wohnhaften Fabrikarbeiter Albert Klomfaß kennen, der in einer dortigen Fabrik beschäftigt war, und ging mit demselben einen Verkehr ein. Das Paar wollte in nächster Zeit heiraten. Die Ersparnisse des Mädchens sollten zur Gründung des Hausstandes dienen. Montag nachmittag erhielt die R. von ihrer Herrschaft die Erlaubnis, auszugehen, versprach aber um 10 Uhr wieder zu Hause zu sein. Die R. wurde dann mit Klomfaß gesehen, wie sie, in eifrigem Gespräch vertieft, Arm in Arm die Straße entlang gingen. Nachdem das Mädchen auch bis vorgestern nicht zurückgekehrt war, stellte die Dienstherrschaft Nachforschungen nach ihr an und zeigten sie der Polizei als vermißt an. Gestern mittag um 12 Uhr wurde die Vermißte als Leiche aus dem Teltowkanal gelandet und nach dem Teltower Friedhof gebracht. Man nimmt an, daß Klomfaß ebenfalls seinem Leben durch Ertrinken ein Ende gemacht habe. Nachforschungen der Teltower Polizei führten dahin, daß eine Person ermittelt wurde, die die Leiche eines Mannes im Teltowkanal habe schwimmen sehen. Die Leiche des Klomfaß konnte noch nicht geborgen werden, und nimmt man an, daß es sich um eine Liebestragödie handelt.

Ein gewaltiger Dachstuhlbrand,

der Proskauer Straße 24, nahe dem Forckenbeckplatz und dem Zentralviehhof, aus unbekannter Ursache ausbrach, machte der Feuerwehr viel zu schaffen. Der Brand wurde erst bemerkt, als die **Flammen schon aus den Dachluken des Vorderhauses und Seitenflügels hell emporloderten.** Als die ersten Löschzüge eintrafen, hatte der Brand bereits eine **große Ausdehnung** erlangt. Genährt durch den Hausrat der zahlreichen Mieter und durch Brennmaterialien bedrohten die Flammen auch die angrenzenden Gebäude. Da die Treppen verqualmt waren, mußte mit Hilfe mechanischer Leitern vorgegangen werden. Trotz des großen Löschaufgebotes dauerte es über eine Stunde, bis die Macht des Feuers gebrochen war. Erst in später Nachtstunde konnte die Wehr wieder abrücken. Der Schaden ist erheblich, da auch das obere Geschoß etwas gelitten hat.

Schwere Schiffskatastrophe.

Gibraltar, 9. August. (W. T. B.) Der französische Dampfer „Emir", der um 3 Uhr früh von Gibraltar nach der marokkanischen Küste abgegangen war, ist fünf Meilen östlich von Tarifa gesunken. **93 Personen sind ertrunken.**

Eine weitere Meldung über den Untergang des Dampfers besagt: Infolge dichten Nebels stieß der englische Dampfer „Silverton" mit dem Dampfer „Emir" bei Tarifa zusammen; der letztere sank; von den Passagieren wurden 15, von der Mannschaft **12 Personen gerettet.**

Nach den letzten Feststellungen sind **86 Personen ertrunken,** der Kapitän des Dampfers wurde verletzt, jedoch gerettet. Der Dampfer „Silverton", der die Maschinenwelle beschädigt und vorn ein Leck hat, hat **27 Gerettete** nach Marseille gebracht.

Kampf mit Verbrechern.

Lemberg, 9. August. (W. H.) Letzte Nacht wurden in einem Hause in der Dlugoszstraße **mehrere Einbrecher** von dem **Hausmeister überrascht.** Als die Verbrecher sich verfolgt sahen, gaben sie **mehrere Revolverschüsse ab.** Hierdurch wurde der Hausmeister getötet und ein Arbeiter, der sich der Verfolgung angeschlossen hatte, tödlich verletzt. Einer der Täter konnte verhaftet werden.

Eisenbahnzusammenstoß.

Mailand, 9. August. (W. H.) Der Personenzug Nr. 38, aus Rom kommend, stieß im Bahnhofe von Arezzo **mit einem Güterzug zusammen.** 5 Wagen wurden vollständig zertrümmert, **zwölf Reisende wurden ernstlich verletzt.**

Die Cholera.

Triest, 9. August. (W. T. B.) Hier ist neuerdings **ein Cholerafall** festgestellt worden.

Saloniki, 9. August. (W. T. B.) In Ipek sind **39 Todesfälle an Cholera** zu verzeichnen, in Djakowa **vier,** in Mitrovitza **sieben;** zwei Fälle betreffen Soldaten.

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

2. Verbandstag der Bureauangestellten und der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften.

Köln, 7. August.

Der Verbandstag, der im „Coloniahaus" heute vormittag zusammentrat, ist von 41 Delegierten, 3 Vorstandsmitgliedern und einem Ausschußvertreter besucht. Die Generalkommission vertritt Bauer-Berlin, den Zentralverband der Handlungsgehilfen Lange-Hamburg und die Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen Simanowski-Berlin. — Verbandsvorsitzender Giebel-Berlin gab in seiner Eröffnungsrede einen historischen Rückblick über die Entwickelung der Organisation.

Den Vorstandsbericht gibt Giebel, der den gedruckten Bericht, von dem wir bereits einen längeren Auszug brachten, ergänzte. Redner behandelt ausführlich die sozialpolitische Tätigkeit des Verbandes und hier wieder besonders das Gebiet der Reichsversicherungsordnung, an der die Bureauangestellten in doppelter Weise interessiert seien: nicht nur wirtschaftlich, sondern auch als Zugehörige zu dem großen Kreis der Versicherten. Den Wünschen der Privatangestellten gegenüber habe der Reichstag vollständig versagt. Konstatiert könnte wohl werden, daß der Verband sich bei den Kämpfen um die Reichsversicherungsordnung schlagfertig bewiesen habe und daß die Angestellten geschlossen hinter der Organisation standen. Die wichtigste Tätigkeit des Vorstandes war, die rein wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder zu wahren und eine Besserstellung der Arbeitsverhältnisse zu erzielen. Besonders wurde bei den Rechtsanwälten versucht, für die Angestellten bessere Gehaltsverhältnisse durchzusetzen. Die Agitation war rege. Die Grundlage der Agitation müsse die Kleinarbeit sein. Agitationsschriften seien in der Berichtszeit rund 162 000 verbreitet worden. An der Mitarbeit vieler Ortsgruppen bei der Agitation habe es leider gefehlt, sonst wären die Erfolge größer. Die agitatorische Mitarbeit der Ortsgruppen und der einzelnen Kollegen müsse bedeutend größer sein. Um die Agitation mehr zu beleben, trage der Vorstand die Absicht, einige Bezirksleiter fest anzustellen, und zwar zunächst in den Bezirken Rheinland-Westfalen, Sachsen und Hamburg. Die schwierige Agitation bei den Privatangestellten bedürfe auch der Mitarbeit der übrigen organisierten Arbeiterschaft. Die organisierten Arbeiter müßten sich mehr darum bekümmern, wo ihre Kinder, die Privatangestellte sind, organisiert sind. — Grenzstreitigkeiten habe der Verband mit den Transportarbeitern, Gemeindearbeitern und in der Hauptsache mit den Handlungsgehilfen gehabt. Die Zeit für eine Verschmelzung mit dem Handlungsgehilfenverband hält Redner für noch nicht gekommen. Diese Ansicht decke sich mit der des Vorstandes des Handlungsgehilfenverbandes. Giebel schlägt vor, einen Kartellvertrag mit den Handlungsgehilfen einzugehen. (Beifall.)

Den Bericht der Redaktion erstattet Lehmann-Berlin. Er schlägt vor, anstatt 24 Nummern künftig 26 Nummern pro Jahr erscheinen zu lassen. Die Kollegen müßten mehr an dem Verbandsorgan mitarbeiten.

In der Debatte werden zunächst die zu den Berichten vorliegenden Anträge begründet. Mehrere Ortsgruppen wünschen Verschmelzung mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen. Dresden will noch besonders, daß zunächst ein Kartellverhältnis mit den Handlungsgehilfen angebahnt wird. Die Filiale Leipzig verlangt, daß auf den Ausbau der Stellenvermittelung mehr Augenmerk zu richten ist und die Ortsgruppen verpflichtet werden, lokale Arbeitsnachweise zu errichten. Ein Antrag Königsberg spricht aus, der Vorstand habe nicht genügend für die Anwaltsangestellten getan, und will ihn verpflichten, „mehr wie bisher sein Interesse der Organisation der Anwaltsangestellten zuzuwenden und energische Maßnahmen in dieser Beziehung zu treffen". Die Ortsgruppe Frankfurt a. M. beantragte, das Verbandsorgan, den „Bureauangestellten", anstatt 14tägig wöchentlich erscheinen zu lassen und die „Volkstümliche Zeitschrift" alle 14 Tage dem „Bureauangestellten" beizulegen. Ein weiterer Antrag Frankfurt a. M. wünscht die Einrichtung einer Lehrlingsabteilung.

Die allgemeine Diskussion über die Geschäftsberichte ist sehr ausgedehnt. Der Tätigkeit des Vorstandes wurde wohl Anerkennung gezollt, sie erfuhr aber auch in manchen Punkten Kritik. Bei Besprechung der Anwaltsgehilfenverhältnisse hob ein Redner hervor, daß manche Anwälte, die als Abgeordnete im Parlament die Notwendigkeit der Betreibung von Sozialpolitik betonen, im eigenen Hause die rückständigsten Verhältnisse haben. Die Grenzstreitigkeitsfrage berühren mehrere Redner. Die durch die Grenzstreitigkeiten entstandenen Mißstände bedürften einer dringenden Regelung. Für die Verschmelzung mit den Handlungsgehilfen treten verschiedene Delegierte ein, andere stimmen aber der Ansicht des Vorstandes bei. Von einem Redner wurde geklagt, der Verband würde von den Gewerkschaftskartellen nicht genügend berücksichtigt und recht stiefmütterlich behandelt. Der Vertreter der Handlungsgehilfen, Lange-Hamburg, ging auf die Grenzstreitigkeiten ein. Man dürfe sich nicht gegenseitig Mitglieder abtreiben. Auch gehe es nicht, daß die Bureauangestellten immer weitere Berufsgruppen der Handlungsgehilfen für sich beanspruchen.

Durch Schlußantrag wurde die Debatte geschlossen. Der Antrag Königsberg wurde zurückgezogen. Annahme finden Anträge, die den Vorstand beauftragen, die Verschmelzung mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen alsbald in die Wege zu leiten. Zugestimmt wird ferner einem Antrag, nach dem der Vorstand die Aufhebung des Beschlusses der Zentralvorstände, daß Mitglieder, die mehreren Verbänden angehören, nur aus einem Verband ihre Unterstützung erhalten, anregen soll. Der Antrag Leipzig bezüglich der Stellenvermittelung wurde dem Vorstand überwiesen und der Antrag Frankfurt a. M., wöchentliches Erscheinen des „Bureauangestellten", abgelehnt. Die Verbandsinstanzen werden entlastet.

* * *

Köln, 8. August 1911.

Ein größerer Teil der heutigen Sitzung wird mit der Statutenberatung ausgefüllt. Das einleitende Referat hierzu hielt Bauer-Berlin, der die vorgeschlagenen Aenderungen des Vorstandes begründete. Der Kreis der Beitragsberechtigten soll insofern erweitert werden, als auch die Bureauangestellten in Fabriken und Gemeindebetrieben dem Verbande angehören können. Die Beiträge sollen um 20 und 30 Pf. pro Monat erhöht werden: in der 1. Klasse für Mitglieder im Alter über 20 Jahre von 1,20 M. auf 1,50 M., in der Klasse für Mitglieder im Alter von 18 bis 20 Jahren von 60 Pf. auf 80 Pf. Für die jugendlichen Mitglieder unter 18 Jahren soll eine neue 3. Klasse eingeführt werden, mit 50 Pf. pro Monat. Dem Vorstand soll statutarisch das Recht zustehen, für einzelne Bezirke beamtete Bezirksleiter anzustellen. Die Befugnisse des Ausschusses sollen wesentlich eingeschränkt werden, er soll künftig nur noch über Beschwerden bezüglich Unterstützungsansprüche entscheiden. Die Satzungen der Pensionsunterstützungskasse sollen einigen formalen Aenderungen unterzogen werden, die den Wünschen des Aufsichtsamts für die Privatversicherung entsprechen. Die von mehreren Mitgliedschaften beantragten Erweiterungen der Unterstützungen ersucht der Vorstand aus prinzipiellen und finanziellen Gründen abzulehnen.

In der Generaldebatte werden die Vorschläge des Vorstandes von den Delegierten eingehend besprochen. Für die Beitragserhöhung wird allgemein eingetreten, teilweise sogar noch weitergehende Vorschläge als die des Vorstandes gemacht. — Die ganze Materie wurde einer fünfgliedrigen Kommission überwiesen.

Ueber „Das Angestelltenrecht nach der Reichsversicherungsordnung und der Stand der Tarifgemeinschaft mit dem Zentralverband der Ortskrankenkassen" referierte Verbandsvorsitzender Giebel-Berlin. Die Reichsversicherungsordnung hebt die bisherige Vertragsfreiheit auf und führt eine wesentliche Umgestaltung des Vertragsverhältnisses herbei. Es muß eine Dienstordnung eingeführt werden: eine obligatorische für die festbesoldeten Angestellten, und eine erlaubte für die unständigen Angestellten. Die Dienstordnung unterliegt der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Der Referent besprach ausführlich alle die in dieses Gebiet fallenden Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung, die ja in der Presse schon wiederholt erörtert wurden, so daß wir uns ein weiteres Eingehen hierauf ersparen können. Giebel untersuchte, welche Einwirkung diese gesetzliche Regelung auf die Tarifgemeinschaft hat. Er kommt zu dem Schlusse, daß diese durch die Reichsversicherungsordnung nicht verboten, sondern sehr notwendig sei. Dann gibt Redner ein Bild der Verhandlungen mit dem Vorstande des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages. Die bisherigen Verhandlungen seien äußerst schwierig gewesen. Unsere Forderungen wurden als zu weitgehend bezeichnet. Die Vorstandsvertreter erklärten auch, man könne überhaupt zu keinem Abschluß mehr kommen, da das Gesetz dies verbiete. Später wurde dann gesagt, wir wollen die Tarifgemeinschaft auf zwei Jahre aussetzen. Wir vertraten den Grundsatz: Aufrechterhaltung der Tarifgemeinschaft. Auf der Jahresversammlung der Ortskrankenkassen kam ja eine Einigung auf der Basis eines Kompromisses zustande. Wir mußten viele von unseren Forderungen fallen lassen; das Hauptziel, Fortsetzung der Tarifgemeinschaft, wurde aber erreicht. Auf Grund des Beschlusses der Jahresversammlung haben bereits Verhandlungen zwischen Vertretern beider Vorstände stattgefunden, die eine Verständigung durchaus möglich erscheinen lassen. Um dieser Verständigung völlig die Wege zu ebnen, müssen wir unserer Auffassung dahin Ausdruck geben, daß wir, wenn auch schweren Herzens, dem Verhandlungsangebot der Kassenvorstände, dem Kompromiß, zustimmen.

In der Debatte erklärten sich wohl einige Redner mit den Abmachungen und der Stellung des Vorstandes einverstanden, andere aber gaben der Unzufriedenheit ihrer Kolleaen Ausdruck und übten Kritik an den Abmachungen. Die Gehaltszulage hätte mindestens 150 M., vorgesehen sind 100 M., betragen müssen. Der Vorstand hätte zu viele der wichtigsten Forderungen fallen lassen. Bei örtlichen Verhandlungen wäre vielleicht mehr erreicht worden.

Referent Giebel erklärte im Schlußwort, die Abmachungen würden besonders den Kollegen in den kleineren Orten schöne Verbesserungen bringen. Den Kollegen in den großen Städten bliebe es unbenommen, für weitere Verbesserungen einzutreten. Vor allem gelte es, den Tarif zu retten, um nicht eine tariflose Zeit herbeizuführen. Im Jahre 1913 solle eine weitere Aenderung der Vertragsbestimmungen vorgenommen werden.

Das Ergebnis der Beratung ist, daß der Vorstand beauftragt wird, im Sinne der bisherigen Abmachungen weitere Verhandlungen mit dem Vorstande des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen zu führen. Bevor der Abschluß aber perfekt wird, soll den Mitgliedern Gelegenheit zur Meinungsäußerung gegeben werden.

Dann hielt Redakteur Lehmann-Berlin ein Referat über: „Die sozialpolitische Gesetzgebung und die Bureauangestellten". Die Grundgedanken seiner Ausführungen und die sozialpolitischen Forderungen der Bureauangestellten sind in einer vom Referenten vorgelegten Resolution niedergelegt, in der es heißt:

> Der 2. Verbandstag des Verbandes der Bureauangestellten Deutschlands wiederholt mit allem Nachdruck die seit 15 Jahren erhobenen Forderungen nach einer rechtlichen Regelung der Berufsverhältnisse der Bureauangestellten. Er fordert insbesondere zunächst die schleunigste rechtliche Gleichstellung mit den Handlungsgehilfen und weiterhin einen gründlichen und umfassenden Ausbau des Arbeitsvertragsrechtes wie der Schutzgesetzgebung für die Angestellten überhaupt mit dem Ziele eines einheitlichen Privatangestellten- und Arbeitsrechtes. . . . .
>
> Der dem Reichstage vorliegende Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte ist in der vorliegenden Form schon mit Rücksicht auf die Zulassung von Ersatzkassen unannehmbar. Der Entwurf bedarf einer gründlichen und grundsätzlichen Umarbeitung. Sollte die erneute Zersplitterung der Sozialversicherung durch Schaffung einer Sonderversicherung für die Privatangestellten nicht zu verhindern sein, so muß sich das Gesetz zum mindesten auf den gleichen Grundsätzen von Leistung und Gegenleistung aufbauen, wie die Reichsversicherungsordnung. . . .
>
> Der Verbandstag betont jedoch ausdrücklich, daß ein Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung die Berufsgenossen nicht der zwingenden Notwendigkeit enthebt, weit energischer noch als bisher, den Kampf um die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, insbesondere der Erhöhung des Arbeitsverdienstes, zu führen. . . .
>
> Die Fortführung der Sozialreform, wie eine Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse wird nur erfolgen, wenn die Angestellten sich ihrer Klassenlage bewußt werden. Standesdünkel und Standesegoismus haben zu einer tiefgehenden Zerklüftung der Privatangestelltenbewegung geführt und sie dadurch zur Machtlosigkeit gegenüber den gesetzgebenden Faktoren wie dem Unternehmertum verurteilt. Die neuerlichen Versuche einer weiteren Zersplitterung der Angestelltenbewegung erheischt eine um so festere Waffenbrüderschaft aller freigewerkschaftlichen Privatangestelltenorganisationen, um den Gedanken der gewerkschaftlichen Solidarität aller arbeitenden Schichten in umfassendster Weise in alle Kreise der Privatangestellten zu tragen.

Nach einer kurzen zustimmenden Debatte wird die Resolution einstimmig angenommen.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Zum Parteitag haben in der vorigen Woche die einzelnen Distrikte des dritten Hamburger Wahlkreises, der sechs Delegierte nach Jena entsenden wird, Stellung genommen.

Kleines Feuilleton.

Ein Kaiser, der Papst werden wollte. Im August dieses Jahres sind es gerade 400 Jahre her, daß ein deutscher Kaiser und zwar Maximilian, dem die Geschichte den Beinamen „der letzte Ritter" gegeben hat, ernsthaft mit dem Plane umging, sich vom Kardinalskollegium zum Papst wählen zu lassen. Das Quellenmaterial, auf dem unsere Kenntnis von dem mehr als seltsamen Projekt dieses Habsburgers beruht, ist zwar seit jeher bekannt gewesen, aber zum Teil als Fälschung, zum Teil, so weit es sich um des Kaisers Briefe in dieser Angelegenheit handelt, als nicht ernst gemeint betrachtet worden. Die neuesten Forschungen von Dr. Alois Schulte in Bonn haben aber ergeben, daß es sich um eine wohlerwogene Idee des Monarchen handelte, der sich mit der Hoffnung trug, Italien, daß er durch Waffengewalt nicht hatte unterwerfen können, sich als Träger der dreifachen Krone untertänig zu machen. Die politischen Verhältnisse lagen im Sommer 1511 für den Kaiser günstig. Die verschiedenen Parteien in dem zu Ende gehenden Kriege der Liga von Cambrai buhlten um die Gunst des bis dahin neutral gebliebenen Maximilian, ein Reformkonzil schismatischer Kardinäle in Pisa stand in Sicht, und in den einflußreichen römischen Kreisen war die Stimmung so, daß man sagte, er wolle im nächsten Konklave lieber einen deutschen, ja sogar den Kaiser selbst zum Papst wählen als einen Spanier oder Franzosen.

Als im August die Nachricht von einer schweren Erkrankung Papst Julius' II. nach Pergine im Brentatale gelangte, wo Maximilian Hof hielt, schrieb er an seinen Vertrauten, Paul von Liechtenstein, einen Brief des Inhalts, daß er aus verschiedenen Gründen nach der päpstlichen Würde strebe und „nichts ehrlicheres, höhers und bessers finde, als berührt Bapsttumb zu überkommen". Er werde sofort seinen Agenten, den Bischof von Gurk in Kärnthen nach Rom senden, um seinen Plan zu betreiben. Dieser Bischof mit seinem bürgerlichen Namen Matthäus Lang genannt, einer augsburgischen Patrizierfamilie entstammend, war ein recht sonderbarer Herr, der damals schon mehrere Jahre als Bischof fungierte, ohne die Priesterweihe erhalten zu haben, und später gelegentlich einer Unterredung mit Melanchthon über die Notwendigkeit einer umfassenden Kirchenreformation die Aeußerung tat: „Ach, was wollt ihr denn an uns Pfaffen reformieren? Wir Pfaffen haben nie etwas getaugt." Lang sollte nach Rom gehen, um dort mit 300 000 von den Fuggers bei ihrer römischen Filiale zu deponierenden Dukaten so viel Stimmen im Kardinalskollegium zu erkaufen, als zur Sicherung seiner Wahl nach dem Tode des regierenden Papstes notwendig sein würden. An seine Tochter Margarete aber, die damals die Statthalterschaft in den Niederlanden führte und ihrem Vater die Vermählung mit der Tochter des König Heinrichs von England, der nachmaligen Königin Maria, der Katholischen, nahe gelegt hatte, schrieb er wenige Tage darauf, er wolle nie mehr mit einem Weibe zu tun haben und sende den Bischof von Gurk nach Rom, um dafür zu sorgen, daß er (der Kaiser) zum Koadjutor des Papstes mit dem Recht der Nachfolgerschaft ernannt werde. Er wolle die Priesterweihe empfangen und ein Heiliger werden, „so daß ihr genötigt sein werdet, mich anzubeten, worauf ich nicht wenig stolz sein werde." Der Grund weswegen Maximilian seinen Plan nicht weiter verfolgte, ist wahrscheinlich in der Weigerung der Fugger zu suchen, dem tiefverschuldeten Kaiser das gewünschte Darlehen zu geben. Julius II. erholte sich noch einmal, und als er zwei Jahre später am 20. Februar 1815 starb, wurde Leo X. aus dem Hause Medici Papst.

Die Zeitschriftenliteratur der Welt. Nach einer Statistik, die vom Internationalen Institut für Bibliographie veröffentlicht wurde, betrug die Zahl der Zeitschriften im Jahre 1908 in den Hauptländern Europas: in Frankreich 8940, in Deutschland 8050, in England 4329, in Italien 3068, in Belgien 2023, in Rußland 1661, in Spanien 1350, in der Schweiz 1332 und in den Niederlanden 1402. In den anderen europäischen Ländern schwankt die Zahl von 10 (Bosnien) bis 753 (Schweden). Nur eine einzige Zeitschrift besitzen Siam und Grönland. Die erste, die diesen Namen verdient, war der „Nieuve-Tydinghen", der 1605 in Antwerpen erschien. Von damals bis 1800 existierte eine periodische Presse fast nur in Frankreich, Deutschland, England und den Vereinigten Staaten. Interessant ist es, an dem Beispiel Frankreichs zu verfolgen, in welchem Maße die Zahlen im Laufe der Jahrhunderte gewachsen sind. Es erschienen 1640: 1, 1780: 24, 1790: 350, 1826: 490, 1866: 1640, 1872: 2024, 1892: 5600, 1898: 6417, 1904: 8270, 1908: 8940.

Das Filtrieren der Töne. Die Verunreinigung der natürlichen Laute, die besonders bei Wiedergabe des Gesanges den widerlichen Nasalcharakter bekommen, macht das Grammophon für einen feinhörigen Menschen zu einem wahren Mordinstrument. Sehr treffend vergleichen die Engländer diese unangenehmen Nebentöne mit dem Prasseln einer Bratpfanne. Man hat verschiedentlich versucht, diese Erscheinung durch feinsinnige Verbesserungen am Grammophonmechanismus zu beseitigen. Einen durchschlagenden Erfolg hat man jedoch auf diesem Wege nicht erzielen können.

Nun versucht nach dem Bericht von „La Revue" ein englischer Ingenieur namens M. Hendrik das Problem von einer anderen Seite anzufassen. Anstatt am Mechanismus zu arbeiten, will er die verdorbenen Töne, wie sie das Grammophon von sich gibt, einem richtigen Heilverfahren unterwerfen. Er läßt sie durch ein System von Röhren passieren, die einen Durchmesser von etwa 3 Zentimeter und eine Gesamtlänge von etwa 18 Meter besitzen. Die Röhren sind aus verzinntem Eisenblech; sie werden gut mit einander verbunden und mit trockenen Erbsen und Bohnen gefüllt. Läßt man den durch Beimischung von Reibungsgeräuschen verdorbenen Ton diesen akustischen Filter passieren, so werden die Geräusche verschlungen und der Ton erhält wieder seinen alten, vollen, natürlichen Klang. Der Erfinder hat verschiedene Materialien als Filtriermittel versucht: zerkleinertes Glas und Marmor, kleine Kiefernzapfen, Sand, Eisenspäne, jedoch als bestes Mittel trockene Erbsen und Bohnen gefunden. Ein metallenes Rohr mit diesen Früchten gefüllt, erwies sich als vollkommener akustischer Filter.

Wenn somit prinzipiell betrachtet die Erfindung das größte Interesse beanspruchen darf, so steht sie jedoch technisch durchaus nicht auf der Höhe. Ein Rohr von 18 Meter Länge läßt sich nicht gut irgendwo anders als in einem physikalischen Laboratorium unterbringen. Zwar hofft man, ein Schlangenrohr konstruieren zu können, das sich bequem am Apparat anbringen läßt. Wird die Erfindung soweit gebracht, so wird sie zweifellos auch andere Verwendungsmöglichkeiten finden.

Notizen.

— Der Berliner Universitätsgarten im Kastanienwäldchen, der sich bisher dank der Fürsorge des Prof. Schwendeners erhalten hatte, soll nach Dahlem verlegt werden. Der Nachfolger Schwendeners, Prof. Haberlandt, hat dieser Aenderung, die Raum für eine Universitätserweiterung schafft, zugestimmt. So wird Dahlem immer mehr wissenschaftliche Zentrale. Verschiedene Sammlungen, darunter die völkerkundliche, sollen bekanntlich mit der Zeit auch nach Dahlem verlegt werden.

— Kunstchronik. Eine Glasmalerei-Ausstellung veranstaltet im September der Künstlerbund für Glasmalerei und Glasmosaik bei Keller u. Reiner.

— Ein menschenfreundliches Verbot. Seit einigen Jahren ist in Preußen ein Festspielrummel ausgebrochen, der allmählich gemeingefährlich wurde. Es gab kaum noch ein „historisches Ereignis" und einen „historischen Platz", der nicht durch ein historisches Festspiel gefeiert wurde. Das ganze artete in einen fürchterlichen Byzantinismus und ebenso furchtbaren Dilettantismus aus. Die Hohenzollern mußten natürlich am meisten dabei herhalten. Wilhelm II. hat nun, anknüpfend an einen bestimmten Fall, die Absicht ausgesprochen, das Auftreten von Mitgliedern seines Hauses in solchen Theateraufführungen nicht mehr zu gestatten. Da die ernsthafte Literatur davon kaum betroffen wird, ist dieses Verbot durchaus erfreulich.

— Der Staatssekretär als Bücherfreund. Wie der „Zwiebelfisch", diese vortreffliche kleine Münchener Zeitschrift für Buchkultur und Verwandtes, zu melden weiß, hat einer unserer Staatssekretäre das Erstlingswerk eines jungen Schriftstellers, des Herrn Hans v. Hülsen aufgekauft. Das Werk ist ein Beamtenroman und heißt „Das aufsteigende Leben". Der Herr Staatssekretär fühlte sich in der Gestalt des strebsamen Helden abkonterfeit; die Karriere dieses Ministers wollte ihm wie seine eigene vorkommen, das Schicksal von dessen deklassierten Söhnen als das seiner eigenen Söhne, die Schilderung einer wenig ruhmvollen Demission wie das Medusenhaupt seiner eigenen Zukunft.

So versichert der „Zwiebelfisch" und macht sich über die Exzellenz lustig, die durch ihr Vorgehen gerade die Aufmerksamkeit auf das Buch und — sich lenkt.

Im Distrikt Eilbeck referiert Genosse Metzger, Vertreter des Wahlkreises im Reichstage, die Meinung, man solle die sogenannten Fortschrittler, weil unsichere Kantonisten, bei den Stichwahlen ihrem Schicksale überlassen. Um die Schlagfertigkeit der Partei, die in den letzten Jahren gelitten, auf die Höhe zu bringen, empfehle sich die Einsetzung eines besoldeten Vorsitzenden.

Redner bedauerte, daß der Fraktionsbericht noch nicht erschienen ist. Wäre dies der Fall gewesen, dann würden sich viele Genossen die Stellungnahme der Fraktion zur Reichsversicherungsordnung und zur Verfassung von Elsaß-Lothringen erklären können und manche Diskussion hierüber wäre überflüssig. Gegen die Anregung des Genossen Schoerken, über die Frage der Taktik bei den Reichstagswahlen in einer geschlossenen Parteitagssitzung zu verhandeln, wendete sich Genosse Metzger, der von dem bisherigen Brauch nicht abgewichen wissen will. Fragen wie die der Stichwahlen müßten dem Parteivorstande zur Erwägung oder zur Ausführung überwiesen werden. — Im Distrikt Uhlenhorst kritisierte Genosse Hoffmann das Verhalten von Genossen, die gegen den Nürnberger Parteitagsbeschluß, betreffend die Abführung des Tagelohnes in den Maifeierfonds, verstoßen haben und erklärte sich gegen die von Leipzig beantragte Aenderung dieses Beschlusses. — Im Distrikt Barmbeck wünschte Genosse Biedermann, daß der Parteitag von der Fraktion Aufklärung verlangt, ob an dem Verschlafen der „Lex Wagner" durch den ganzen Reichstag auch unsere Abgeordneten beteiligt seien. Genosse Hense, Gewerkschaftssekretär, vermißt die agitatorische Ausschlachtung des Marokkorummels; man hätte sicher volle Versammlungen bekommen. Es gelangten diese Anträge zur Annahme:

1. Wir ersuchen den Parteivorstand, seinen Einfluß auf den „Vorwärts"-Verlag und die übrigen Parteiverlage dahin geltend zu machen, daß den Bildungsausschüssen für Unterhaltungszwecke die Verlagsschriften mit einem möglichst hohen Rabatt geliefert werden, ähnlich wie der Verlag Dietz in Stuttgart seine Schriften mit 50 Proz. abgibt.

2. Wir ersuchen den Parteivorstand, die Parteivorlage dahin zu beeinflussen, daß eine Sammlung billiger Monographien aus den Gesellschaftswissenschaften herausgegeben werde, ähnlich der Sammlung Göschen, „Aus Natur und Geisteswelt", „Wissenschaft und Bildung".

Im Distrikt Eimsbüttel führte der Landessekretär Stubbe u. a. aus: Beim Punkt „Reichstagswahlen" wird der Parteitag manche wichtige Frage zu besprechen haben. Die Partei wird die Aufgabe haben, alle verfügbaren Agitationskräfte festzustellen, um sie zu jeder Zeit und Stunde den verschiedenen Wahlkreisen zuzuteilen. Auch würde es vielleicht ratsam sein, in einer geschlossenen Sitzung zur Reichstagswahl Stellung zu nehmen, wenn auch die Gegner darüber spektakeln würden. Es würde wohl noch richtiger sein, wenn später eine vertrauliche Sitzung der Agitationsleiter stattfinden würde, um über die Wahlagitation nähere Aussprache stattfinden zu lassen. Es sei zu verurteilen, daß bei der Beratung der Strafgesetznovelle, namentlich bei der Abstimmung des Preßknebelungsparagraphen (Beleidigung durch die Presse) ein Teil unserer Genossen fehlten. Den Abgeordneten müsse gesagt werden, daß sie ihre Pflicht zu erfüllen hätten. Was das Bildungswesen anlangt, so muß über die Parteischule geredet werden. Wir Hamburger haben bislang wenig Nutzen von derselben gehabt. Auch die Besetzung der Vorstandsämter müsse einer Aenderung unterzogen werden. Eine so große Partei, wie die unsrige, müsse einen Vorsitzenden haben, der im Parteibureau tätig sei. Auch müsse der Vorstand durch mehrere Sekretäre ergänzt werden, zumal viele jetzige Vorstandsmitglieder durch Reichstags- und Stadtverordnetenmandate zu sehr in Anspruch genommen würden. Ein Antrag Dreyer verlangte eine Abänderung des Nürnberger Beschlusses betreffs Abführung des Tageslohnes, der aber gegen zwei Stimmen abgelehnt wurde.

•

Die Kreiskonferenz für den ersten braunschweigischen Wahlkreis fand am Sonntag in Braunschweig statt. Das verflossene Geschäftsjahr stand im Zeichen des Wahlrechtskampfes um den braunschweigischen Landtag. Der Wahlrechtskampf wurde in Versammlungen und in Straßenkundgebungen geführt. Auch gegen die Reichsversicherungsordnung wurde in mehreren Versammlungen Stellung genommen. An dem Maiausflug nahmen 5000 Personen teil. Aus diesem Grunde wurden 2000 Metallarbeiter eine Woche lang ausgesperrt. — Am Schlusse des Geschäftsjahres hatte die Kreisorganisation 9846 Mitglieder, darunter 1667 weibliche. Braunschweig allein hat 6793 männliche und 1308 weibliche Mitglieder. Die Zahl der „Volksfreund"-Leser beträgt rund 10 000 im Kreise. Die „Neue Zeit" wird in 100 Exemplaren gelesen. Von der „Gleichheit" werden 350 Exemplare in der Stadt Braunschweig verbreitet, der „Wahre Jakob" in 2500 Exemplaren. Für die Landbevölkerung wird eine besondere Zeitung, „Empor", gedruckt, die allmonatlich erscheint und in den letzten Monaten in einer Auflage von 2000 verbreitet wurde. — Flugblätter wurden im ganzen zu den verschiedensten Fragen (Wahlrechtskampf, Moabit, Gemeinderatswahlen, Reichsversicherungsordnung) etwa 120 000 Exemplare verbreitet. — Die Zahl der Gemeinderatsmitglieder beträgt im Kreise 59; davon haben 24 Landgemeinden 48 Vertreter. In Braunschweig zählt die Fraktion 8 Mitglieder. Eine sozialistische Mehrheit ist trotz der Dreiklassenwahl in dem kleinen Harzort Zorge vorhanden (5 : 4). Durch Polizei und Staatsanwalt hat die hiesige Arbeiterbewegung ungeheuer viel zu leiden. Die Urteile der Roßmann-Kammer über die Redakteure des „Volksfreund" sind bekannt. — Reichstagskandidat für den Kreis ist der Genosse Schriftsteller Wilhelm Blos-Stuttgart.

•

Die sozialdemokratische Partei im Großherzogtum Hessen hat sich nach dem Bericht des Landessekretärs, Genossen Orb-Offenbach, im abgelaufenen Geschäftsjahr sehr gut entwickelt. Die Zahl der Parteimitglieder beträgt 19 806 (darunter 1520 weibliche), der Abonnentenstand der Parteipresse hat sich von 25 464 auf 31 150 gesteigert. Die Zahl der verkauften Marken (Preis mindestens 15 Pf.) ist von 304 340 auf 355 000, also um zirka 50 000 gestiegen. Die Zahl der Organisationen hat sich von 203 auf 239 vermehrt. Die im abgelaufenen Berichtsjahr stattgehabten Kommunalwahlen waren so erfolgreich, daß die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter von 305 in 94 Orten auf 486 in 156 Orten anwuchs. In 250 Orten sind die Parteigenossen mit eigenen Kandidaten in den Kommunalwahlkampf eingetreten. Oeffentliche Versammlungen fanden insgesamt 858 statt, und 29 verschiedene Flugblätter wurden in 386 760 Exemplaren ins Land getragen. Auch die Bildungsbestrebungen haben sich erfreulich weiter entwickelt, es bestehen im Lande 27 Bildungsausschüsse und 22 Jugendausschüsse. Die Partei in Hessen kann also guten Mutes den ihr bevorstehenden heißen Wahlkämpfen entgegensehen. Die Landtagswahl, die zum ersten Male unter dem neuen direkten, aber durch Kautelen aller Art verschlechterten Wahlrecht vor sich geht, findet am 3. November statt. Die Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei tagt am 26. und 27. August in Worms.

•

Der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Nürnberg-Altdorf hat soeben seinen gedruckten Jahresbericht herausgegeben, der wiederum ein erfreuliches Bild über die Entwickelung der Parteiorganisation gibt. Während am Schlusse des letzten Geschäftsjahres 15 809 Mitglieder gezählt wurden, beträgt die Mitgliederzahl nunmehr 18 440, hat also um 2631 zugenommen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder beträgt 1470, welche in obiger Gesamtzahl enthalten sind. Beiträge wurden geleistet: 177 855 männliche und 13 952 weibliche, insgesamt also 191 807 Beiträge, gegen 175 097 im Vorjahr. Der Monatsbeitrag beträgt 35 Pf. für männliche und 25 Pf. für weibliche Mitglieder. Der Kassenbericht schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 36 679,94 M., einschließlich eines Bestandes von 29 719,06 M. Abgeliefert wurden an die einzelnen Parteiinstanzen: Parteivorstand 18 147,45 M., Gaukasse 10 116,15 M., Landeskasse 3 836,14 M., in Summa 27 099,74 M. Die Versammlungstätigkeit war eine sehr rege. Insgesamt haben 328 Volks- und Bezirksversammlungen stattgefunden. Zur Verteilung gelangten 120 000 Flugblätter und 36 000 Broschüren. Die Parteipresse, die „Fränkische Tagespost", wird im Wahlkreise in 22 000 Exemplaren gelesen. Abonnenten der „Neuen Zeit" sind 180, der „Gleichheit" 110, des „Wahren Jakob" 2400 vorhanden. An Kalendern wurden abgesetzt „Neuer Weltkalender" 2500, „Armer Konrad" 7100 Stück. Zur Erledigung der Verwaltungsgeschäfte haben stattgefunden: 11 Vorstandssitzungen, 8 Ausschußsitzungen, eine kombinierte Sitzung des Vorstandes mit der Preßkommission, sowie eine kombinierte Sitzung des Parteiausschusses mit den Delegierten der Vereinigten Gewerkschaften. Generalversammlungen machten sich 10 notwendig.

Vorstehende Zahlen gewinnen an Interesse, wenn man einige Zahlen aus früheren Jahren gegenüber stellt. So betrug z. B. die Mitgliederzahl im Jahre 1902 insgesamt 5006, 1906 vor der Auflösung des Reichstages 8073. Die Mitgliederzahl hat sich also innerhalb eines Zeitraumes von 5 Jahren mehr wie verdoppelt innerhalb 9 Jahren mehr wie verdreifacht.

Aus Industrie und Handel.

Das M. d. R. als Aufsichtsratsmitglied.

Beinahe komisch mutet es an: der Antisemit und Reichstagsabgeordnete Raab stürmt und verlangt Opfer, und das Opfer ist — der nationalliberale „Volksvertreter" Stresemann. Dem neuesten Aufsichtsratsskandal liegt folgendes zugrunde: Haben da etliche Leute 50 000 M. zusammengeschossen und eine Maste- und Hebezeuggesellschaft G. m. b. H. gegründet. Aber sie wollen höher hinaus, eine Aktiengesellschaft mit 2½ Millionen Mark erstehen lassen. Bei Gründungen, die in irgend einer Hinsicht fragwürdig sind, ist die Bildung des Aufsichtsrates die Hauptsache. Das Aufsichtsratssystem zeichnet sich dadurch aus, daß es in seiner heutigen Form so gut wie bedeutungslos, also überflüssig ist. Trotzdem sind an Tantiemen für solche Posten im Jahre 1910 über 60 Millionen Mark ausgegeben worden.

Die Maste- und Hebezeugfabrik Akt.-Ges., „Komet" nennt sie sich, spekuliert nun darauf, recht viele M. d. R. in ihren Aufsichtsrat zu bekommen, indem sie einfach ein Zirkular an die in Frage kommenden „Volksvertreter" schickt. Das zeugt von tüchtigem Geschäftssinn. Es wird nämlich damit gerechnet, daß die Militärbehörde Abnehmerin ihrer Maste wird. Die Gesellschaftsleitung rechnet ihren zukünftigen M. d. R.-Aufsichtsräten vor, daß die Unkosten pro Mast 300—750 M. ausmachen, der zu zahlende Preis aber immer 900—2500 M. betragen soll. Also ein feines Geschäft, rund 200 Proz. Rohgewinn in jedem Falle!

Die ganze bürgerliche Handelspresse, mit Einschluß des „Berliner Tageblattes", schimpft über diese gefährliche Engagierung von Volksvertretern für ein Geschäft, bei dem eventuell Staatsaufträge in Betracht kommen.

Warum so zimperlich! Haben wir nicht unter den M. d. R. Leute, die die Aufsichtsratsmandate dutzendweise besitzen? Fragt doch den Paasche, oder den Liebert usw., wieviel Gesellschaften sie „beaufsichtigen" helfen. Oder hat man ganz vergessen, wie die Spirituszentrale ihren Direktor Kreth bei den Beratungen des Branntweinsteuergesetzes so gut verwertete? Also nur nicht so schüchtern! Politik und Geschäft ist im Deutschen Reichstage schon so oft verknüpft gewesen, ist es heute noch, und wird es vorläufig wohl auch noch bleiben, daß es sich wirklich nicht lohnt, wegen einiger M. d. R.-Aufsichtsräte bei einer anrüchigen Sache Zeter und Mordio zu schreien. Warum soll gerade bei solchen Herren, bei denen das ganze Reichstagsmandat im Grunde genommen nichts weiter ist als ein Geschäft, der private Nebenverdienst ausgeschlossen sein? Dies wird erst anders, wenn auch aus dem Deutschen Reichstage eine wirkliche und unabhängige Volksvertretung geworden ist.

Die Zuverlässigkeit der Außenhandelsstatistik.

Etwas besser ist es ja in der letzten Zeit mit der deutschen Außenhandelsstatistik geworden. Aber die berechtigten Wünsche nach Genauigkeit sind leider noch immer nicht erfüllt. Bis vor noch nicht allzulange gab es eine spezifizierte Wertstatistik des deutschen Außenhandels überhaupt nicht. Das ist jetzt allerdings anders geworden, seitdem allmonatlich Spezialhandelstabellen veröffentlicht werden, in denen man wenigstens einige Positionen dem Werte nach angibt. Die „Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches" und die „Monatlichen Nachweise über den auswärtigen Handel Deutschlands" genügen auch noch lange nicht, besonders was die Vergleichsziffern angeht. Es ist jedenfalls durchaus unberechtigt, nach einem Plus oder Minus der Außenhandelsstatistik gleich die Konjunktur beurteilen zu wollen. Denn wenn auch der Gesamtwert einer Position angegeben wird, so fehlen doch immer noch die Exportpreise, aus denen man erst den richtigen Schluß auf die Gestaltung der Wirtschaftslage ziehen kann. Die Veröffentlichung der Ein- und Ausfuhrziffern einiger wichtiger Waren, wie sie allmonatlich im „Deutschen Reichsanzeiger" erscheinen, ist, weil dort nur die Quantität angegeben wird, von keinem besonderen Werte. Man kann weiter nichts machen, als das Mehr oder Weniger in den ein- oder ausgeführten Mengen zu registrieren, ohne auch nur eine Ahnung zu haben, ob damit ein Vorteil oder ein Nachteil für die betreffenden Exportindustrien verbunden ist. Hinzu kommt, daß die Ziffern noch nicht einmal immer zuverlässig sind, weil keine einheitliche Organisation besteht und man vor allen Dingen eine Reihe von Ländern aus der Betrachtung ausschließt, die als Durchgangsländer zu berücksichtigen wären. So geht zum Beispiel eine große Menge von Waren, die für Deutschland bestimmt sind, durch Belgien und durch die Niederlande, ohne daß die deutsche Außenhandelsstatistik davon Notiz nimmt. Auch müßte berücksichtigt werden, daß die Quantitätsberechnungen bei verschiedenen Ländern verschieden sind, woraus sich erst erklärt, weshalb manchmal die deutsche Exportstatistik nach den Vereinigten Staaten mit der amerikanischen Importstatistik aus Deutschland absolut nicht übereinstimmt. Auch kann man aus der Statistik natürlich die Motive des Exports oder des Imports ganz und gar nicht erkennen. Es ist zum Beispiel sehr leicht denkbar, daß der Deutsche Stahlwerksverband in einem Monat die Ausfuhr sehr forciert, weil die Weltmarktskonkurrenz ihn zu schädigen droht oder weil im Inneren die Konjunktur so schlecht ist, daß er den Verlust durch eine verstärkte Ausfuhr wieder ersetzen muß. Die Börsen lassen sich aber in solchen Fällen leicht von den Ziffern blenden, ohne zu bedenken, daß die Ausfuhr nur der Teil eines Ganzen ist und daß man Konjunktururteile nicht fällen kann, wenn man die Gründe nicht kennt. Ein anderer Fall ist zum Beispiel der, daß die Ausfuhr einer unserer Industrien nach einem Lande plötzlich außerordentlich steigt, weil diese Industrie sich eine neue Absatzgelegenheit suchen muß. So war es zum Beispiel mit der Deutschen Porzellanindustrie, deren Exportausfall im Verkehr mit den Vereinigten Staaten die Gesellschaften zwang, sich nach anderen Absatzgegenden umzusehen. Auch gibt die Außenhandelsstatistik insofern ein ganz falsches Bild, als darin der finanzielle Verkehr nicht berücksichtigt wird. Wenn die Einfuhr eines Landes einmal gegen die Ausfuhr zurückbleibt, so kann die Zahlungsbilanz in der Zeit sich doch sehr günstig gestaltet haben. Es ist daher ganz und gar verfehlt, auf Grund derartiger Außenhandelsrückgänge zu behaupten, die Konkurrenzposition eines Landes innerhalb der Weltwirtschaft sei ungünstiger geworden. Man sieht, die Aufstellung einer zuverlässigen Außenhandelsstatistik ist nicht so einfach, wie die Zahlen uns glauben machen wollen. Mit der Statistik ist es überhaupt so eine eigene Sache. Herr Adam Riese wird manchmal sehr klein, wenn man hinter die Kulissen sieht.

Soziales.

Sonntagsarbeit für Schauspieler.

Für Schauspieler, Solo- und Chorsänger gibt es keinen freien Sonntagvormittag. Daß dies Rechtens und ein Abzug von je 5 M. wegen Nichterscheinen zur Probe während der Kirchenzeit berechtigt ist, ist jüngst vom Landgericht in einem gegen den Theaterdirektor Kommissionsrat Oskar Lange geführten Prozeß entschieden worden. Das Urteil hält seine Bezugnahme auf die sogenannte Verfrommungsordnung für nicht zutreffend, weil diese Oberpräsidialverordnung nur öffentlich bemerkbare Arbeiten im Auge hat. Eine Verordnung ähnlich wie die in Schlesien vom 6. März 1906, die „theatralische Vorführungen einschließlich der Proben dazu an Sonntagen während des Hauptgottesdienstes" mit Geldstrafen bis zu 60 M. bedroht, fehlt in Hannover. Soweit etwa die mit 5 M. wegen Fehlens bei der Sonntagsprobe bestraften Chorsänger weniger als 1500 M. jährlich bis zum Tage des Lohnabzuges verdient hatten, war der Abzug rechtswidrig, weil das Lohnbeschlagnahmegesetz und § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuchs solche Abzüge vom Lohn auch Schauspielern und Chorsängern gegenüber verbieten. In dem Prozeß scheint die Gehaltshöhe nicht herangezogen zu sein. Aber auch bei höheren Löhnen ist die Ansetzung von Proben auf den Sonntagvormittag — das hat das Landgericht übersehen — unverbindlich, weil ein Zwang zu solchen Chorproben am Sonntagvormittag den guten Sitten widerspricht.

Aber liege juristisch die Frage der Sonntagsproben wie sie wolle: es ist sozial ungeheuerlich, daß die Schauspieler und Sänger zu Sonntagsproben gezwungen werden können. Es wäre das unmöglich, wenn der sozialdemokratischen Anregung bereits in den Jahren 1877, 1890, 1892 und später wiederholt gefolgt worden wäre, die Arbeiterschutzbestimmungen auf alle Arbeiter, auch auf die in Theaterunternehmungen Beschäftigten, auszudehnen. Daß die Abhaltung von Proben an Sontagen eine vermeidbare, schwere soziale Last für Schauspieler und Sänger ist, hat der Bühnenverein im Jahre 1905 anerkannt. Damals berichtete er an den Reichskanzler: „Proben zur Zeit des Gottesdienstes dürfen nicht stattfinden und finden auch tatsächlich nicht statt." Man hätte erwarten sollen, daß nunmehr, wo durch den Prozeß gegen Lange das tatsächliche Stattfinden solcher Proben festgestellt ist, der Bühnenverein sich gegen die Sonntagsproben des Direktors Lange wendet. Aber weit gefehlt! Er bescheinigt das gesetzwidrige, zum mindesten unsoziale Verhalten des Kommissionsrats, indem sein amtliches Organ verriet, es habe Lange „notgedrungen einige Sonntagsproben angesagt". Wie es in Wahrheit aussieht, zeigt die Nr. 566 der Verbandszeitung des Allgemeinen deutschen Chorsängerverbandes. Dort wird der Proben- und Spielplan des Direktors Lange aus der Spielzeit Ende September bis 9. April 1910/11 veröffentlicht. Daraus ergibt sich, daß der Kommissionsrat Oskar Lange allsonntäglich eine Nachmittag- und Abendvorstellung gab und jeden Sonntag, mit Ausnahme des 26. März, um 9 Uhr vormittags Proben für andere Stücke abhielt.

Es ist an der Zeit, daß die Schauspieler und Sänger sich ihrer Organisation anschließen, um durch diese die paar Schutzbestimmungen zu erreichen, die die Arbeiterklasse für gewerbliche Arbeiter und Handelsangestellte errungen hat. Die Schauspieler und Sänger sollten nicht darauf vertrauen, daß in Bälde ein Reichstheatergesetz in Kraft tritt. Der Reichstag hat zwar am 13. Februar 1909 einstimmig ein solches Gesetz gefordert. Indes ist das Reichsamt des Innern noch nicht über die allerersten Anfänge zur Ausarbeitung eines Entwurfs hinaus. Hätte man die sozialdemokratischen Anträge angenommen, so wäre das Theaterpersonal nicht mehr völlig schutzlos.

Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften.

Die vom Reichsversicherungsamt herausgegebene Zusammenstellung der Jahresberichte der gewerblichen Berufsgenossenschaften über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften für das Jahr 1910 ist soeben veröffentlicht worden. Bei der Bearbeitung ist auf weitere Ermäßigung des Bezugspreises Bedacht genommen. Es sind deshalb wie im Vorjahre im Texte und im Tabellenwerk der Berichte Kürzungen vorgenommen, die aber das Gesamtbild nicht beeinträchtigen.

Das mit zusammenfassenden Tabellen über die Ueberwachungstätigkeit der einzelnen technischen Aufsichtsbeamten und über die Handhabung der Strafbefugnis gemäß § 112 Absatz 1 Ziffer 1 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes ausgestattete Werk, dem ein ausführliches Sachregister beigegeben ist, ist als 2. Beiheft zu den Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamts 1911 bei Behrend u. Co. in Berlin W. 64 erschienen.

Aus der besten der Welten.

Ein in Förste bei Osterode im Harz wohnhafter Maurer hat trotz aller Bemühungen am 1. Juli keine Wohnung finden können, weil niemand die starke Familie im Hause haben will, denn der Mann hat 7 Kinder. Nun haust die Familie schon seit 5 Wochen in einer Scheune. Auch den Bemühungen des Gemeindevorstehers und des Landrats ist es nicht gelungen, der Familie eine Wohnung zu beschaffen. Da die Frau ihrer Niederkunft entgegensieht, ist sie in das Göttinger Entbindungsinstitut gebracht worden.

Der Privatbesitz an dem Grund und Boden führt zu solchen Ungeheuerlichkeiten.

Engelmacherei.

In dem sich an Göttingen anschließenden Vororte Weende ist man einem der Engelmacherei gleichenden Treiben auf die Spur gekommen. Dort ließ sich die geschiedene Frau eines Arztes nieder, zog Diakonissenkleider an, nannte sich „Schwester" und erbot sich, Neugeborene in Pflege zu nehmen. Ohne die erforderliche behördliche Erlaubnis zum Halten von Pflegekindern einzuholen, nahm sie Säuglinge in Pflege, deren Zahl schließlich auf neun anwuchs. Jede Woche starb ein Kind. Das Standesamt wurde schließlich stutzig und veranlaßte polizeiliche Ermittelungen. Da stellte man fest, daß die Kinder ihrer mehrere quer in Betten für Erwachsene lagen, sie kamen fast gar nicht an die Luft, denn die „Schwester" nahm auch Krankenpflege an und war manchmal tage- und nächtelang nicht zu Hause! Die Ermittelungen erstreckten sich auch auf den Milchverbrauch für drei Erwachsene (ein sogenannter „möblierter Herr" teilte auch Wohnung und Kost), neun Säuglinge und das eigene dreijährige Kind der „Schwester". Das, was die Polizei ermittelte, war derart, daß die inzwischen von der „Schwester" nachgesuchte Erlaubnis zum Halten von Ziehkindern verweigert, die gemeingefährliche „Säuglingsfürsorgestelle" geschlossen und die Säuglinge anderweit untergebracht wurden. — Die „Schwester" plant nunmehr, in irgendeiner Großstadt eine Anstalt zu eröffnen, wo Damen in diskreten Angelegenheiten Unterkunft finden können. Hoffentlich wird ihr das Handwerk gelegt.

Aus der Frauenbewegung.

Die Frau und die Politik!

Die politische und soziale Stellung der Frau kann in jedem Lande als Gradmesser der Kulturstufe eines Staatswesens angesehen werden.

Hier zu Lande wird die Frau als Unmündige behandelt. Sie ist politisch rechtlos, sozial benachteiligt, sie wird als Mensch zweiten Grades angesehen. Die kapitalistische Produktionsweise geht ihre eigenen profitgierigen Wege, und die Frau gilt ihr, noch mehr als der Mann, als Ausbeutungsobjekt. Und während die heutige Re-

gierungsweise die Frau politisch rechtlos macht, bürdet man ihr dieselben Pflichten wie dem vollberechtigten Staatsbürger auf. Sie hat dem Staate direkte und indirekte Steuern zu entrichten. Das Strafgesetz trifft sie mit der gleichen Härte wie den Mann und noch mehr: sie hat die zukünftige Generation zu gebären und dem Staate ihre Söhne zu Militärzwecken herzugeben. In einer Schrift von Luise Zietz: „Die Frauen und der politische Kampf" (herausgegeben vom Parteivorstand, Buchhandlung Vorwärts) werden diese Dinge ins rechte Licht gestellt. In wie hohem Maße die Frau an der Herstellung der Kulturerzeugnisse, als Hand- oder Kopfarbeiterin beteiligt ist, zeigen uns die statistischen Ergebnisse der Berufs- und Gewerbezählungen.

Bei der ersten Zählung in Deutschland im Jahre 1882 wurden 5 541 517 weibliche Erwerbstätige gezählt, im Jahre 1895 stieg die Zahl auf 6 578 550 und im Jahre 1907 sogar auf 9 492 881.

In den inzwischen verflossenen vier Jahren sind weitere Zunahmen zu verzeichnen. Nach dem Ergebnis von 1907 gab es sodann 131 988 Frauen, die Industriearbeiterinnen, Landarbeiterinnen, Hausfrauen und — Mütter waren.

Während es 1895 erst 17 Berufe mit überwiegend weiblichen Personen gab, zählte man deren 1907 bereits 28. Darunter 20 Berufe mit mehr als 20 000 erwerbenden Frauen.

In zwei Berufsgruppen sind je über 500 000, in zwei weiteren über 100 000, und in zwei je 70 000 Frauen tätig.

Die Zahl der im Hauptberuf tätigen Frauen betrug 1907 26,4 Proz. aller weiblichen Personen, gegenüber 18,5 Proz. im Jahre 1882. Die Zunahme der weiblichen Erwerbsarbeit zeigt sich auf allen Gebieten, außer bei den weiblichen Dienstboten, was schließlich als ein Zeichen des erwachten Persönlichkeitsbewußtseins bei der Frau und ihrer Sehnsucht nach Freiheit und Selbständigkeit zu betrachten ist. Während die ländliche Bevölkerung von 18,5 auf 17,7 zurückging, stieg die Zahl der weiblichen Erwerberinnen auf dem Lande von 2 979 105 im Jahre 1895 auf 4 598 986 im Jahre 1907.

Also auch hier ein kolossales Anwachsen der weiblichen Erwerbsarbeit. 2 108 924 weibliche Erwerbende beschäftigte 1907 die Industrie, 931 873 der Handel und Verkehr, 1 249 883 (1895: 1 303 957) waren als Dienstboten und 28 833 in höheren Berufen tätig.

Fast 4 Millionen (3 709 350) von den im Hauptberuf tätigen Frauen waren verheiratet oder verheiratet gewesen. Die Verfasserin führt weiter aus: „Es ist also nicht nur das junge Mädchen, dessen Arbeitskraft im Haushalt allenfalls entbehrlich ist, das von der Erwerbsarbeit in erster Linie erfaßt wird, sondern die Not des Lebens treibt in immer größerer Anzahl gerade die Ehefrauen ebenfalls zum Mitverdienen. Durch diese Tatsache wird eine alte Illusion gründlich zerstört, die in der Erwerbsarbeit der jungen Mädchen eine vorübergehende Erscheinung, ein Durchgangsstadium zur Ehe sah. Die Wirklichkeit lehrt vielmehr, daß in Familien mit zahlreichen Kindern, in denen also die häusliche und mütterliche Tätigkeit am wenigsten entbehrt werden kann, die Erwerbsarbeit der Ehefrau den unbedingt notwendigen Zuschuß zum Lebensunterhalt liefert. Doch auch in den meisten anderen Fällen ist es unerläßlich.

Die Not des Lebens, die innerhalb der Arbeiterklasse zur treibenden Kraft für die Vermehrung der Frauenarbeit wird, ist eben eine sehr mannigfaltige. Niederes Einkommen des Mannes und Vaters, hohe Lebensmittelpreise als Folge der Zoll- und Steuerpolitik, hohe Wohnungsmieten als Folge des Grund- und Bodenwuchers, Krankheit oder Invalidität des Familienoberhauptes, Zeiten der Arbeits- und Verdienstlosigkeit für den Mann, kurzum alle niederdrückenden Tendenzen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung treiben Frauen und Mädchen der Arbeiterkreise in die Erwerbsarbeit und halten sie darin fest. — Neben den niederdrückenden Tendenzen des Kapitalismus ist es der kulturelle Aufstieg des Proletariats und die dadurch fühlbarer werdenden inneren Lebensnöte der arbeitenden Schichten, die in der gleichen Richtung wirken: Die Sehnsucht nach Bildung, nach einem reicheren geistigen Besitz, das steigende Schönheits- und Kunstbedürfnis in proletarischen Kreisen, der lebhafte Wunsch, den Kindern eine bessere Bildungsmöglichkeit zu erschließen, die wachsende Freude an der Natur, das brennende Verlangen nach etwas mehr Lebensfreude, nach einem reicheren Lebensinhalt, kurzum das Verlangen des Proletariats nach einer größeren Anteilnahme an der materiellen und geistigen Kultur unserer Zeit, trägt gleichfalls zur Vermehrung der weiblichen Erwerbstätigen bei. Der Verdienst der weiblichen Angehörigen gestattet es der Proletarierfamilie in den meisten Fällen erst, in bescheidenem Maße diese Bedürfnisse zu befriedigen. Was von den Angehörigen der herrschenden Klassen als verdammenswerte Begehrlichkeit der Massen verunglimpft wird, die sonnensehnsüchtigen Proletarier sehen darin Zeichen erwachter Menschenwürde, fortschreitender Kultur, und Tausende ihrer Frauen und Töchter nehmen deshalb die Last der Erwerbsarbeit auf ihre Schultern, um trotz kapitalistischer Ausbeutung die kulturelle Weiterentwickelung der ihrigen ein weniges zu fördern." — Durch die Erwerbsarbeit der Frau werden für sie viele Fragen in den Vordergrund geschoben, deren Lösung auf das politische Gebiet führt. Dadurch wird der politische Kampf für die proletarische Frau zur Lebensfrage. Die auf allen Gebieten mangelnde Gesetzgebung zeigen der Arbeiterin und Arbeiterfrau klar die Notwendigkeit einer politischen Betätigung der Frau, um ihre und die Interessen ihrer Kreise gesetzgeberisch wahrnehmen zu können. Die Regierung und die herrschenden Klassen setzen alles daran, die breite Masse der Bevölkerung auf einer niederen Kultur- und Bildungsstufe zu erhalten. Die weisen Männer der Regierung und Verwaltung sinnen förmlich darauf, welch Minimum von Weisheit sie in der Volksschule verzapfen lassen sollen; die dümmsten Arbeiter sind ihnen die liebsten. Aber die kapitalistische Produktionsweise, die das Proletariat in der verwüstenden Lohnsklaverei festzuhalten sucht, schafft Notlagen, die zu beseitigen die Kräfte des einzelnen übersteigen. Hier kann nur der Zusammenschluß aller helfen, wobei wieder die Kraft und die Mitarbeit des einzelnen unbedingt erforderlich ist.

Die Reichstagswahlen stehen vor der Tür! Die Frau, die noch immer nicht das Recht hat, ihre Stimme in die Wagschale zu werfen, muß daher mit aller Leidenschaft um ihr wichtigstes Staatsbürgerrecht kämpfen.

Die hemmenden Gitter der Vereinsgesetze sind gefallen, nun muß die Frau um die politischen Waffen ringen. Hunderttausend Proletarierinnen kämpfen Schulter an Schulter mit ihren männlichen Klassengenossen um die Befreiung der Arbeiterklasse und Hunderttausende müssen sich noch anschließen unter der Parole: Her mit dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht für Mann und Frau!

Es wird erwogen werden. Ruth Bré hat auf verschiedene Eingaben an den Minister des Innern anläßlich des Charlottenburger Krankenhausprozesses soeben folgendes Antwortschreiben erhalten:

Berlin, den 1. August 1911.

Ihre Eingaben vom 9. April, 15., 16. und 20. Juni d. J. — betreffend Mutterschutz — werden zum Gegenstand von Erwägungen gemacht werden.

Im Auftrage
(gez.) Dietrich.

Wir fürchten, das wird ein langes Stadium der Vorbereitungen zu den Erwägungen, und dann für diese selbst ein noch längeres werden. Und was dann herauskommt . . . wir wollens abwarten.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Mariendorf. Donnerstag, den 11. August, 8 Uhr bei Lucas, Nachfolger Paul, Königstr. 14.

Gerichts-Zeitung.

Das „Kümmelblättchen",

das bekannte Gaunerspiel der Bauernfänger, spielte gestern wiederum seine Rolle in einer Verhandlung, welche die 10. Ferienstrafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Wegen gewerbsmäßigen Glücksspiels und Betruges war der Händler Gerson Herzmann angeklagt. Im Frühjahr d. J. kam der jetzt in Friesack ansässige Bautechniker W. zum ersten Male in seinem Leben nach Berlin. Auf dem Schlesischen Bahnhofe gesellte sich ein Mann zu ihm, der ihn mit dem Hinweise, daß er selbst zum ersten Male nach Berlin gekommen sei, nach einer Straße fragte. Als ihm W. erklärte, daß er selbst in Berlin nicht Bescheid wisse, schloß sich der Unbekannte ihm an, um nun gemeinschaftlich den Gefahren der Großstadt trotzen zu können. Unterwegs wurde W. von dem Unbekannten zu einem Glase Bier eingeladen. In dem Lokal gesellte sich dann zufällig ein „Landsmann" zu ihnen, der, wie sich später ergab, der jetzige Angeklagte war. Nachdem die Drei längere Zeit gekneipt hatten, fand der „Landsmann" ebenso zufällig unter einer Zeitung ein Spiel Karten, und bald war ein kleines Spielchen im Gange. Als der Begleiter des W. erst eine Lage Bier und dann ein Zehnmarkstück gewann, erwachte in W. die Spielwut. Er beteiligte sich an dem Spiel und gewann anfänglich. Als dann der Landsmann einen „Hundertmarkschein", in Wirklichkeit eine sogenannte „Blüte", auf den Tisch warf und ihn aufforderte, gegen zu halten, opferte W. einen Hundertmarkschein, der im nächsten Moment als verloren in dem Portemonnaie des anderen verschwand. Da inzwischen auch der zweite Unbekannte mit seinem Koffer verschwunden war, schöpfte W. endlich Verdacht. Als er unter einem Vorwande das Lokal auf kurze Zeit verließ, um einen Schutzmann zu suchen, nahm der „Landsmann" die Gelegenheit wahr, zu verschwinden. Auf dem Polizeipräsidium fand W. dann den angeblichen Landsmann in dem Verbrecheralbum in der Person des Angeklagten Herzmann wieder. — Mit Rücksicht auf die hohe Gemeingefährlichkeit eines derartigen Treibens erkannte die Strafkammer gegen H. auf **1 Jahr Gefängnis und 300 M. Geldstrafe.**

Massenseufzer-Inserate.

Unsere Leser entsinnen sich aus dem Bruhn-Prozeß der Aufsehen erregenden Aussage des Inseratenchefs der „Vossischen Zeitung", Kluge. Dieser gab zu, daß die Massenseufzer-Inserate oft der Deckmantel für Kuppelei sind, die „Vossische Zeitung" sende ihre Massenseufzer-Inserate erst der Polizei zu, um sie dort verlesen zu lassen. Gestern stand eine solche Massenseufzer-Inserentin vor Gericht, um sich wegen Kuppelei zu verantworten. Aus dem Bericht ergibt sich leider nicht, welche bürgerliche Zeitung das Inserat aufgenommen hatte.

Es hatte sich die „Massenseufzer" und Zimmervermieterin Jakobine Opers unter der Anklage der Kuppelei und der Veröffentlichung von Ankündigungen, durch welche ein unzüchtiger Verkehr herbeigeführt werden soll, zu verantworten. Die Angeklagte betreibt seit einiger Zeit in der Kurfürstenstraße einen „Massage"-Salon, in dem sie mehrere junge Damen beschäftigte. Die nötige Kundschaft zog sie sich durch scheinbar harmlose und nur von Eingeweihten zu verstehende Inserate heran. Schließlich kam es zur Kenntnis der Polizei, daß in dem „Salon" alles andere, als wie eine wirkliche Massage getrieben wurde. Die Folge war die jetzige Anklage. Mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit der Angeklagten erkannte das Gericht nur auf **3 Tage Gefängnis.**

Irrenhaus und Rechtsschutz.

Zu dem Bericht in unserer Nummer vom 6. d. M. ersucht uns der Rechtsbeistand des Sanitätsrats Dr. Weiler unter Bezugnahme auf § 11 des Preßgesetzes um Aufnahme folgender „Berichtigung":

„Ich, als Anstaltsleiter, habe niemals einem Rechtsbeistand den Zutritt zu einem bei mir internierten Kranken verweigert oder verhindert, daß Zuschriften der Kranken an Behörden usw. befördert wurden; nur Herrn Rechtsanwalt Dr. Ehrenfried habe ich im Interesse der mir anvertrauten Kranken den Zutritt in meine Anstalt verweigert, weil gegen ihn ein Entmündigungsverfahren schwebt, sowie aus Gründen, die das weitere gerichtliche Verfahren ergeben wird.

Was den Fall Hagen anlangt, so stelle ich fest, daß Herr Hagen sich unter der vorläufigen Vormundschaft des Rechtsanwalts Hundhausen befindet, die Zuziehung eines Anwaltes von Seiten des Herrn Hagen daher nur mit Genehmigung seines Vormundes zulässig war und ich Herrn Dr. Ehrenfried den Zutritt zu Herrn Hagen verweigert habe, weil eine solche Genehmigung des Vormundes Hundhausen nicht vorlag.

Sanitätsrat Dr. Weiler."

Die vorstehende Zuschrift berichtigt **keine** der in unserem Bericht mitgeteilten Tatsachen, bestätigt sie vielmehr lediglich. Die Bezugnahme des Rechtsbeistandes auf § 11 des Preßgesetzes ist schon aus diesem Grunde völlig unangebracht. Der Zuschrift haben wir als einer Ergänzung unseres Berichts dennoch Raum gegeben, weil sie für die interessante Frage, ob ein Anstaltsdirektor den Eintritt in seine Anstalt einem Anwalt verweigern darf, etwas Material beiträgt. Wir sind der Ansicht, daß diese Frage durchaus zu **verneinen** ist. Insbesondere die von Sanitätsrat Dr. Weiler angeführten Gründe sind durchaus verfehlt. Gegen Dr. Ehrenfried hatte bekanntlich schon früher ein Entmündigungsverfahren geschwebt. **Dasselbe endete zugunsten des Rechtsanwalts** und hat, wie unsere Leser sich entsinnen, zu einer Reihe Prozessen des Dr. Ehrenfried Anlaß gegeben. Mag sein, daß zurzeit wieder ein solches Verfahren schwebt: es schwebt ein solches Verfahren, wenn irgend jemand einen auch noch so unberechtigten Antrag auf Einleitung stellt. Jedenfalls ist Dr. Ehrenfried keineswegs entmündigt. Dr. Ehrenfried ist juristisch voll geschäftsfähig und übt in vollem Umfang seinen Beruf als Anwalt aus. Das wäre ja noch schöner, wenn der Verkehr eines vermeintlich Geisteskranken oder wirklich Entmündigten mit jemand, den er als Rechtsbeistand haben will, unterbunden werden darf, weil irgend jemand behauptet, der Rechtsbeistand sei zu entmündigen. Auch der Hinweis des Dr. Weiler auf den Mangel einer Zustimmung seitens des vorläufigen Vormundes ist durchaus verfehlt: selbst der bereits Entmündigte kann gegen den Willen seines Vormundes oder Pflegers die Aufhebung seiner Entmündigung betreiben. Die zu diesem Zweck seitens eines Entmündigten erteilte Vollmacht ist gültig. Er wäre ja sonst insbesondere in den beklagenswerten Fällen schutzlos, wenn er auf Betreiben des späteren Vormundes zu Unrecht entmündigt war. Das Amtsgericht hat durch Festsetzung und Vollstreckung der 900 M. Strafe durch einstweilige Verfügung gegen Dr. Weiler zu erkennen gegeben, daß grundsätzlich nach dem Gesetz auch seiner Ansicht nach dem Internierten freier Verkehr mit dem von ihm gewählten Rechtsbeistand zusteht. Mag der Anstaltsdirektor den Rechtsbeistand aus irgendwelchen Gründen nicht zulassen, so bleibt ihm nur übrig, den Internierten freizulassen.

Am 18. d. M. soll übrigens in dem Prozeß, der aus Anlaß der Weigerung Dr. Weilers entstanden ist, das Urteil verkündet werden.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 8. 8. cm	seit 7. 8. cm [1]	Wasserstand	am 8. 8. cm	seit 7. 8. cm [1]
Memel, Tilsit	52	−1	Saale, Grochlitz	20	−16
Pregel, Insterburg	−49	+3	Havel, Spandau [2]	−3	−1
Weichsel, Thorn	—	—	„ Rathenow [2]	−10	+2
Oder, Ratibor	86	0	Spree, Spremberg [2]	56	0
„ Krossen	17	−1	„ Beeskow	81	−3
„ Frankfurt	27	−2	Weser, Münden	−128	+11
Warthe, Schrimm	−44	0	„ Minden	−59	−2
„ Landsberg	−65	−1	Rhein, Maximiliansau	375	−5
Netze, Nordamm	−47	−7	„ Kaub	158	−3
Elbe, Leitmeritz	−110	−1	„ Köln	123	−1
„ Dresden	−228	0	Neckar, Heilbronn	23	−11
„ Barby	−16	−4	Main, Wertheim	75	−1
„ Magdeburg	1	−2	Mosel, Trier	−93	−3

[1]) + bedeutet Wuchs, — Fall. — [2]) Unterpegel.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Todes-Anzeige.

Am 7. August verstarb unser Genosse, der Arbeiter

Reinhold Henning

Lychener Straße 9.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes, Nieder-Schönhausen-Nordend, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen.
Ortsverwaltung Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bierfahrer

Reinhold Henning

(Schultheiß I)

im Alter von 48 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. August, nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes in Nordend aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht. **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hilfsarbeiter

Gustav Schmeling

am 6. August im Alter von 59 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 10. August, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Nazareth-Kirchhofes in Reinickendorf-West aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.
Zahlstelle Berlin.

Am Sonntag, den 6. August, verstarb unser Kollege, der Luxuspapierarbeiter 25/1

Gustav Otto.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 10. August, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhofe der Simeons-Gemeinde in Britz, Tempelhofer Weg, statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

Hierdurch zur Nachricht, daß unser lieber Kollege

Wilh. Sonnenschein

am Dienstag plötzlich verstorben ist.

Sein Andenken werden in Ehren halten die Kollegen

der Pianofortefabrik Bell Comp.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. August, nachmittags 3½ Uhr, auf dem Emmaus-Kirchhof statt. 466

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter.
Filiale Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß uns der Kollege

Reinhold Glatz

von der Gasanstalt Schmargendorf durch den Tod entrissen wurde.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 10. August, nachmittags 5½ Uhr, von der Leichenhalle des Nazarethkirchhofes in Reinickendorf-West, Kögelstraße, aus statt.

Ferner starb der Kollege

Hermann Müller

Sektion IV, Revier Wilmersdorf.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 10. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofs der Luthergemeinde in Lankwitz aus statt.

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

36/19 **Die Ortsverwaltung.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Schankwirts

Gustav Poerschke

sage allen Bekannten sowie den Genossen des 6. Wahlkreises und dem Verband der freien Gast- und Schankwirte meinen herzlichsten Dank.

Witwe Wilhelmine Poerschke
445 geb. Zahn.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters sagen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere den Genossen des 527. Bezirks, dem Rauchklub „Nordstern" und dem Rauchklub „Böttinger" meinen herzlichsten Dank. 51932

Luise Wittig und Kinder.

Steppdecken Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158
Höchste Leistungsfähigkeit
durch Selbstfabrikation
aller besseren Qualitäten.
Steppd. à 2.50, 4, 6, bis 250 M.
Schlafdecken à 3, 4, 10 bis 50 „
Echt. Kameelhaar à 10 bis 36 „
Spezialkatalog
mit ca. 650 Abbildung **gratis u. franko.**

Achtung!
Sumatra-Sandblatt
Dritte Länge, Vollblatt, hell
per Pfund 2,50 Mark.
Hamburger Rohtabak-Haus
Filiale: Berlin N., Brunnenstraße 25.
295/10a*

Schnupfer! [illegible]

Gesundheitstabak J. Goldfarb Preuss. Stargard.
D.R.W.Z. 106552.
Health snuff tobacco.
Tabac à priser de santé.
Tabaka do zażywania dla zdrowia.
Tabacco da naso alla salute.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin.

Bezirk Weißensee.
Achtung! **Möbelpolierer.** Achtung!
Donnerstag, den 10. August, abends 6½ Uhr, im „Prälaten“, Lehderstraße 122:
Branchen-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Knoll**: Unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen während der Vertragszeit. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.

Treppengeländerbranche.
Donnerstag, den 10. August, abends 8 Uhr:
Außerordentl. Vertrauensmänner-Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15, Saal IV, Arbeitslosenraum.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.
Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Feiner
Dänischer Kapitän-Kautabak
in **Rollen, Bündel** und **Enden.**
General-Vertrieb:
Karl Röcker, Berlin O. 27.
Grüner Weg 112 (Amt VII, 3861).

Reste
Musterkupons, „Herbst-Neuheiten“ für Anzüge, Kostüme, Meter 3, 4 Mark. **Tuchlager-Gesellschaft m. b. H.**
Gertraudtenstr. 20-21, vis-a-vis d. Petrikirche.

Von der Reise zurück [111/7
Dr. Salingré.

Für Mitteilung, wer denen will, vereinbare Zahlung von 200—500 M. Zuschr. erb. unter **J. R. 14640** durch **Rudolf Mosse,** Berlin SW. 108/7*

Hermann Meyer & Co., Akt.-Ges., Berlin N., Wattstr. 12
liefern frei Haus 30 große Flaschen 105/10*
Selterwasser, filtriert . . . . **1,50 M.**
Sprudelwasser, filtriert und destilliert . . . . . . **1,80 „**
Brauselimonaden: Himbeer-, Erdbeer-, Zitronen-Geschmack . . . . **3,— „**

Sauerstoffwasser, filtriert und destilliert . . . . . **3,— M.**
Fruchtquell, alkoholfrei, unübertroff., mehrf. prämiiert **3,— „**
Künstliche Mineralwässer . . . . . à Flasche **0,20 „**

Frische Fruchtsäfte: in Literflaschen à Flasche **1,20 M.**
Himbeer-, Johannisbeer-, Erdbeer-, Kirsch-, } reiner Saft, in Raffinade eingekocht nach dem Deutschen Arzneibuch.
Flaschen werden mit 10 Pf. berechnet und zurückgenommen.
Zu gleichen Preisen auch in allen Geschäften zu haben, welche unsere Fabrikate führen.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, den 10. August.
Anfang 7½ Uhr.
Neues königliches Opernhaus. Tannhäuser. (Anf. 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Komische Oper. Der verbotene Kuß.
Berliner. Bummelstudenten.
Residenz. Die Dame von Maxim.
Westen. Die lustigen Nibelungen.
Neues Schauspielhaus. Die keusche Susanne.
Neues. Geschlossen.
Thalia. Polnische Wirtschaft.
Schiller-Charlottenburg. Der dunkle Punkt.
Lessing. Glaube und Heimat.
Lustspielhaus. Die goldene Schüssel.
Kleines. Korachen. (Anf. 8½ Uhr.)
Trianon. Das Prinzchen. (Anfang 8½ Uhr.)
Neues Operetten. Eine Million. (Anfang 8½ Uhr.)
Luisen. Der Siebente. (Anfang 8¼ Uhr.)
Rose. Kasernenluft. (Anf. 8¼ Uhr.)
Metropol. Hoheit amüsiert sich!
Folies Caprice. Drei Frauenhüte. Sie ist eine Ausnahme. (Anfang 8¼ Uhr.)
Voigt. Preciosa.
Noack. Am Brunnen vor dem Tore.
Herrnfeld. Das Kind der Firma. Schmerzlose Behandlung.
Berliner Prater. Die 3 Grazien. (Anfang 7½ Uhr.)
Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Kaiser-Panorama. Neu! Besuch von Konstantinopel. Wanderung in den Dolomiten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: In den Dolomiten.
Sternwarte. Invalidenstr. 57—62.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Der dunkle Punkt.
Lustspiel in 3 Akten v. G. Kadelburg und Rudolf Presber.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.
Morgen und folgende Tage:
Der dunkle Punkt.

Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll)
Donnerstag, 10. Aug., abends 8 Uhr:
Gastspiel **Marga Junker-Burchardt:**
Tannhäuser.
Freitag, 11. August, abends 7½ Uhr,
2. Ringzyklus.
zu ermäß. Preisen: **Siegfried.**
Sonnabend, 12. Aug., abends 7½ Uhr:
Letzt. Gastsp. **Emmy Destinn: Carmen.**

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr:
Bummelstudenten.
Täglich: **Bummelstudenten.**

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die lustigen Nibelungen.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Sommerpreise, neu einstudiert:
Die Dame von Maxim.
Schwank in 3 Akten von Georges Feydeau. Deutsch v. Benno Jacobsohn.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Zum 176. Male:
Kasernenluft.
Auf der Gartenbühne:
Es gibt nur ein Berlin.
Große Revue.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Inh.: **Max Schindelhauer.**
1.—16. August: **Riesen-Weltstadt-Programm.** U. a.:
Kurt Armandi, Humorist.
Cilli Schwarzenberg, Tanzsoubr.
Harry Bienensteins mod. Sketch.
Charles Solier, Delphischer Malakt
Laro Reels. Musik-Exzentriques.
Fleurison Terzett. Ges. u. Tanz.
Kulickes Badereise.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
In den Dolomiten.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mark,
von abends **6** Uhr ab **50** Pf.,
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

PASSAGE :: :: PANOPTIKUM
Das größte Schauetablissement des Kontinents.
Lebend
der Mann mit der
eisernen Zunge.
Ein Fakir ohne Nerven.
AGA die schwebende Jungfrau.
Alles ohne Extra-Entree.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Rudolf Mälzer
Der erste Komiker d. Jetztzeit.
! Emanuel Steiner
Rechenphänomen
und das große Varieté-Eröffnungsprogramm

Metropol-Theater.
Zum 104. Male:
Hoheit amüsiert sich!
Operette in 3 Akten von J. Freund.
Musik von Rudolf Nelson.
In Szene gesetzt vom Dir. R. Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater
8 Uhr:
Das neue August-Programm.
8¾ Uhr:
Ensemble-Gastspiel
Harry Walden
in
Sein Herzensjunge.
Vaudeville mit Ges. u. Tanz in 2 Akt. von A. Neidhardt und R. Schanzer. Musik von W. Kollo.

Herrnfeld Theater
Jubiläums-Saison 20jährig. Direktion Anton und Donat Herrnfelds.
Seit 20 Jahren der größte Erfolg die Novitäten
Das Kind der Firma
Verwandlungskomöd. in 2 Akten mit den Autoren
A. Herrnfeld a. Tobias Tschepperneck.
Donat Herrnfeld als Philipp Katzenfell.
Schmerzlose Behandlung
Anfang 8 Uhr.
Vorverk. 11—2 Uhr (Theaterkasse).
Prachtvoller Sommergarten.
Luftige Pergola.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises
7. und 8. Abteilung.

Sonntag, 13. August, im **Insel-Restaurant** (Plötzensee):
Sommer-Fest.
Konzert, Gesang, Humorist. Vorträge, Spezialitäten, Tanz.
Mitwirkende: 230/2*
Gesangverein „Moabiter Männerchor“ (M. d. A.-S.-B.), **Freie Turner, Spezialitäten,** und die **verstärkte Hauskapelle.**
Für die Kinder: **Kasperle-Theater.**
Kinder erhalten an der Kasse 2 Bons; einer berechtigt zur einmaligen Benutzung des Karussels oder der Schaukel, der andere zum Empfang einer Stocklaterne.
— **Anfang 3 Uhr.** — **Eintrittspreis** an der Kasse **25 Pf.,** im Vorverkauf **20 Pf.** —

Folies Caprice.
Täglich 8¼ Uhr:
Parisiana-Ensemble.
3 Frauenhüte.
Sie ist eine Ausnahme.
Das Strumpfband.
Cousin Pampoulette.

Voigt-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Donnerstag, 10. August, zum Benefiz für d. Oberregisseur **Heinrich Bach:**
Preziosa.
Schauspiel mit Ges. und Tanz von Wolff. Musik Karl Maria von Weber.
Gänzlich neue Spezialitäten.
Kassenöffn. vorm. 10, Anfang 4 Uhr.

Max Kliems
Sommer-Theater
Rudolf Krüger, Hasenheide 13—15.
Heute: **Elitetag.**
Täglich: **Erstklassige Theater- und Spezialitäten-Vorstellungen.**
Zeltbedachter Theatergarten, bei ungünstiger Witterung Schutz bietend.
Jed. Mittwoch: Gr. Kinderfest.

Nißles Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Schöner Naturgarten.
Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen
bei freiem Entree. **C. Nißle.**

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstrasse
Eis-Arena.
Geöffnet v. 10 Uhr vorm.
In der heißen Jahreszeit angenehm kühler Aufenthalt.
Allabendlich:
D. prunkvolle Eisballett
Montreal
Die Stadt auf Schlittschuhen.
Neu: Push-Ball-Spiel
Zahlreiche Kunstlaufproduktionen.
Exquisite Restauration bis 1 Uhr nachts.
Bis 7 Uhr u. von 10¾ Uhr abds.: **halbe** Kassenpreise.

LUNA-PARK.
Sensationelle Attraktionen.
Johnstowns Untergang. Cairo. Lachhaus. Hippodrom Lehmann. Tanagra-Theater. Teufelsrad. Moulin-Rouge. Gebirgsbahn. Wasserrutschbahn u. v. a.
Sonnabend, 12. August, Elitetag zur Feier der erreichten Besucherzahl von **3 Millionen**
Souvenir-Fest Jeder Besucher erhält ein Souvenir. **4 Kapellen 4**
Neu! **Eröffnung der Schwebebahn demnächst.** Neu!

Zentral-Verband der Zimmerer
Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Sonnabend, den 12. August 1911
Grosses Sommer-Fest
zur Feier des 28. Stiftungsfestes
in den **Gesamträumen** der **Aktienbrauerei Friedrichshain,**
Am Königstor.
Konzert :: Spezialitäten-Vorstellung :: Turnerische Aufführungen
Auftreten des Berliner Ulk-Trio :: Kasperle-Theater :: Kinderfackelzug :: Brillant-Feuerwerk :: Kinemathograph.
In den beiden Sälen: **Gr. Sommernachtsball.**
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr ab zur Verfügung.
Alle Mitglieder nebst Familie sowie Freunde und Bekannte
× × × sind hierdurch ergebenst eingeladen. × × ×
Anfang des Festes 4½ Uhr. × × × × **Entree 30 Pf.**
254/15* **Der Vorstand.**

Volksgarten-Theater
Heute: **Gr. Brillant-Feuerwerk.**
Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Margot Jackson × O. D. Boston
Tim-Tom × Willi Schönburg
Henry Trio.
Die Rose von Japan.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger

Anfang wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Puhlmanns Theater
Schönhauser Allee 148.
Täglich
im herrlichen Naturgarten:
Konzert — Theater Spezialitäten.

Schweizer-Garten
Am Königstor. Am Friedrichshain.
Jeden Abend ½10 Uhr:
Wie man Weiber fesselt.
Posse mit Gesang in 2 Akten.
Spezialitäten, Kinematograph.
Jeden Mittwoch: **Kinderfest.**
Anf. wochentags 5, Sonnt. 4 Uhr.

Noacks Theater.
Direktion: **Robert Dill.**
Berlin N., Brunnenstraße 16.
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Am Brunnen vor dem Tore.
Liederspiel mit Dir. Dill in den Hauptrollen. **Dumm u. gelehrt.**
Eine schlaue Wirtin.
Bei schlechtem Wetter Vorstellung im Saale.

Neue Welt
Amerikanischer Vergnügungspark
Hasenheide.
Heute:
Elitetag.
Großes Parade-Gala-Feuerwerk.
Interessante Belustigungen von packender Komik.
Promenaden-Konzert. Spezial.-Vorst.
Groß. Sommernachtsball.
Eintrittspreis 25 Pf.

Café Bellevue.
Rummelsburg am See.
Inh.: **G. Tempel.**

Jeden Sonntag:
Spezialitäten-Vorstell.
u. Garten-Konzert.
Jeden Sonnabend und Donnerstag:
Soireen der Hoffmanns Sänger

Moabiter Wintergarten
Artus-Hof
Perleberger Str. 26, Stendaler Str. 18
Direktion: **Karl Pirnau.**
Bernhardo u. Mertens
Die Macht des Walzers.
3 Cossets mit Hunden und Tauben.
Milardo, das tanzende Ferkelchen.
Ada u. Otfried Relay, Duett.
? ? Kio ? ? der mysteriöse Würfel.
The Willuhns phantastischer Akt usw.
Anfang 4 Uhr. Vorstellung 6 Uhr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

4. Wahlkreis. Am Freitag, den 11. August, abends 8½ Uhr, findet bei Borgmann, Andreasstr. 21, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Der Parteitag in Jena, die Brandenburger Konferenz. Anträge zu diesen Punkten und Aufstellung der Kandidaten zu den beiden Kongressen.

Mitzuteilen ist noch, daß Genosse Mella in die Agitationskommission und Genosse Volkmann in die Beschwerdekommission gewählt worden sind.

Die Urwahlen zur Delegation zum Parteitag und Brandenburger Konferenz finden am Sonntag, den 13. August, von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags statt. Der Vorstand.

Charlottenburg. Am Sonntag früh 8 Uhr findet von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung statt.

Röntgental. Heute Donnerstag Zahlabend bei Marx. Vortrag des Genossen Knöschke: „Frauenagitation".

Bernau. Heute Zahlabend in den bekannten Lokalen.

Berliner Nachrichten.

Jagow.

Er beginnt, ein pathologisches Problem zu werden. Ein wenig interessantes, aber ein Problem immerhin.

Der Mann ist uns bekannt: der typische preußische Beamte, starrköpfig, mäßig gebildet, voll jener eisernen Energie, die rücksichtslos Autorität und Beamtendünkel gegen die Interessen der Allgemeinheit durchsetzt. — Ich sagte: starrköpfig. Aber so einen haben wir noch nicht gehabt.

Mit dem berühmten: „Ich warne Neugierige" fing es an. Und dann kamen Schlag auf Schlag Erlasse, Verordnungen, Verfügungen, alle in lapidarem Stil, hochmütig, etwas dekretierend, was alle Einsichtigen als sinnlos verwarfen. Aber kaum war die Diskussion über den einen verstummt, kam schon der nächste.

Der Mann ist ein Novum. Selbst die schärfsten Konservativen haben sich in Berlin vor dem Ansturm der öffentlichen Meinung auf die Dauer nicht halten können: sie hatten 500, 1000, 10 000 gegen sich — aber dann fielen sie.

Dieser bleibt.

Das wäre in keinem freiheitlich regierten Lande möglich. Eine derartige Herausforderung, wie sie dieser rührige Beamte monatlich produziert — und in England oder in den nordischen Staaten, in Frankreich oder in Italien würde ein Sturm den Mann wegfegen.

Dieser bleibt.

Obgleich sich alle unisono gegen ihn erklären, bleibt er.

Witze durchschwirren die Luft. Kein Witzblatt, das ihn nicht schon verulkt hätte, keine lächerliche Situation, in die ihn Zeichner und Schriftsteller nicht schon gebracht hätten. Das Gaudium des Publikums über den kleinen, ernsten, gefährlichen Mann ist grenzenlos.

Als im Februar 1767 in Berlin das Gerücht umging, es würde wieder Krieg mit Oesterreich geben, sagte Friedrich II.: „Was das für dummes Geschwätz ist! Die Leute reden nur immer vom Kriege, weil sie nichts anderes zu reden haben. Man muß ihnen Gelegenheit geben, von etwas anderem zu sprechen." —

Jagow ist diese Gelegenheit (heute). —

Merkt er denn nicht, weiß er denn nicht, daß er unmöglich geworden ist? — Als er sich mit der Schauspielerin Durieux blamierte, griffen unsere größten Stilisten zur Feder: Alfred Kerr und Ludwig Thoma haben es ein für allemal verhindert, dieses Thema noch ernst zu behandeln.

Er wäre nur eine Karikatur, ein Agitationsmittel für die Opposition, wenn nicht die Witwe Herrmann wäre, nicht die brutalen Fehlgriffe seiner undisziplinierten Untergebenen. . . .

Wir sind in Preußen und müssen froh sein, wenn er nicht gerade jetzt seinen Orden bekommt.

Denn das Motto, nach dem in diesem Staate regiert wird, heißt: Nun gerade!

Eine Dauer-Dampferfahrt.

Den Reichtum märkischer Wasser- und Landschaftsbilder genießt man bei den regelmäßigen, allbekannten Dampferfahrten auf Havel und Oberspree nur halb. Wer sich einen ganz besonderen Genuß verschaffen will, soll die große Tagestour nach Teupitz mitmachen. Grünau, Schmöckwitz, Zeuthen, Rauchfangwerder liegen in fast dreistündiger Fahrt hinter uns. Die in ihrer Struktur so vielgestaltige Dahme verengt sich. An den Ufern treten scharf die großartigen industriellen Anlagen von Hoher- und Niederlehme, von Wildau und Wilhelmshöhe hervor, bald auch das historische Königs-Wusterhausen, wo einst ein Preußenkönig nichts besseres zu tun fand, als sogenannte Tabakskollegien abzuhalten und in lustiger Gesellschaft von allerhand Schmarotzern Halali blasen zu lassen. Kaum hat bei Neue Mühle die Schleuse den Dampfer freigegeben, so ändert sich die Szenerie mit einem Schlage. Es beginnt ein Wald- und Wasserpanorama, das an landschaftlicher Schönheit alles bisher Gebotene weit in den Schatten stellt und von vielen Naturseinschmeckern den lieblichen Gefilden des Havelgebiets vorgezogen wird. Die Dahme hat ihre alte Vorliebe zur Seenbildung nicht vergessen. Sie weitet sich hinter dem Wusterhausener Tiergarten mit der Husarenecke zum Krimnick-See und nach einer kräftigen Biegung zum Krüpel-See. Hier schneidet ein Gemünd tief in das Waldrevier bis zum Forsthaus Uklei. Wieder schnürt sich die Dahme an den Dörfern Cablow und Bindow ein, um endlich im Dolgen-See zwischen Gussow und Dolgenbrodt ihre letzte reife Schönheit zu entfalten. Jetzt formt sich das Gebiet der Teupitzer Gewässer, auf beiden Uferseiten die mächtige, wundervolle Wusterhausener Forst, und damit setzt der schönste Teil der Sechsstundentour ein. Von Dolgenbrodt führt kurz vor Prieros eine besondere Dampferlinie durch den Langen-, Wolziger- und Storkower-See nach dem Scharmützelsee. Unser unermüdlicher Riesenschwan aber gleitet hinter Prieros in die schmale Smolde und bringt uns in ein prachtvolles Wald- und Seenidyll. Von der Kultur scheinbar unbeleckt, liegt die entzückende Landschaft vor uns. Die Smolde hat sich zum Hölzernen See und zum Klein-Köriser See erweitert. Steil fallen die mit mächtigen Fichten und Eichen dicht besetzten Katzenberge zu den Ufern ab. Ueber den märchenhaft stillen Wassern zieht der Reiher seine Kreise. Hirsche und Rehe spähen neugierig nach dem rauschenden weißen Wasservogel, der den Wald- und Seenfrieden zu stören wagt. In wunderlichem Zickzack geht die Dampferfahrt hinter Forsthaus Neubrück und Klein-Köris in den tiefschwarzen Modder-See nach Groß-Köris. Hier an der idyllischen Furt bei der Berlin-Görlitzer Eisenbahn-Ueberführung bombardiert uns die Dorfjugend, auf ein Trinkgeld spekulierend, mit Wasserrosen. Wieder geht's in ein breiteres Gewässer, in den Zemminer See, und abermals durch eine romantische Furt. Wenn doch der Reiz des dichten Erlengebüsches, das über den Häuptern sich wölbt, nicht gar so kurz wäre! An dieser hohlen Wassergasse kostets Zoll. Rauschend geht die Sperrkette nieder. Mit aufgemachtem Dampf geht unser fauchender Schwan an den Häusern von Dorf Schwerin und Kolonie Blankenheim vorüber in den sagenumwobenen Teupitzer See nach der prächtigen Anlegestelle „Tornows Idyll". Auf einer winzigen Insel nahe dem Ufer steigt das ehrwürdige Teupitzer Schloß empor, einst der Herrensitz des Geschlechts derer von Landsberg, die vor Jahrhunderten auch wußten, wo auf der Landstraße im Hinterhalt „Barthel den Most holt". Und wo am Ufer die malerische Kirche sich zur Höhe reckt, soll bereits im zwölften Jahrhundert eine wendische Kapelle gestanden haben. Heute treten Schloß und Kirche stark in den Hintergrund vor dem auf Bergeshöhe ragenden großartigen Komplex der neuen Provinzialirrenanstalt Teupitz. Allzuviel Zeit zum Rasten ist nicht übrig. Zur Erholung und zu einer sehr empfehlenswerten Spritztour nach dem an reizenden Höhen gelegenen Egsdorf am Ende des Teupitzer Sees reicht sie aus. Vielleicht das Schönste von allem aber ist die sechsstündige Heimfahrt. Wer sich die Hinfahrt abkürzte und bis Grünau oder Königs-Wusterhausen mit der Bahn fuhr, möge die volle Wassertour zurück nicht versäumen. Man wird nicht müde, längst nach Sonnenuntergang und bei Mondenschein zu bewundern, was doch die vielgelästerte märkische Sandwüste noch für Juwele bietet, wenn man sie nur zu finden und zu schätzen weiß.

Die Schießbereitschaft des Schutzmannes wird in Berlin durch die neuesten Schießerlasse des Polizeipräsidenten sicherlich gesteigert werden. Wer zu spät schießt, wird bestraft — das wird kein Schutzmann sich zweimal sagen lassen dürfen. Damit der schießende Schutzmann auch richtig trifft, werden bei der Polizei schon seit längerer Zeit regelmäßig wiederkehrende Schießübungen vorgenommen, nicht nur mit dem Revolver, sondern auch mit dem Karabiner. Im Hinblick auf Jagows Schießerlasse wird man es vermutlich für zweckmäßig halten, fortan die Schießübungen noch häufiger als bisher zu wiederholen. Beaufsichtigt werden die Uebungen durch Polizeileutnants, denen bisher — was wenig bekannt sein dürfte — dieser Dienst mit einer Extravergütung von 14 Mark pro Tag bezahlt wurde. Der Ausgabeposten für diese uns unverständliche Extravergütung, die neben dem Gehalt gezahlt wird, dürfte in nächster Zeit beträchtlich anwachsen. Den Schutzleuten, die an den Uebungen teilzunehmen haben, wird keine Extravergütung gegeben.

Werden die Ferien verlängert? Diese Frage beschäftigt jetzt Schüler und Schülerinnen, Lehrer und Lehrerinnen, Eltern und zuletzt auch die Behörden. In Brandenburg a. d. H. und anderen Städten der Mark, z. B. Potsdam, ferner in Halle a. S., Breslau, Leipzig, Frankfurt a. M. sind die Ferien der Gemeinde- und Mittelschulen, so lange die Hitze andauert, von den Kreisschulinspektoren nach Zustimmung der Aufsichtsbehörde usw. verlängert worden. Wie es heißt, sollen Schüler und Lehrpersonen mit dieser Verlängerung einverstanden sein, weniger aber die Eltern von zahlreichen Kindern, die allerhand Befürchtungen hegen. Nach dem ministeriellen Erlasse können Kreisschulinspektoren, Direktoren, Rektoren usw. bei 25 Grad Celsius Wärme in den Schulklassen den Unterricht ohne weiteres ausfallen lassen. Messungen in den Berliner Schulen haben ergeben, daß die Temperatur in den einzelnen Klassen und Schulen sehr von einander abweicht, daß jetzt in den frühen Morgenstunden bei genügender Lüftung noch nicht 20 Grad Celsius in den Klassen festgestellt wurde und erst in den Mittagstunden in den Klassen nach Süden und Westen höhere Wärmegrade ermittelt wurden. Danach sind die Aussichten für Berliner Kinder nicht günstig.

Von einem Kampf um ein Kind, den die Mutter des Kindes gegen den Vormund führte, erzählten wir in Nr. 159. Das Kind, das unehelich geboren und in fremde Pflege gegeben worden war, wurde der Mutter, als sie heiraten und es jetzt zu sich nehmen wollte, auf Einspruch des Vormundes durch Beschluß des Vormundschaftsgerichts zunächst noch vorenthalten. Selbstverständlich hat ein Vormund das Recht, gegen die Herausgabe des Kindes an die Mutter seine etwaigen Bedenken vorzutragen, und das ist sogar seine Pflicht, wenn er für das Kind eine Gefährdung in gesundheitlicher oder sittlicher Hinsicht befürchten zu müssen glaubt. Aber an jenem von uns mitgeteilten Beispiel für die Macht eines Vormundes fielen einige Nebenumstände auf, die wir eingehend (in Nr. 159) dargelegt haben. Der Mutter war sogar angedroht worden, daß man ihr das Recht der Sorge für ihr Kind entziehen werde, falls sie sich etwa dem Beschluß des Vormundschaftsgerichts nicht füge. Das Kind blieb ihr weiter vorbehalten, auch nachdem sie die beabsichtigte Eheschließung im Juni vollzogen hatte. Wir wissen nicht, welche Gründe der Vormund gegen die Herausgabe des Kindes geltend gemacht hat. Stichhaltiges haben aber die amtlichen Ermittelungen nicht ergeben, die auf seinen Einspruch hin vorgenommen wurden und bei denen über die Mutter auch Hausbewohner von einem Polizeibeamten und einer Fürsorgedame ausgefragt wurden. Wir erfahren jetzt, daß der Mutter am 3. August ein Bescheid des Vormundschaftsgerichts zugegangen ist, der so lautet: „Die angestellten Ermittelungen haben ergeben, daß ein Grund, Ihnen Ihr Kind vorzuenthalten, nicht besteht." Das Kind wird der Mutter am 1. Oktober zurückgegeben werden. Eine sofortige Wegnahme aus der bisherigen Pflege scheint dem Vormundschaftsgericht nicht empfehlenswert, weil sonst das Kind mitten im Schulhalbjahr umgeschult werden müßte.

Die versunkene Badeanstalt. Gestern, Mittwoch, vormittags 11 Uhr, ist der hintere Teil der städtischen Flußbadeanstalt unterhalb der Waisenbrücke für Männer gesunken. Die Ursache ist noch nicht genau festgestellt. Vermutlich ist ein Prahm — die Flußbadeanstalten ruhen sämtlich auf Prähmen — infolge der Hitze undicht geworden und die undichten Stellen durch den zahlreichen Besuch und die dadurch herbeigeführte außergewöhnliche Belastung unter die Wasseroberfläche herabgedrückt worden, sodaß das Wasser in den Prahm eindringen und ihn zum Sinken bringen konnte.

Als das Sinken der Anstalt begann, badeten in ihr etwa 50 Personen, die sich in ruhiger Ordnung ungefährdet entfernten.

Die Anstalt ist vorläufig außer Betrieb gesetzt. Die schleunige Wiederinstandsetzung ist in Angriff genommen.

Das Freibad Müggelsee war am Sonntag wiederum von 20—25 000 Personen besucht. Bei dieser ungeheuren Besucherzahl sind leider wieder einige Unfälle vorgekommen, wovon der eine tödlich verlief. Gegen 5 Uhr nachmittags ertrank in der Nähe des Arbeiter-Samariter-Zeltes der 22jährige Schlosser Kurt Winter. Obgleich der Verunglückte nach kaum zehn Minuten gefunden wurde, blieben die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche ohne Erfolg. — Ein weiterer Unfall ereignete sich nachmittags um 2 Uhr. Bei einem Kopfsprung von der Hechtbrücke verunglückte der vierunddreißigjähre Mechaniker E. Loose aus Rixdorf so schwer, daß er sich eine Gehirnerschütterung zuzog. Der Unfall wurde sofort bemerkt und man brachte den Verunglückten besinnungslos nach dem Zelt der Arbeiter-Samariter-Kolonne, wo ihm die erste Hilfe zuteil wurde. — Am Montagmittag ertrank in der Nähe des Eisschuppens vor den Augen seiner Frau der Postassistent Gustav Mating aus Friedrichshagen. Der Matrose Klingert, welcher sich auf Urlaub befindet, eilte dem Hilferufenden sofort nach. Leider gelang es ihm nur, den Verunglückten als Leiche ans Land zu bringen. Sofort angestellte Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg.

Von Paris hierher ausgeliefert wurde der „Direktor" Karl Kubiak, der nach großen Kautionsschwindeleien am 24. Februar d. J. aus Berlin verschwand. Kubiak, der früher Bureauvorsteher war, gründete zu Anfang v. J. Kaiserstr. 11/12 eine „Gesellschaft für die Interessen der Haus- und Grundbesitzer Groß-Berlins m. b. H.", zu deren Direktor er sich machte. Aufgabe seiner Gesellschaft sollte die Hypothekenvermittelung und der Hausverkauf sein. Der Herr Direktor beschränkte sich aber darauf, Recherchenren, die er anstellte, Bürgschaften von 1500—3000 M. abzunehmen und für sich zu verbrauchen. Er legte das Geld bei einer Großbank so an, daß er es jederzeit allein abheben konnte. Als er am 24. Februar verreist war, und die jetzt mißtrauisch gewordenen Angestellten sich an die Kriminalpolizei wandten, fand diese auf der Bank von den eingezahlten 20 000 M. nur noch 17,75 M. Die Verlustträger sind meist ehemalige kleine Beamte, die ihre Ersparnisse in den Bürgschaften anlegten, um zu ihrem mäßigen Ruhegehalt noch etwas hinzu zu verdienen.

Der Mordversuch eines Geisteskranken, der sich dann selbst durch eine Kugel in den Kopf tötete, rief gestern in frühester Morgenstunde in der Dresdener Straße ungeheuere Aufregung hervor. Der 40 Jahre alte ehemalige Straßenbahnschaffner Anton Zientarski überfiel in einem Anfall von Tobsucht seine schlafende Frau und gab auf sie mehrere Schüsse ab, um sie zu töten. Eine Kugel drang der Frau in den Kopf. Darauf schoß er sich selbst eine Kugel in die Schläfe. Die Leiche des Mannes wurde nach dem Schauhause gebracht.

Das Zientarskische Ehepaar leitet in dem Hause Dresdener Straße 106 eine Filiale eines Spirituosengeschäfts. Der Ehemann war lange Zeit bei der Straßenbahn als Schaffner tätig, mußte diese Stellung aber vor einigen Monaten wegen eines unheilbaren Gehirnleidens aufgeben und half seiner Frau im Geschäft. Da er zu den „ungefährlichen" Geisteskranken zählt, so wurde den wiederholten Anträgen der Ehefrau auf Unterbringung in einer Anstalt keine Folge gegeben. Zientarski wußte, daß seine Frau ihn in einer Anstalt unterbringen wollte, und dagegen sträubte er sich mit Gewalt, obwohl er sich über seinen Zustand völlig klar war. Er äußerte wiederholt, daß er eher seine Frau töten würde, als sich von ihr und dem Kinde, einem sieben Jahre alten Knaben, zu trennen. Er soll auch, wie Bekannte der Familie erzählen, verschiedentlich Vorbereitungen für einen Mordversuch getroffen haben. Stets konnte sein Vorhaben aber vereitelt werden. Gestern früh schritt er zur Ausführung eines in den letzten Tagen vorbereiteten Planes. Er hatte sich einen Revolver gekauft, um damit seine Frau und sich zu töten. Während sie schlief, stand er heimlich auf, holte die Waffe hervor und richtete sie auf die Frau. Kurz nach einander gab er mehrere Schüsse auf sie ab. Durch eine Kugel, die der Frau unterhalb der linken Schläfe in den Kopf gedrungen war, wurde sie anscheinend schwer verletzt. Auf ihre gellenden Hilferufe eilten Hausbewohner herbei. Zientarski flüchtete vor diesen in ein Hinterzimmer und schoß sich hier dann eine Kugel in den Kopf. Man holte einen Arzt aus der Unfallstation in der Kommandantenstraße herbei, der der Frau die erste Hilfe leistete und ihre Ueberführung nach dem Krankenhause anordnete. Bei dem Manne konnte er nur noch den bereits eingetretenen Tod feststellen. Die Verletzung der 38 Jahre alten Frau erwies sich im Krankenhause glücklicherweise als nicht lebensgefährlich, so daß sie bald nach ihrer Behausung gebracht werden konnte.

Am Hitzschlag gestorben ist vorgestern nachmittag der 44 Jahre alte, aus Breslau gebürtige Arbeiter Paul Weiß, der früher in der Küstriner Straße 22 wohnte. Er brach um drei Uhr am Verbindungskanal in der Nähe der Straße 8 plötzlich zusammen und verschied auf der Stelle. — Festgestellt ist jetzt die Frau, die vorgestern in einem Straßenbahnwagen erkrankte und im Kinderkrankenhause in der Reinickendorfer Straße am Hitzschlage starb. Es ist die 60 Jahre alte Witwe des Töpfermeisters Bothe, Marie geb. Lietsche, aus der Ruheplatzstraße 16.

Eine traurige Aufklärung hat das Verschwinden des 18 Jahre alten Dienstmädchens Luise Goldmann gefunden, das bei einem Milchhändler in der Greifswalder Straße 216 in Stellung war und seit Sonntag vor acht Tagen vermißt wurde. Das Mädchen hatte ein Verhältnis mit einem jungen Manne, der nichts mehr von ihr wissen wollte, als sich die Folgen des Verkehrs bemerkbar machten. In der Verzweiflung griff sie zu einem unerlaubten Mittel, um die Folgen zu beseitigen. Jetzt aber plagte sie die Furcht vor Entdeckung und Strafe; am Sonntag vor acht Tagen entfernte sie sich, durch ihren Liebesgram ohnehin schwer bedrückt, heimlich aus der Wohnung und kehrte nicht wieder zurück. Wie nachträglich ermittelt wurde, suchte sie am Montag noch einmal ihren Geliebten auf, um ihn wieder für sich zu gewinnen, aber auch jetzt wurde sie verschmäht. Seitdem hörte man nichts mehr von ihr, bis jetzt ihr Dienstherr in einer Leiche, die am Bellevue-Ufer aus der Spree gelandet wurde, die Vermißte wieder erkannte.

Dringend zu warnen ist vor zwei unbekannten Schwindlern, die harmlose Kinder auf der Straße ausbeuten, indem sie die Knaben oder Mädchen, die von ihren Eltern mit irgend welchen Waren auf Botengänge ausgeschickt werden, zu einer Besorgung annehmen und ihnen unterdessen mit den Waren, die sie angeblich in Verwahrung nehmen, verschwinden. Es handelt sich immer um solche Kinder, die durch Botengänge ihre armen Eltern unterstützen wollen. Im Osten, Nordosten, Zentrum, Norden und Süden der Stadt tritt so schon seit einiger Zeit ein junger Mann von etwa 28 Jahren auf, der es besonders auf Laufjungen abgesehen hat und jeden Tag mehr als ein Opfer findet. Er schickt die Knaben mit einem Zettel in ein Haus hinein und beauftragt sie, bei „Schulze, Müller, Schmidt usw." 3 Mark einzuziehen. Während die Knaben vergeblich suchen, geht er mit ihren Waren davon. Der Kerl hat starkes dunkelblondes Haar und ein gebräuntes Gesicht. Er trägt einen braunen Jackettanzug und eine Schirmmütze oder Strohhut. Im Stadtviertel des Gesundbrunnens betreibt denselben Schwindel ein 18 bis 20 Jahre altes Frauenzimmer, das Mädchen, die von Eltern in der Not vielleicht mit der letzten Wertsache zum Pfandleiher geschickt werden, nachstellt. Die Gaunerin hat dunkelblondes hochgekämmtes Haar und trägt eine weiße Bluse, einen schwarzen Faltenrock und einen Strohhut oder keine Kopfbedeckung. Sie tritt auch auf dem Wedding auf. Kriminalbeamte haben sich schon alle erdenkliche Mühe gegeben, der beiden habhaft zu werden, indem sie mit den ausgeplünderten Kindern ganze Straßenzüge abgingen und beobachteten, es ist ihnen aber noch nicht gelungen. Den Eltern kann nicht dringend genug geraten werden, ihren Kindern immer wieder einzuschärfen, daß sie sich mit fremden Menschen in keiner Weise einlassen sollen.

Ein folgenschwerer Automobilunfall, bei dem drei Personen verletzt wurden, hat sich in der letzten Nacht gegen 1½ Uhr auf der Chaussee von Köpenick nach Berlin abgespielt. Ein Berliner Droschken-

chauffeur hatte gestern nachmittag mit seinem Freunde, dessen Frau und Sohn eine Spritztour nach Königs-Wusterhausen gemacht. Auf der Rückfahrt verlor der Chauffeur hinter Köpenick die Herrschaft über sein Fahrzeug und das Automobil rannte mit etwa 50 Kilometer Geschwindigkeit gegen einen Chausseestein. Das rechte Vorderrad des Wagens wurde bei dem starken Anprall weggerissen und die Insassen der Droschke flogen im Bogen auf die Chaussee. Dabei erlitt Frau Z. einen Bruch des Nasenbeins sowie mehrere Kopfwunden und ihr neunjähriger Sohn trug außer einigen Schrammen eine ziemlich tiefe Wunde an der Stirn davon. Der Freund selbst zog sich einige schmerzhafte Kontusionen am Kopf und an der rechten Schulter zu. Der Chauffeur blieb unverletzt. Die Verunglückten begaben sich nach Köpenick zurück, von wo sie in einem anderen Automobil nach Berlin geschafft wurden. Auf der Unfallstation in der Warschauer Straße erhielten die Verletzten die erste Hilfe. Der Kraftwagen war so schwer beschädigt, daß er durch ein anderes Automobil nach Berlin zurücktransportiert werden mußte.

Große Entrüstung rief am Mittwochabend unter den Fahrgästen eines Stadtbahnzuges das Verhalten von Bahnbeamten gegenüber einem im Zuge plötzlich Erkrankten hervor. In einem Wagen eines Eisenbahnzuges war kurz vor der Station Bellevue ein Mann unter krankhaften Zuckungen bewußtlos zusammengesunken. Von den Mitfahrenden wurde auf der Station Bellevue den Beamten von dem Vorfall Mitteilung gemacht mit dem Ersuchen, für den Erkrankten zu sorgen. Die Beamten weigerten sich jedoch und erklärten, daß der Kranke bis Station Lehrter Bahnhof mitfahren müsse, wo er aus dem Zuge geschafft werden würde. Wie es den Anschein hat, ist vom Bahnhof Bellevue aus der Vorfall nicht nach der nächsten Station weiter gemeldet worden; denn auf der Station Lehrter Bahnhof mußten erst wieder die Fahrgäste die amtierenden Beamten auf den Erkrankten aufmerksam machen. Doch auch hier zeigten die Beamten wenig Neigung, sich des kranken Mannes anzunehmen, und weigerten sich ebenfalls, ihn aus dem Zuge herauszuschaffen. Erst als unter den Mitfahrenden die Entrüstung über die mangelhafte Fürsorge sich in energischen Worten Luft machte, nahmen sich die Bahnbeamten des plötzlich Erkrankten an.

Nach der uns zugegangenen Darstellung ist es von den Beamten geradezu unverantwortlich, dem Erkrankten nicht sofort Hilfe angedeihen zu lassen. Hilfe ist einem plötzlich Erkrankten sofort notwendig; man schickt ihn nicht erst von einer Station zur anderen.

Leichenfund. Auf Teltower Gebiet ist gestern mittag um 12 Uhr von Arbeitern, die die Zehlendorfer Brücke passierten, die im Wasser treibende Leiche eines Mädchens aufgefunden und geborgen worden, die nach genauerer Feststellung als die Dienstmagd Martha Räther rekognosziert wurde, die bei dem Landwirt und Rentner Haupt in Schönow bei Zehlendorf, Kreis Teltow, im Dienst stand. Das Mädchen wies Verletzungen auf, und es wird angenommen, daß es das Opfer eines Verbrechens geworden ist. Der Bräutigam des Mädchens soll übrigens verschwunden sein.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Die Rixdorfer Feuerwehr hatte am Mittwoch vormittag einen größeren Brand in der Richardstr. 112 zu löschen, der dort in den Stallungen ausgekommen war und an den Futtervorräten schnell reiche Nahrung gefunden hatte. Als die Wehr erschien, standen die Hofgebäude schon in Flammen. Durch kräftiges Wassergeben mit mehreren Schlauchleitungen gelang es aber eine weitere Ausdehnung zu verhüten. Die Entstehung war nicht mehr zu ermitteln. Pferde befanden sich zum Glück beim Ausbruch des Brandes nicht mehr in den Stallungen.

Rixdorf gegen den Militärfiskus. Der Rixdorfer Magistrat erließ soeben einen Aufruf an die Einwohnerschaft der Stadt, in dem er sich gegen den Fiskus scharf wendet und der lautet:

Die Stadtteile Rixdorfs westlich der Hermannstraße, sowie ein großer Teil des Gebietes zwischen der Berliner und Bergstraße entbehren seit langer Zeit der direkten Verbindung nach dem Halleschen Tor und den dahinter liegenden Teilen Berlins. Es war nicht immer so, vielmehr liefen in früheren Jahren mehrere Wege über die Hasenheide, welche diese direkte Verbindung darstellten. Die Wege wurden außerordentlich stark benutzt, und es bestand damals nicht der geringste Zweifel, daß sie öffentliche Verkehrswege seien. Für den Verkehr waren diese Wege von höchster Bedeutung. Nichtsdestoweniger sind sie seitens des Militärfiskus unter Außerachtlassung der gesetzlichen Bestimmungen eingezogen worden. Diese Einziehung hat der Einwohnerschaft der Stadt Rixdorf einen unberechenbaren Schaden gebracht, indem die natürliche Verbindung großer Teile des Stadtgebietes mit Berlin dadurch mit einem Schlage aufgehoben wurde. Der Magistrat der Stadt Rixdorf hat nun versucht, im Wege einer gütlichen Auseinandersetzung den Militärfiskus zu veranlassen, die Wiederanlage wenigstens eines dieser Verkehrswege als Straße zu genehmigen. Trotz des früher bei der Eingemeindung der Hasenheide in Rixdorf geübten Entgegenkommens der Stadt dem Militärfiskus gegenüber hat dieser das Ansinnen des Magistrats zurückgewiesen. Die Stadt Rixdorf wird daher nunmehr im Prozeßwege ihre Rechte geltend machen. Deshalb ersucht der Magistrat alle Mitbürger, die über die öffentliche Benutzung der genannten Wege Näheres wissen, in den Bureaus des Oberbürgermeisters der Stadt Rixdorf ihre Angaben zu machen. Besonders wertvoll erscheint die Vorlage alter Karten.

„Bildungszirkel für Arbeiter". In Rixdorf hat ein Herr Paul Henkel im Hause Niemetzstraße 13 eine Kolportage-Buchhandlung eröffnet, die er durch Reklamezettel empfiehlt. Er erbietet sich zur Lieferung von Zeitschriften und Lieferungswerken, besonders von solchen, die für den Selbstunterricht bestimmt sind und populärwissenschaftlichen Inhalt haben. Auf den Zetteln steht unter seiner Firma der sonderbare Zusatz: „Geschäftsstelle der Bildungszirkel für Arbeiter". Ein Zettel dieser Art wird uns überreicht von einem Genossen, der dem Bildungsausschuß der Rixdorfer Arbeiterschaft angehört. Der Zettel ist ihm ins Haus gebracht worden zusammen mit einem Probeheft eines „Familienblattes", dessen Inhalt an die schönsten Hintertreppenromane erinnert. Unser Genosse ist der Meinung, daß der Ausdruck „Geschäftsstelle der Bildungszirkel für Arbeiter" geeignet sei, in Arbeiterfamilien irreführend zu wirken. Er bittet uns, öffentlich festzustellen, daß der Bildungsausschuß der Rixdorfer Arbeiterschaft in keinerlei Verbindung mit dem Henkelschen Unternehmen steht. Weiß einer Näheres über Herrn Henkels „Bildungszirkel für Arbeiter"?

Ein Gartenfest der arbeitenden Jugend veranstaltet am Sonntag, den 13. August, der Jugend-Ausschuß der Arbeiterschaft Rixdorfs im Gesellschaftshaus Felich, Kniesebeckstr. 48/49. Festrede, Männerchöre, Konzert, turnerische Aufführungen, Theater, lebende Bilder und ein kleines Tanzkränzchen bilden das Programm des Festes, dessen Besuch allen Freunden der Jugend nur dringend empfohlen werden kann. Eintrittskarten für Jugendliche (bis zu 18 Jahren) 20 Pf., für Erwachsene 30 Pf., sind allabendlich von 7 bis 9½ Uhr im Jugendheim, Idealpassage 8, zu haben.

Charlottenburg.

Elternverein für freie Erziehung. Sonntag, den 13. August, findet ein Familienausflug nach dem Grunewald statt. Treffpunkt 1½ Uhr nachmittag auf dem Reichskanzlerplatz. Abmarsch pünktlich 2 Uhr. Kaffeepause in Schillers Waldhaus (Inhaber Schober).

Lichtenberg.

Der Gesangverein „Männerchor Ost" (M. d. A.-S.-B.) veranstaltet am Sonntag, den 13. August, in Neumanns Volksgarten (früher Menie) in Lichtenberg, Röderstr. 28/29, ein Sommerfest. Dasselbe besteht aus Vokal- und Instrumentalkonzert, Spezialitätenvorstellung, Preiskegeln, Tanz und Kinderbelustigungen.

Pankow.

Erste Hilfe bei Unfällen oder Erkrankungen konnte man in Pankow bisher auch zur Nachtzeit in der Sanitätsstube erhalten, die hier im Rathaus bei der Polizeiwache eingerichtet ist. Nach einer Uebereinkunft mit der Gemeinde wurde in der Sanitätsstube der Nachtdienst von Mitgliedern der „Sanitätskolonne vom Roten Kreuz" übernommen, die gegen eine Vergütung von 1 M. pro Nacht sich bereit hielten, um einem Hilfesuchenden entweder selber die erste Hilfe zu leisten oder ihm die Hilfe eines Arztes zu beschaffen. Ein hiesiger Einwohner, der von dieser Einrichtung gehört hatte, wollte kürzlich in einer Nacht die Sanitätsstube in Anspruch nehmen, weil sich bei ihm an den Händen und Armen plötzliche Anschwellungen gezeigt hatten, die er auf Stiche giftiger Fliegen zurückführen zu sollen meinte. Als er gegen 1 Uhr nachts mit einem Begleiter die Polizeiwache aufsuchte und sein Anliegen vortrug, wollte der anwesende Polizeibeamte ihn bereitwilligst zu der Sanitätsstube führen, in die man durch die Polizeiwache gelangt. Es ergab sich aber, daß die Sanitätsstube geschlossen war, und alles Anklopfen blieb erfolglos. Ein zweiter Polizeibeamter, der hinzukam, gab dann die Aufklärung, daß ja schon seit längerer Zeit die Sanitätsstube nicht mehr bei Nacht besetzt werde. In der Tat ist der Nachtdienst der Sanitätsstube vor mehreren Wochen eingestellt worden, sodaß jetzt hier in der Nacht keine erste Hilfe mehr zu haben ist. Gegenüber diesem unhaltbaren Zustand scheint uns eine schleunigste Aenderung dringend erforderlich.

Weißensee.

Die Errichtung des Ledigenheims wird in gewissen Kreisen immer noch schwer empfunden und Leute, die mit dem Ort nicht das geringste gemein haben, werden veranlaßt, Artikel zur Verunglimpfung des Ledigenheims in Berliner Zeitungen zu lancieren. So schreibt ein Herr aus dem Südosten Berlins in dem unabhängigen „Lokalanzeiger", daß die Gemeinde Weißensee 210 000 M. bewilligt habe, worüber der ehrliche Sozialpolitiker nur verwundert den Kopf schütteln müsse. Aus abertausenden Bürgern greife man eine kleine Gruppe von 34 Jünglingen und 15 Jungfrauen heraus und für diese baue man ein komfortables Heim, was jährlich 10 500 M. Zinsen erfordere, während nur 7500 M. an Miete einkämen. Hierfür hätte man ein Heim für alte erwerbsunfähige Ehepaare bauen sollen. Das letztere ist ein ebenso guter Vorschlag und unsere Genossen wären die ersten, die mit ihm einverstanden sind. Aber wir kennen unsere Pappenheimer, die in Sünden ergraut sind. Wenns zur Verwirklichung kommen soll, dann versage ihr „soziales Gefühl"! Wenn der Berliner Herr nun schon eine Rechnung aufmacht, so soll er sich doch besser informieren lassen, denn außer dem Ledigenheim werden in dem Gebäude noch Geschäftsläden und Räume für die Ortskrankenkasse untergebracht, so daß die Verzinsung vollauf gedeckt ist. Mit ganz besonderem Behagen druckt das Grundbesitzer-G. m. b. H.-Organ den „Meinungserguß des Berliner Herrn ab, aber ihren Lesern wird die Wirklichkeit der Verzinsung absichtlich vorenthalten. Es ist doch nicht anzunehmen, daß der Redakteur, der den Verhandlungen im Gemeindeparlament beigewohnt hat, wie sein Organ seit einiger Zeit mit „verkleinertem Kopf" erscheint.

Reinickendorf-West.

Gesangliche Veranstaltung. Sonnabend, den 12. August, veranstaltet der Gesangverein „Einigkeit" (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes) in Hartmann's Brauerei, Scharnweberstr. 101/104, ein Sommernachtsvergnügen. Im Garten Auftreten der Norddeutschen Sänger. Billet 25 Pf. Da der Verein sich bei allen Parteiangelegenheiten zur Verfügung stellt, werden die Genossen sowie Genossinnen ersucht, sich an dem Fest zu beteiligen.

Französisch-Buchholz.

In der Generalversammlung gab der Bezirksleiter Genosse Neumann den Jahresbericht. Es haben demnach im vergangenen Jahre stattgefunden: 3 General-, 9 Mitglieder- und 2 öffentliche Versammlungen. Frauenleseabende fanden nur 4 statt. Der Mitgliederbestand ist durch Streichung oder Verzug nach Berlin von 172 auf 153 zurückgegangen. Es sind verzogen und gestrichen 47. Zugezogen und aufgenommen nur 28, so daß die Mitgliederliste um 19 zurückgegangen ist.

Der Kassenbericht weist eine Einnahme von 967,56 M. auf, dem eine Ausgabe von 783,33 M. gegenübersteht. An die Kreiskasse wurden abgeführt 461,49 M. Die Wahl der Bezirksleitung gab folgendes Ergebnis: 1. Bezirksleiter Risch, 2. Bezirksleiter Ritter, Kassierer Gustav Schmidt, Schriftführer Dumtzlaff, Lokalkommissionsmitglied Otto Grün, Revisoren Basche, Radloff, Dechert; Bezirksführer: 1. Bezirk Hainke, 2. Luckow, 3. Voigt, 4. Müller und für Blankenburg Terke.

Zehlendorf (Wannseebahn).

Das Rittergut Düppel zwischen Zehlendorf, Nikolassee und Klein-Machnow ist vom Militärfiskus angekauft worden. Der Militärfiskus braucht das zirka 800 Morgen große Grundstück zur Anlegung von Kasernen und anderen Bauten.

Teltow.

In die Dreschmaschine geraten ist beim Ackerbürger Erdmann eine Frau Heinicke; sie mußte erheblich verletzt mit einem Krankenwagen fortgebracht werden.

Im gesperrten Schützenhause wird vom 12. bis 14. August von der Schützengilde ein Einweihungsfest veranstaltet. Da das Schützenhaus der Arbeiterschaft für ihre ernsten Angelegenheiten verschlossen ist, wird hoffentlich jeder aufgeklärte Arbeiter die Veranstaltung meiden. Die hiesige Arbeiterschaft feiert am 13. August in der Plantage Ellieston ein Kinderfreudenfest, um gegen den Schützenrummel zu demonstrieren.

Jugendveranstaltungen.

Lichtenberg-Rummelsburg. Am Sonnabend, den 12. d. M., veranstaltet der Jugendausschuß eine Nachtpartie nach den Müggelbergen. Treffpunkt für Lichtenberg-Friedrichsfelde im Jugendheim, Bürgerheimstr. 94; für Rummelsburg-Stralau ebenfalls im Jugendheim, Alt-Boxhagen 56. Abmarsch Punkt 9 Uhr abends. Fahrgeld 30 Pf.

Versammlungen.

Zentralverband der Töpfer. In der am Freitag abgehaltenen Generalversammlung erstattete der Vorsitzende Segave den Geschäftsbericht für das zweite Quartal. Unter anderem führte der Redner an, daß eine Agitation unter den „Wilden" betrieben worden ist, die zwar wenig Erfolg hatte, aber doch sicheren Aufschluß über die Zahl der „Wilden" gegeben hat, die bisher immer bedeutend übertrieben wurde. Eine genaue Kontrolle hat ergeben, daß 129 „Wilde" auf den Bauten ermittelt wurden. Hiernach kann ihre Zahl im ganzen höchstens 200 betragen. Weiter teilte der Redner mit, daß 152 Streitfälle auf Bauten zu erledigen waren, daß sechs Sperren verhängt und sechs Sperren aufgehoben und daß mit vier Firmen Tarife abgeschlossen wurden. Die Statistik des Arbeitsnachweises ergibt, daß gegenwärtig 25 Arbeitslose vorhanden sind, während die Zahl der Arbeitslosen in der gleichen Zeit des Vorjahres 300 betrug. Der gegenwärtige günstigere Stand des Arbeitsmarktes ist darauf zurückzuführen, daß außerhalb, namentlich in Sachsen, reichlich Arbeitsgelegenheit vorhanden ist und viele Berliner Töpfer dort Arbeit genommen haben. — Die vom Kassierer Bombammel erstattete Abrechnung zeigt für die Lokalkasse eine Einnahme von 9437,34 M., eine Ausgabe von 7974,99 M., einen Bestand von 1462,35 M. Für Unterstützungszwecke wurden 2927 M. ausgegeben. Die Mitgliederzahl stieg im Laufe des Quartals von 2147 auf 2206.

Nachdem die Versammlung den Bericht entgegengenommen hatte, bewilligte sie auf Antrag des Vorstandes den ausgesperrten Kollegen in Schweden 2000 M. aus der Lokalkasse.

Hierauf erstatteten die Delegierten der heiztechnischen Konferenz in Dresden Bericht. Es handelt sich bei dieser Angelegenheit ausschließlich um fachtechnische Fragen, besonders um die Vervollkommnung des Kachelofens, um ihm die Konkurrenz mit der Zentralheizung zu erleichtern.

Gemäß dem Beschluß einer früheren Versammlung hat eine Urabstimmung stattgefunden über die Frage, ob im Prinzip die Errichtung eines obligatorischen paritätischen Arbeitsnachweises angestrebt werden soll. In der Urabstimmung sind von 1591 Abstimmenden 1094 Stimmen für den paritätischen Arbeitsnachweis abgegeben worden. Der Vorstand wird nun die weiteren Schritte tun, welche in Konsequenz des Abstimmungsergebnisses erforderlich sind.

Die Kino-Operateure, soweit sie dem Deutschen Metallarbeiterverbande angeschlossen sind, hielten in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag eine öffentliche Versammlung ab.

Larisch, als erster Redner, knüpfte an eine Stelle aus dem verlesenen Protokoll an, wo der Ausspruch eines Kinounternehmers wiedergegeben ist, der in einer vorhergegangenen Versammlung den Deutschen Metallarbeiterverband als die einzig richtige Organisation für die Kinoangestellten bezeichnete und zum Beitritt aufforderte. Das sei, von einem Unternehmer gesprochen, bemerkenswert und erfordere dringend, daß die Angestellten auch danach handelten. Redner warnte noch vor der Eigenbrödelei und zeigte sehr wirksam, daß die bestehenden Vereinchen die Lage der Kinoangestellten nicht beeinflussen können, daß nur eine geschlossene, fest fundierte Gewerkschaft erfolgreich für deren Interessen eintreten kann. Es wäre dringend erforderlich, daß die „Loge" und „Freie Vereinigung" sich dem Deutschen Metallarbeiterverbande anschlössen, da sie allein doch nichts ausrichten könnten. Die Zersplitterung müsse aufhören und die trennenden Momente sachlich ausgefochten werden. Der genannte Arbeitgeber, der wiederum anwesend war und der selbst, wie er erklärte, aus der modernen Arbeiterschaft hervorgegangen ist, nahm auch diesmal das Wort und betonte, daß, je eher je besser, die bestehenden Vereine sich dem Deutschen Metallarbeiterverbande anschließen sollten.

Ein anwesender Angestellter, der kürzlich dem Metallarbeiterverbande beigetreten ist, erzählte, daß der Vorsitzende der „Freien Vereinigung" sofort sich an den Chef des Betreffenden wandte, um ihm diese Tatsache mitzuteilen, damit der Denunzierte entlassen werden sollte, was jedoch nicht glückte.

Ein Redner warnte vor einem gewissen Behrend, der die Ausbildung von Vorführern sozusagen fabrikmäßig gegen Entgelt von 30 Mk. betreibe und gleichzeitig eine Schankwirtschaft besitze, in der Geld zu verzehren die Stellungsuchenden quasi gezwungen sind.

Zum Schlusse wies Larisch noch darauf hin, daß weder die „Freie Vereinigung", noch die „Loge", selbst wenn sie wollten, etwas durchsetzen könnten. Nur die Organisation, hinter der das Arbeiterpublikum stehe, könne etwas für das Kinopersonal erreichen und das sei der Deutsche Metallarbeiterverband.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde". Wanderfahrten am Sonntag, den 13. August 1911. Bundes-Wanderfahrt zum Gorinsee. 1. Birkenwerder-Damsmühle-Gorinsee. Abfahrt Stettiner Vorortbahnhof 6,45 Uhr vormittags. 2. Hermsdorf-Kindel-Gorinsee. Abfahrt Stettiner Vorort-Bahnhof 7,08 Uhr vormittags. 3. Pankow-Franz. Buchholz-Gorinsee. Treffpunkt Pankower Kirche 7 Uhr vormittags. 4. Zepernick-Schönbrück-Gorinsee. Abfahrt Stettiner Vorortbahnhof 1,30 nachmittags. Gäste willkommen.

Aus aller Welt.

Kesselexplosion auf einem Rheindampfer.

An Bord des Dampfers „Gutenberg" der Rheinischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft Köln-Düsseldorf, der außer Stückgütern fünfzehn Passagiere an Bord hatte, ereignete sich Mittwoch früh, nach einem Telegramm aus Rotterdam, eine Kesselexplosion, die auf dem Fahrzeug großen Schaden anrichtete. Der Schornstein wurde hoch in die Luft geschleudert; das ganze Oberdeck, der Radkasten, die Küche und Kajüten sind zerstört. Der Kessel wurde auf den Kai geworfen und seine Außenwand hundert Meter weit weggeschleudert; teilweise schlugen die Bruchstücke durch die Bedachung einer nahegelegenen Druckerei. Durch den Luftdruck wurden sämtliche Fensterscheiben der Umgebung zerstört.

•

Die Gesellschaft gibt nachstehende

Liste der Toten und Verletzten

bekannt: Getötet Steuermann Pollmann-Bingen, Leichtmatrose Lehr-Bacherach und Heizer Glosseit-Warruß (Kreis Heydekrug); vermißt Heizer Keil-Heppenheim; verletzt Kapitän Seip, erster Maschinist Müller, Monteur Exel, Kellner Rode, Restaurateur Nordhorn, Matrose Wolz sowie von den Passagieren zwei Frauen aus Rotterdam.

•

Die Leiche des Heizers Glosseit ist geborgen, die des Heizers Keil befindet sich bisher noch im Schiff. Ueber die Ursachen der Katastrophe ist nichts Gewisses bekannt; es wird die Vermutung geäußert, daß die Wassermenge in dem explodierten Kessel zu gering gewesen sei, wodurch dieser teilweise glühend wurde, so daß eine unvorsichtige Beifüllung die Explosion herbeiführte. Man weiß nicht, wie viel von den Passagieren sich an Bord befanden; eine im Krankenhause liegende Frau erklärte, daß ihre Tochter mit einem vierjährigen Kinde an Bord gewesen sei. Bis jetzt sind zehn Verwundete festgestellt, von denen der zweite Maschinist schwer verletzt ist.

Großfeuer auf Helgoland.

Ein Großfeuer hat in der Nacht zum Mittwoch im Unterland von Helgoland gewütet. In der vierten Morgenstunde brach in der in der Windfadenallee gelegenen Villa Franziska Feuer aus, das sich bei der leichten Bauart der Häuser auf Helgoland mit Windesschnelle verbreitete und auf das benachbarte Logierhaus und die Konditorei von Heinrich Eilers sowie auf das Restaurant „Berliner Hof" übersprang. Die zahlreich anwesenden Sommergäste der Villa Franziska und des „Berliner Hofs" konnten nur mit Mühe geweckt und aus den brennenden Häusern herausgeholt werden; sie konnten aber nicht das Geringste von ihrer Habe retten und mußten sich in Nachtkleidern auf die Straße flüchten, um nur das nackte Leben den Flammen zu entreißen. Ein Hausdiener des Berliner Hofs verunglückte bei einem Sprung aus dem Fenster so schwer, daß er bald darauf starb; drei Bewohner erlitten teilweise schwere Brandwunden. Das Feuer, das zeitweise auf die gegenüberliegenden Häuser der engen Straßen überzuspringen drohte, konnte nach harten Bemühungen der Feuerwehr und vieler Einwohner um ½7 Uhr morgens gelöscht werden. Die drei Häuser sind vollständig heruntergebrannt.

Kleine Notizen.

Neuer Höhenrekord. Der Aviatiker Montalent hat gestern nachmittag auf dem Flugfelde von Brooklands den Höhenrekord mit einem Passagier geschlagen. Er erhob sich bei diesem sensationellen Fluge auf einem Zweidecker bis zu 2250 Meter und hat damit den Rekord der deutschen Aviatiker Schendel und Hirth, den diese im Juni dieses Jahres in Berlin aufstellten, geschlagen.

Abgestürzt. Oberleutnant Istrati, der auf dem Plateau von Cotroceni einen Aufstieg mit einem Bleriotapparat unternahm, stürzte aus einer Höhe von 40 Meter in die Tiefe und wurde schwer verletzt unter den Trümmern seines Apparates hervorgezogen. — Der Wiener Tourist Leopold Bergmann ist bei einer Bergpartie in Gefaule abgestürzt und tot aufgefunden worden.

Erschossen. Mittwoch nachmittag wurde auf den Schießständen des Oldenburger Schützenvereins während des Schützenfestes der Unteroffizier Peters, der als Schreiber tätig war, von einer Pistolenkugel getötet. Der Gastwirt Brand befand sich auf dem Nebenstand und war abberufen worden. Dabei legte er die Pistole auf eine Bank, wobei sich der Schuß entlud.

Schwere Explosion. Auf Zeche Schürbank bei Dortmund erlitten drei Bergleute bei einer Explosion schwere Verletzungen. Einer starb sofort.

Beraubung eines Postzuges. Nach einer amtlichen Meldung aus Budapest ist der Postwagen des zwischen Satoralja-Ujhely und Kaschau verkehrenden Personenzuges um 14 Geldbriefe, die 34000 Kronen enthielten, beraubt worden. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Folgenschwerer Brand. In der ungarischen Ortschaft Priekoya wütet ein großer Brand, dem auch die dortige Spiritusfabrik zum Opfer fiel. Die Magazine der Fabrik, in welchen sich große Spiritusvorräte befinden, sind stark gefährdet. Infolge des starken Windes gestalteten sich die Löscharbeiten sehr schwierig.

Verhaftung einer Mädchenhändlerbande. Aus Bukarest meldet ein Telegramm: Die hiesige Polizei verhaftete eine aus zwei Männern und zwei Frauen bestehende internationale Mädchenhändlerbande, die diesem Gewerbe bereits seit vielen Jahren nachging.

Autounfall. Nach einer Meldung aus Osnabrück ist das Automobil des Prinzen Heinrich, das von diesem selbst gesteuert wurde und in dessen Begleitung sich sein Adjutant Korvettenkapitän v. Usedom befand, von Holland kommend bei Cloppenburg gegen einen Baum gefahren. Der Chauffeur erlitt einen Schädelbruch, der Adjutant wurde leicht verletzt.

Leichenfledderer. Die Düsseldorfer Polizei hat eine neunköpfige Spitzbubenbande verhaftet, die in zahlreichen Fällen auf dem Hauptbahnhofe und in den städtischen Anlagen schlafende Personen beraubt hatte. Eine Menge Diebeshandwerkzeug wurde bei ihnen beschlagnahmt.

Selbstmord eines Pfaffen. In Görz hat der evangelische Pfarrer Franz Breitenauer sich aus unbekannter Ursache mit Lysol vergiftet.

Briefkasten der Redaktion.

In der Zeit von Montag, den 7. bis Freitag, den 11. August: Sprechstunde abends zwischen 7 und 9 Uhr.

Prozeß 1911. Es handelt sich offenbar um die Kosten der Gegenpartei, die Sie, trotz des Ihnen bewilligten Armenrechts, bezahlen müssen. Die Einziehung erfolgt, wenn Sie nicht freiwillig zahlen, durch den Gerichtsvollzieher. Es kann auch Lohn beschlagnahmt (alles über 28,85 M. wöchentlich). Falls die Zwangsvollstreckung fruchtlos, müssen Sie den Offenbarungseid leisten und können eventuell durch Haft dazu gezwungen werden. — **Schrader 100.** Ja, die Hälfte, wenn mindestens 200 Wochen Beiträge entrichtet sind und eine Rente bisher nicht bewilligt war. — **H. J. 28.** Sie müssen Ihrem Nachbar die erforderlichen Aufwendungen, welche er gemacht hat, erstatten. Darunter würde natürlich nur ein gewöhnliches Bauer zu verstehen sein, kein Luxusbauer. Wenn er den Vogel gefangen hat, hat er sich natürlich strafbar gemacht. — **B. B. 1880.** 1. Ist nicht verjährt. 2. Vormund muß schreiben: „Unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs bin ich" usw. Das Urteil bleibt bestehen. — **Erbschaft 500.** Nach Ihren Angaben sind Sie nicht alleiniger Erbe. Kommen Sie mal in die Sprechstunde. — **B. J. 8468.** 1. Sie brauchen nur den fünften Teil zu zahlen. 2. Auf Teilzahlungen braucht sich die Armendirektion nicht einzulassen. 3. Wegen der Verwandten kraft Gesetzes zu entrichtenden Unterhaltsbeiträgen ist für die Zeit nach Erhebung der Klage und für das diesem Zeitpunkt vorausgehende letzte Vierteljahr die Pfändung des Gehalts ohne Rücksicht auf den Betrag zulässig. Nicht pfändbar ist der Teil, den Sie zum notdürftigen Unterhalt für sich und Ihre Familie brauchen. Im übrigen kann der 125 M. monatlich überschießende Betrag gepfändet werden. — **A. S. 18.** Wenn Sie für das laufende Jahr den Stempel noch nicht bezahlt haben, müssen Sie ihn jetzt zahlen. — **Roderninski.** Ja, falls dies nicht vertraglich (Arbeitsordnung) ausgeschlossen ist. § 616 B. G.-B.

Marktpreise von Berlin am 8. August 1911. nach Ermittelung des Königlichen Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Kleinhandel.) 100 Kilogramm: Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße 30,00—50,00. Linsen 20,00—60,00. Kartoffeln 10,00—16,00. 1 Kilogramm: Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20 bis 1,70. Schweinefleisch 1,20—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,30. Hammelfleisch 1,50—2,30. Butter 2,20—2,80. 60 Stück Eier 3,00—5,00. 1 Kilogramm: Karpfen 1,40—2,40. Aale 1,60—3,20. Zander 1,60—3,60. Hechte 1,40 bis 2,80. Barsche 1,00—2,00. Schleie 1,40—3,50. Bleie 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 2,00—36,00.

Witterungsübersicht vom 9. August 1911.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 8° C. = 6° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 8° C. = 6° R.
Swinemde.	771	NNW	1	heiter	21	Haparanda	770	SW	2	heiter	18
Hamburg	771	OSO	2	wolkenl	22	Petersburg	767	Still	—	heiter	20
Berlin	770	O	1	wolkenl	21	Scilly	765	NW	3	wolkig	17
Frankf. a. M.	768	N	2	wolkenl	22	Aberdeen	764	S	3	Dunst	16
München	763	O	3	heiter	21	Paris	765	Still	—	wolkenl	21
Wien	767	NNW	3	wolkenl	21						

Wetterprognose für Donnerstag, den 10. August 1911.

Nachts kühler, am Tage wieder sehr warm und ziemlich heiter bei leichten südöstlichen Winden, später etwas stärkere Bewölkung, Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken. Berliner Wetterbureau.

Stiller

Gegr. 1867 Gegr. 1867

Grosser Saison-Ausverkauf

Der Verkauf findet nur in folgenden Geschäften statt. Zur Vermeidung von Verwechselungen achte man gefälligst genau auf Strassennamen und Hausnummern der **alten** Stiller-Firma!

Haupt-Geschäft: Jerusalemer Str. 38-39, am Dönhoffplatz

Potsdamer Strasse 2 ▫ Tauentzienstrasse 19a ▫ Königstrasse 25-26 ▫ Rosenthaler Strasse 5
Schöneberg, Hauptstrasse 146 ▫ Rixdorf, Bergstrasse 25-26 ▫ Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 45

Unsere alljährlichen Saison-Ausverkäufe haben einen grossen Ruf erworben, das beweist uns der von Jahr zu Jahr gewaltig vergrösserte Zuspruch. Viele unserer verehrten Kunden warten auf unseren Ausverkauf in der richtigen Erkenntnis der hervorragenden Qualität unserer Waren und der

auffallenden Billigkeit

Kein Kaufzwang! Auf jedem Paar ist der frühere Preis deutlich ersichtlich! Kein Umtausch!

Leinen-Stiefel
Leinen-Schuhe
Strand-Schuhe
:: Sandalen ::
Turn-Schuhe
Tennis-Schuhe
Haus-Schuhe

Grosse Posten mod. Herren- u. Damenstiefel
hauptsächlich braun

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
8.75	10.75	12.75	14.75
früh. 10.50	früher 12.50	früher 15.50	früher 18.00

Schnür-Schuhe
Molière-Schuhe
Spangen-Schuhe
:: Pumps ::
in braun und schwarz
Lack-Schuhe
:: Strümpfe ::

Grosse Posten Kinder-Stiefel zu beispiellos billigen Preisen

Preis-Ermässigungen bis zu 33 1/3 Proz.

Wegen Vielseitigkeit der Artikel-Auswahl ist es nicht möglich, die grossen Restbestände einzeln mit Preisen aufzuführen.

Um Besichtigung der Waren wird gebeten!

Preis-Ermässigungen bis zu 33 1/3 Proz.

Wegen des zu erwartenden Andranges bitten wir, möglichst auch vormittags einzukaufen.

Auswahl in Neuheiten von Salon-, Land- und Wasser-

FEUE

Spezialität: Sortimente von M. 0.75 bis M. 500 mit genauer Gebrauchsanweisung.

FEUERWERK

Spezialität: bengalische Flammen in jeder Preislage und Farbe.

WERK

Vereine, Lauben-Kolonisten, Gastwirte erhalten Engrospreise.

A. Klimitz, C. 2., Rathausstr. 1 (direkt hinter dem Rathaus). Teleph.: I, 6341. 5177L

Neuer Katalog 1911 gratis u. franko.

Vorzeiger dieser Annonce erhalten 5 Proz. Extrarabatt.

MANOLI
Cigarettes
Beliebte Specialmarken
Abbas Dandy
Gibson Girl

Die reellsten und billigsten
Möbel
und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassenpreisen und Zinsvergütung erhält man in der seit 33 Jahren bestehenden Möbelfabrik unter 10jähriger Garantie **A. Schulz,** Reichenberger Straße 5.
4808L*

Prachtvoller Blumen-Flor
wird erzielt durch Düngen mit echtem
Dr. Landmann's Blumen-Dünger.
Fachmännisch langjährig erprobt.
Paket 10 und 25 Pf. — Blechdose 25 und 50 Pf. ½-Kilo-Dose 1 M. — 2½-Kilo-Dose 3 M.
Nur echt in Original-Verpackung in allen einschlägigen Geschäften zu haben.
Dr. B. Landmann, Berlin-Pankow, Parkstr. 1 A.

Phänomen-Gold Feinste Cigarette **Stck. 2, 3, 4, 5 Pf.** Ueberall zu haben

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche (Farbenfehler) Gelegenheitskauf. Fabriklager Meierdoff, Nur Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Gegründet 1874. Vorwärtslesern 10 Prozent. Sonntags geöffnet.

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Flureingang.

Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. 2491R*

Radfahrerkarten. Wir empfehlen Rad- und Auto-Fahrern Straubes Karte 1200 Quadrat-Meilen um Berlin. 2 Teile a 1,50 Mark. Nördliche Hälfte der Provinz Brandenburg reicht bis Stettin-Ueckermünde, südliche Hälfte bis Halle-Leipzig-Dresden-Görlitz. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden).

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Naystoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1288R*

Federbetten. Stand 11,00, große 16,00, Wäsche, Gardinen, Portieren, Teppiche, Decken, spottbillig. Pfandleihhaus, Rüstrinerplatz 7. 2857R*

Der Ausverkauf des Herrmann Schlesingerschen Warenlagers fällt durch seine außerordentlich billigen Preise, welche fast die Hälfte des Wertes erreichen, ganz besonders auf. Vornehmlich in Anzügen und Paletots ist es ratsam, jetzt den Bedarf zu decken. Nur Turmstraße 38. *

Wasserschaden, durch Gewitterregen verursacht, hat großen Posten Teppiche, Steppdecken, Gardinen, Schlafdecken, Rouleaux usw. beschädigt. Diese Waren werden spottbillig ausverkauft. Teppich-Thomas, Rosenthalerstraße 54. 2064R*

Hermannplatz 6. Pfandleihhaus. Selbstverständlich bevorzugtester Wareneinkauf. Allerbilligste Jackettanzüge. Gehrockanzüge. Sommerpaletots. Herrenhosen. Riesenauswahl Bettdecken. Vermietungsbett. Laubenbetten. Wäscheauswahl. Gardinenauswahl. Teppichauswahl. Steppdecken. Plüschtischdecken. Goldsachen. Taschenuhren. Wanduhren. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. *

4,00 prachtvolle Betten, 7,00 daunigt Betten, 10,00 ganzer Stand, rotrosa Inlett, nur Oranien-Pfandleihe, Oranienstraße 23a. Fahrgeld vergütigt. *

3,25 Steppdecken, Prachtteppiche, Plüschtischdecken 6,00, Portieren 3,75, Bettbezüge, Bettlaken nur Oranien-Pfandleihe, Oranienstraße 23a. *

Billig, billig, billig! Monatsanzüge, wenig getragene Ulsterpaletots, Beinkleider, Fracks, Smokings kauft man nur bei Weingarten, Prinzenstraße 28 I, Echaus Ritterstraße, früher 20 Jahre Gitschinerstraße. *

Pommersche Betten! zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig, 15,00, große Laken 90 Pfennig, Damastbezüge 3,80, Steppdecken, Portieren, Teppiche, Gardinen, Damengarderobe Prinzenstraße 34. 2281R*

4,25 prachtvolles Bett, 10 Mark ganzer Stand, rotrosa gestreift. Prinzen-Pfandleihe, Prinzenstr. 34.

Brautbetten, ganzer Stand 27,00, nur in der billigen Pfandleihe Prinzenstraße 34. Fahrgeld wird vergütet.

Leihhaus Moritzplatz 58a! Moritzplatz 58a im Leihhaus kaufen Sie enorm billig, als: von Kavalieren getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9—18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damenjackets, Kostümen, Kleidern, Röcken, hochelegant, bedeutend unter Wert. Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Aussteuerwäsche, Betten, enorm billig, Moritzplatz 58a. 2841R*

Zehn Prozent Rabatt „Vorwärts"-lesern.

Teppiche. Farbenfehler, jetzt fabelhaft billig. Riesen-Fabriklager, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik; billiger wie überall. Vorwärtslesern noch extra 10 Prozent Rabatt. Sonntags geöffnet.

Gardinen, Fabrikreste, Fenster 1.65, 2.35, 2.85, 3.50, 4.50, 6.75 usw.

Totalausverkauf von angeschmutzten Gardinen, Stores, Bettdecken staunend billig. Große Frankfurterstraße 125.

Tuch- und Plüschportieren, Garnitur 3.85, 4.50, 5.25, 6.50, 8.25, 10.50. Fabriklager Große Frankfurterstraße 125.

Steppdecken billigst, Fabrik Große Frankfurterstraße 125.

Tuch- und Plüschdecken mit kleinen Fehlern zu Spottpreisen. Große Frankfurterstraße 125. Nur im Hause der Möbelfabrik.

Möbelstoff-Läufer, Linoleumreste, fabelhaft billig.

Sport- und Schlafdecken 1,25, 1,40, 1,85, 2,45, 2,85 usw. Große Frankfurterstraße 125 im Hause der Möbelfabrik. 3002R*

Taschenbuch für Gartenfreunde Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hesdörfer. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Zinkwaschfässer, Zuber, Sitzwannen, Badewannen. Spezialfabrik Reichenbergerstraße 47. Lesern 5 Proz.

Papageienauswahl. Sprecher und Anfänger. Restaurant Kommandantenstraße 52. 3013R*

Papageienhaus, Riesenauswahl. Sprechender 15, Liedersänger 48. Weberstraße 17. 111/6

Zwei Lauben, Brunnen, Sträucher billig. Pohlmann, Reichenbergerstraße 133. †10

Geschäftsverkäufe.

Tischlerei am Moritzplatz, sechs Bänke, Holzvorrat, Preis 500 Mark. Domke, Fürbringerstraße 20. 475

Sägenschärferei, Werkzeug-Schleiferei, Löterei, Reparaturwerkstatt, neueste Maschinen, elektrischer Betrieb, krankheitshalber billig. Eventuell Teilhaber, Fachmann, gesucht. Schihan, Neue Jakobstraße 18. 41b

Zigarrengeschäft äußerst günstig Marxstraße 20. †52

Milchgeschäft wegen zweier Geschäfte billig verkäuflich. Görlitzerstraße 62. †10

Möbel.

Küchenmöbel, Spezialfabrik, Neue Königstraße 32 (Alexanderplatz).

Küchenmöbel, Spezialfabrik, Neue Königstraße 32 (Alexanderplatz).

Küchenmöbel, Spezialfabrik, Neue Königstraße 32 (Alexanderplatz).

Brautleuten bildhübsche Nußbaumwirtschaft, Stube und Küche, spottbillig verkäuflich Waßmannstraße 13 I. *

Möbel-Gelegenheitskäufe in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnungseinrichtungen bedeutend billiger wie regulär. Ergänzungsmöbel. Büfette, Schreibtische 45, Sofas 45, Garnituren 65, Trumeaus 37, Schränke, Bettkos 27, Kronen, Teppiche, Bilder, Küchenmöbel, Klubsessel, Ledersofas, Umbaue, Lederstühle usw. spottbillig. Lennerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55, Rosenthaler-Tor. Die Möbel sind in vier Etagen aufgestellt. 2962R*

Gneisenaustr. 10, Ecke Nostizstr. S. Grau, bekannt als beste Bezugsquelle. Kasse und Teilzahlung. *

17 Herrenzimmer, 24 Speisezimmer, 43 Schlafzimmer, in allen Holz- und Stilarten, 38 komplette farbige Küchen, zu Fabrikpreisen direkt an Private. Skalitzerstraße 25, an der Hochbahn.

Möbel-Lochner, Fabrik von Polsterwaren, Brunnenstraße 7, am Rosenthaler Tor, Wohnungseinrichtungen auf Kredit und gegen bar. Riesen-Auswahl. Stube und Küche Anzahlung von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Hervorragend schöne Muster in bunten Küchen. Wochen-, Monats- oder vierteljährliche Raten nach Uebereinkunft. Liefere auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Kunden, die ihr Konto beglichen haben, erhalten einzelne Möbelstücke ohne Anzahlung. Sonntags geöffnet.

Möbel ohne Geld! Bei ganz kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

Möbel-Räumungsverkauf. Möbelfabrik Gneisenaustraße 15, nahe dem Halleschen Tore, seit 1880 bestehend, verkauft nur kurze Zeit wegen Ueberfüllung der Lagerräume zurückgesetzte und verliehen gewesene Möbel bedeutend unterm Preis. Spezialität kleine, neue Einrichtungen von 130 Mark an. Teilzahlung gestattet. Einzelne Möbel, Kleiderspind 20,—, Bettko 16,—, Bettstellen mit Matratzen 12,—, Schreibtische mit Aufsatz 38,—, Bücherschränke 55,—, Ausziehtische 18,—, Speisetische 5,—, Büfette 100,—, moderne Umbauten 50,—. Komplette farbige Küchen von 45,— an. Polstermöbel aus eigener Fabrik spottbillig. Schlafsofa 35,—, Ruhebett und Decke 23,—, Garnituren 80,— usw. Große Posten Teppiche, Portieren, Uhren besonders billig. Aufbewahren frei. Lieferung durch eigene Gespanne. Sonntags geöffnet. Bitte auf Hausnummer 15 achten. 2851R*

Möbelangebot! Ganze Wohnungseinrichtungen unter langjähriger Garantie, Brautleuten sehr zu empfehlen. Paul Hartig, Lausitzer Platz 6, Skalitzerstraße 96, unweit Görlitzer Bahnhof. „Vorwärtsleser" 5 Prozent. 2800R*

Möbeltischlerei. Harnack, Tischlermeister, gegründet 1901, Stallschreiberstraße 57 (Moritzplatz), liefert komplette Wohnungseinrichtungen zu niedrigsten Fabrikpreisen. Unübertroffene Leistungsfähigkeit. Enorme Auswahl. Zahlungserleichterung. Vorwärtsleser 3 Prozent. Kein Laden. Verkauf Fabrikgebäude.

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Uebervorteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft M. Goldstand, Zossenerstraße 38, Ecke Gneisenaustraße. Kein Abzahlungsgeschäft! 2901R*

Moebel-Boebel, Moritzplatz 58. In meinem seit 32 Jahren bestehenden Möbelkaufhause stehen in neun Etagen komplette Wohnungseinrichtungen zu äußerst niedrigen Preisen zum Verkauf Als Spezialität liefere: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Ein Zimmer und Küche 360,—, 422.—, modern 479,—, 2 Zimmer und Küche modern 501,—, 667,—, 721.—. Schlafzimmer, englisch 199,—, modern, echt Eiche, 347,—. Wohnzimmer, modern, 297,—, Speisezimmer 355,—, Herrenzimmer 200,—, englische Bettstelle mit Matratze 44,—, Kleiderspind, Trumeau, geschliffen 34,—, Schlafsofa 36,—, Plüschsofa 58,—, Umbau 50,—, Teppiche, Riesenlager. Besichtigung erbeten. Transport und Lagerung kostenfrei. Eventuell Zahlungserleichterungen. Geöffnet 8—8, Sonntags 8—2. Kein Laden. Verkauf nur im Fabrikgebäude. Musterbuch F. gratis und franko. 1905R*

Verwalter verkauft Nußbaumwirtschaft, wie neu, elegantes Umbausofa, prachtvolle Küchenmöbel, Küchengeschirr, Teppich 220,00, Säulenbüfett, nur Privatleuten. Weinmeisterstraße 1b—2. 111/14

Bilder.

Fertiggerahmte und lose Bilder, Leisten und Rahmen kaufen Sie heute am billigsten und reellsten direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. Verlangen Sie 5 Proz. Rabatt.

Fahrräder.

Neues Herrenfahrrad 35,—, Freilaufrad, Damenrad, Zubehörsachen (Garantieschein). Kraus, Andreasstraße 54 II. 110/13*

Fahrradvertrieb Groß-Berlin 8 Verkaufsstellen: Neue Schönhauser Straße 9, Brunnen-Straße 145, Bad-Straße 9, Schönhauser Allee 146, Müller-Straße 13, Turm-Straße 25, Maaßen-Straße 20, Charlottenburg, Spandauer Berg 29. Billigste, beste Bezugsquelle, neue Fahrräder 45,00, 48,00, 55,00, Laufdecken von 2.50 an, Laternen von 0,65 an. Ausführung sämtlicher Reparaturen in eigenen Werkstätten. 1534R*

Fahrräder. Teilzahlungen. Spezialräder 45,00 Barzahlung. Invalidenstraße 20, Wilhelmshavenerstraße 73 (Ecke Turmstraße). 2470R*

Kaufgesuche.

Zahngebisse. Zahn bis 80 Pfennig, Bruchgold, Pfandscheine, Stanniol, höchstzahlend. Kohn, Neue Königstraße 76. 218/10*

Platinabfälle, Gramm 5,20. Gold, Silber, Zahngebisse, Feilungen, Stanniol kauft Blümel, Auguststraße 19 III. †59*

Zahngebisse, Goldsachen, Silber, Platin, Stanniol, Edelsteine, höchstzahlend. Edelschmelze Dresdenerstraße 9 (Hochbahn). 110/14*

Verschiedenes.

Volkssänger-Gesellschaft Henry Valgé, Manteuffelstraße 41. †10*

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2439R*

Kunststopferei von Frau Kokosky, Schlachtensee, Kurstraße 8 III.

Patentanwalt Meisel, Gitschinerstraße 94a.

Schnelle, billige Erwirkung, Verwertung von Patenten, Gebrauchsmustern, Warenzeichen in allen Ländern. Prospekt kostenlos. Patentbureau Theune u. Co., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 249. 2921b*

Werkmeisterkurs Achtzehn Mark vierteljährlich. Dauer ein Jahr. Technikum Jakobstraße 124 II. *

Friedrich-Wilhelm Generalagentur-Zahlstelle, Mainzerstraße 24 (Frankfurter Allee), Lebens-, Arbeiter-, Kinderversicherung. Neuaufnahme, Inkraftsetzung erloschener. 2733R

Technikum, Berlin, Neanderstr. 3, Schinkel-Akademie, Direktor Regierungs-Baumeister Artur Werner. Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau, Gas, Wasser, Heizung, Werkmeister-, Techniker-Kurse, Ingenieur-Kurse, Polierkurse, Abendkurse, Tageskurse. *

Kunststopferei Letzer, Große Frankfurterstraße 67. 2399R*

Wäsche wird sauber gewaschen, Laken, Leibwäsche, 4 Taschentücher 0,10. Abholung Sonnabends. Frau Berta Schulz, Köpenick, Friedrichshagenerstraße 1, II. 218/12

Vermietungen.

Geschäftskeller, groß, hell, trocken, zu vermieten Lichtenberg erstraße 3, 1 links. †23*

Wohnungen.

Veteranenstraße 20, abgeschlossene sonnige Einzimmer-Wohnungen 24, 26 Mark, Zweizimmer 28. 425*

Parteigenosse vermietet sofort Zweizimmer-Wohnung, 29 Mark, wegen Uebernahme eines Geschäftes. Netzker, Charlottenburg, Schloßstraße 34. †63

Bohnsdorf, 2 Stuben, Küche und Zubehör zu vermieten, Gebhardt, Bäckermeister. 455

Mietserlaß! Große Zweizimmer-Wohnungen, schöne Küche, billig vermietbar, Dudenarderstraße 10. †52*

Zimmer.

Möbliertes Zimmer zu vermieten Baumschulenweg, Trojanstraße 6, II links. 2412b

Mietsgesuche.

Junger Mann sucht zum September kleines, einfach möbliertes Zimmer, Nähe Hallesches Tor. A. B. Postamt 61. 43b

Fräulein sucht zum 1. September möblierte Schlafstelle, insektenfrei, Nähe Untergrundbahnhof Bismarckstraße oder Knie. Offerten bis Freitag unter O. L. 2526, Postamt 4, Charlottenburg. †63*

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Schlosser, Kolonnenführer und Helfer auf Schaufenster, eiserne Türen, Gitterbau, Bronzearbeiten sucht Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 94. †63*

Maschinenschleifer auf Marmor sucht Braun, Hermannstraße 8. *

Schlosser auf Obersensteröffner verlangt Scherbel, Schönhauser Allee 56. †43

Zimmerleute, im Verband, nach Nieder-Schönhausen sucht Friedrich, Hussitenstraße 9. †84

Blusennäherin verlangt Fuhrmann, Sonnenburgerstraße 8. †43

Mamsells auf Mädchenmäntel. Leiser, Fennstraße 47. 110/19*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Verkäuferinnen
tüchtige, branchekundige, für Abteilungen:
Handschuhe, Trikotagen, Schürzen, Kurzwaren, ferner
Kassen-Kontrollen
zum sofortigen Eintritt oder per 1. September gesucht. 5191Z
H. Greifenhagen Nfg., Brunnenstraße.

Arbeiter-Sekretär gesucht.

Für das **Arbeiter-Sekretariat Essen-Ruhr** wird möglichst **zum 1. Oktober cr.** für einen ausscheidenden Arbeiter-Sekretär Ersatz gesucht. Reflektiert wird auf eine tüchtige Kraft. Bevorzugt werden solche, welche in **Knappschaftsangelegenheiten** Erfahrung haben. Rednerische Begabung erwünscht. Die Einstellung erfolgt auf Grund der Bestimmungen des Vereins Arbeiterpresse. Selbstgeschriebene Bewerbungen, welche Auskunft über die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung enthalten müssen, sind bis spätestens den **21. August cr.** an **Wilhelm Wohlsein, Essen-West, Oberdorfstr. 155,** einzureichen. 293/13*

Rahmenmacher nach Dänemark
wird gesucht. Akkord, hoher Verdienst. Offerten mit Lohnansprüchen unter K. 2 an die Expedition des „Vorwärts". 51752*

Stukkateure.
Wegen **Streik** sind alle Arbeitsangebote von Potsdamer Unternehmern **abzulehnen.**
In Betracht kommen:
Heinr. Moldenhauer,
Stoof u. Rosin,
Grabkowski,
Ebert,
Horst in Potsdam **und**
Kratz in Nowawes.
173/11 **Die Gauleitung.**

Deutscher Buchbinder-Verband.
Achtung! Buchbinder und Buchbindereiarbeiterinnen!
Die Firmen **„Stella Verlag"**, Alte Jakobstraße 11/12, **Baumann u. Basedow** in Ober-Schöneweide sind wegen Nichtanerkennung des Tarifs gesperrt.
24/20* **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Holzarbeiter.
Wegen Streik oder Lohndifferenzen sind gesperrt:
Parkettbodengeschäft Kampfmeyer.
Chr. Becker Söhne.
Kirstein.
Nordd. Parkettfabrik Hannover.
Berliner Parkettf. Badmeyer, Inh. **Russack.**
Elbinger.
Rosenfeld.
Danke i. Fa. **Schlesinger.**
Butterweich.
Piek.
Ww. Gall, Bibrich. Vertreter: **Heilchen.**
Woyek.
Heine, Berlin.
Heine, Breslau. Vertr.: **Pfaff.**
Berufsverein der Berliner Parkettgeschäfte, Thomasiusstr. 18.
Koffer-Fabriken:
Märkische Holzwarenindustrie (Lehmann), Blumenstraße 81.
Wagner, Markgrafenstr. 52.
Reichelt, Krautstr. 39.
Greulich (Krüger), Grüner Weg 28.
Findeisen, Blumenstr. 65.
Goldleistenfabrik Tschierley in Rixdorf.
Tischlerfabrik Hucke, Stralsunder Straße 59.
Wagenfabrik Hellmuth, Stralauer Straße.
Wagenfabrik Voll & Ruhrbeck, Kaiserin-Augusta-Allee, Charlottenburg.
Kammfabrik Bloch, Warschauer Straße 41/42 und Revaler Straße 1.
Bautischlerei Faul, Monumentenstraße 23 und Hagelberger Straße 4.
Jalousiefabrik Heinr. Freese, Berlin-Niederschönhausen.
Sargfabriken Roslaski, Lichtenberg und Rummelsburg.
Pianofabrik Späthe, Potsdamer Str. 29 und Späthe in Gera.
Sämtliche Betriebe in Hamburg, Liegnitz, Forst.
Das Berliner Arbeitswilligenvermittelungsbureau d. gelben „Handwerkerschutzverbandes".
Arbeitsnachweis d. Stellmacherinnung und der Wagenfabrikanten, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz.
Zuzug ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.